



Antrag zur Förderung der des Projektes Schulverweigerung / Schulabsentismus

Antrag:

Auf Grund der ungeklärten Situation bei der Finanzierung der Schulsozialarbeit beantragen die drei u.a. freien Träger eine weitere Verlängerung des Projektes Schulverweigerung/Schulabsentismus in Höhe von 60.000 € für das Haushaltsjahr 2015.

Die zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel in Höhe von 60.000 € sollen in der Aufteilung 24.000 € Stiftung Jugendhilfe aktiv, 24.000 € Waldhaus, 12.000 € Verein für Jugendhilfe gewährt werden.

Begründung:

Vor genau einem Jahr wurde im Jugendhilfeausschuss das Projekt „die zweite Chance Schulverweigerer“ vorgestellt. Die zweite Chance Schulverweigerung – ein Bundesprogramm – wurde mit Mitteln des ESF über 7 Jahre gefördert. Die drei o.g. Jugendhilfeträger haben dabei wertvolle Einzelfallarbeit bei Kindern und Jugendlichen deren Hauptschulabschluss durch aktive oder passive Schulverweigerung gefährdet war, geleistet.

Aufgabe des Projektes Schulverweigerung/Schulabsentismus ist die schulische und soziale Reintegration. Bedingung in allen Fällen war und ist, dass die Jugendlichen ihren Hauptschulabschluss durch aktive oder passive Schulverweigerung gefährden. Die MitarbeiterInnen haben in solchen Fällen die Schüler betreut, die Lehrkräfte begleitet und bei Bedarf weitere Unterstützung (Mitarbeiter aus der regionalen Jugendarbeit, Mitarbeiter des Amtes für Jugend und Bildung) herbeigezogen.

Ca. 50 junge Menschen ab 12 Jahren wurden jährlich durch das Programm erfasst. Auf Antrag hatte der JHA sowie der Kreistag für 2014 beschlossen, 60.000 € für die Weiterförderung zur Verfügung zu stellen.

So können aktuell zumindest ein Drittel der betroffenen Schüler – und dabei die besonders gravierenden Fälle – regional durch die Träger betreut werden.

Ursprünglich hatten sowohl die Träger wie auch die Verwaltung des Landratsamtes gehofft, dass mit dem neuen ESF-Förderzeitraum „Jugend stärken plus“ Mittel für diese Zielgruppe zur Verfügung gestellt werden würde. Im laufenden Ausschreibungsverfahren des Bundesministeriums wurde diese Zielgruppe jedoch nicht mehr erfasst.

Da bei der aktuellen Diskussion der Neuausrichtung der Schulsozialarbeit auf Landkreisebene gerade diese Gruppe von Schulverweigerung betroffenen Schülern nicht berücksichtigt wird, bitten die Träger um eine Verlängerung des Projektes um ein weiteres Jahr. Gleichzeitig möge das Amt für Jugend und Bildung gemeinsam mit dem Staatlichen Schulamt und den beteiligten Trägern ein tragfähiges Konzept entwickeln, das der Herausforderung mit dieser Zielgruppe gerecht wird.

Stiftung Jugendhilfe aktiv

Verein für Jugendhilfe
im Landkreis Böblingen e.V.

Waldhaus sozialpädagogische
Einrichtungen der Jugendhilfe gGmbH

Anlage 6 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014

Freie Wähler im Kreis Böblingen · Böblinger Str. 5-7 · 71088 Holzgerlingen

Wilfried Dölker
Bürgermeister
Fraktionsvorsitzender

Henriettestraße 34
71088 Holzgerlingen

Fon 07031 / 68 08 20
Fax 07031 / 68 08 90

Privat 07031 / 4281166

Willfried.Doelker@holzgerlingen.de

17.11.2014

Haushalt 2015/Haushaltsrede zum Kreishaushalt 2015

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrter Herr Dr. Sigel,
sehr geehrter Herr Hinck,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes,
liebe Kolleginnen und Kollegen Kreisräte,
sehr geehrte Damen und Herren von der Presse,
verehrte Gäste,

der Haushaltsentwurf 2015, den Sie, Herr Landrat, eingebracht haben, ist, so unsere Erkenntnis, ein Haushalt mit **Netz und doppeltem Boden**, anders ausgedrückt da ist **viel Luft drin**.

Sie, Herr Landrat haben bei der Einbringung des Haushaltes sehr stark betont, dass die Kreisumlage im absoluten Aufkommen dramatisch sinke. Dies trifft zu, doch die sinkenden Einnahmen bei der Kreisumlage werden durch die Wechselwirkungen des Finanzausgleiches mehr als ausgeglichen.

Summa summarum steht ein Plus von über 3 Mio. € gegenüber dem Vorjahr im Plan.

Das absolute Aufkommen der Kreisumlage hat die Verwaltung dann wohl so sehr beschäftigt, dass man sofort über eine Erhöhung der Kreisumlage nachgedacht hat. Sie schlagen im Haushaltsentwurf 39,9 % Punkte vor. Dies würde bedeuten, die Kreisumlage würde, ganz entgegen dem Trend in der Region, um 0,9 % Punkte erhöht.

1. Stellvertreter
Thomas Sprißler
OB@herrenberg.de

2. Stellvertreterin
Ingrid Balzer
dietrich.balzer@t-online.de

Geschäftsführer
Bernd Dürr
Hohenzollernstraße 20
71149 Bondorf
Fon 07457 / 939311
Fax 07457 / 8087
bernd.duerr@bondorf.de

Andere Landkreise liegen da deutlich darunter. Ludwigsburg z.B. bei 31,5 %, Esslingen bei 33,5 % und auch der Landkreis Rems-Murr, der gerade den Neubau eines Krankenhauses geschultert hat, liegt mit 38,5 % Punkten auch noch deutlich niedriger.

Das absolute Aufkommen der Kreisumlage sinkt, weil die Steuerkraftsumme der Städte und Gemeinden gesunken ist. Den Gemeinden geht es also schlechter als im Vorjahr. **Statt sie zu entlasten, will der Kreis aber noch tiefer in die kommunalen Taschen greifen.** Es ist eine alte Weisheit, **dass man einem Hungernden nicht das Brot wegnehmen soll, das er dringend selbst benötigt.** Das würde der Landkreis aber tun, wenn die Kreisumlage gegenüber dem Vorjahr sogar noch erhöht würde. Auch Kreisräte und der Landrat müssen wissen, die Umlagezahler, die den Kreis finanzieren, müssen in der Lage bleiben, selbst zu investieren und damit die Grundlagen dafür zu schaffen, dass sich die Wirtschaft entwickeln kann und damit Steuern erwirtschaftet werden, die dem Landkreis auch in Zukunft zu Gute kommen. **„Wenn wir den Gemeinden den Geldhahn zu weit abdrehen bzw. von deren Vermögen so viel abziehen, dass sie nicht mehr ausreichend investieren können, entziehen wir auch dem Landkreis die eigentlichen Zukunftsgrundlagen“.**

Bei Alt-OB Manfred Rommel habe ich folgende Passage gefunden:

„Auch wenn die Einsicht in die Begrenztheit der Möglichkeiten bei Manchen gewachsen ist, müssen die für die Finanzen Verantwortlichen viel Leid ertragen. „Des gerechten Opfer ist angenehm“ steht schon in der Bibel bei Jesus/Sirach im Kap. 30 Vers 9. das, so Rommel, vergessen viele immer wieder.

Dabei, so Rommel weiter: **„wenn Landräte, Finanzbeamte und Kämmerer viel erdulden und erleiden müssen, dann kommen sie, in den Himmel“.** Erhöhen Sie die Kreisumlage, müssen Sie gewiss nicht leiden. Die umgekehrten Schlussfolgerungen aus Rommels Zitat sind bedenkenswert.

Der Kreis Böblingen, das beweist dieser Haushalt eindeutig, hat **kein Einnahmeproblem sondern ein Ausgabeproblem.** Der Kreis wird auch im Jahr 2015 durch seine Investitionen wieder in beachtlichem Umfang neues Vermögen schaffen und gleichzeitig noch **3,5 Mio. € Schulden tilgen. Die Gesamtinvestitionen im nächsten Haushaltsjahr betragen immerhin rund 25 Mio. €.** Einschließlich der Tilgung wird also Vermögen geschaffen, in Höhe von **28,5 Mio. €.** Die Schulden im Kernhaushalt sinken und im Eigenbetrieb Klinikgebäude ebenfalls um 1 Mio. €. Rechnet man alles zusammen, ergibt sich ein Vermögensplus **von fast 30 Mio. €.** Wer sich das leisten kann, der darf nicht jammern – es geht ihm gut.

Anders gesagt: Wer von seinen Gemeinden so gut gefüttert wird, der ist noch lange nicht auf Diät gesetzt. Ganz im Gegenteil, er wird weiter Speck ansetzen und das soll ja bekanntlich ungesund sein.

Die Wirtschaft im Landkreis Böblingen entwickelt sich nach wie vor gut. Sehr erfreulich sind z.B. die Meldungen vom Daimler, der in diesem Jahr wohl ein Rekordergebnis erzielen wird allerdings nicht auf dem heimischen Markt sondern weltweit. Dies lässt hoffen, dass sich diese Ergebnisverbesserung auch auf die Steuerzahlungen im Landkreis positiv auswirken wird. Aktuell kann der Landkreis darauf hoffen, dass die Steuerkraftsummen in den Gemeinden, zumindest 2014, stabil bleibt.

Schon im letzten Jahr wurde bei der Einbringung des Kreishaushaltes eine Kreisumlage von über 39,3 % Punkten erwartet. Wir haben im Vorjahr eine sehr verhaltene Senkung auf **39 % Punkte beantragt**, die auch beschlossen wurde. Ich muss einräumen, wir hätten für 2014 problemlos dem Antrag der SPD folgen können und die Kreisumlage auf unter 38,5 % festsetzen können. Es gibt auch im Jahr 2014 wieder deutlich höhere Einnahmen, als geplant. Das gilt insbesondere bei der Grunderwerbsteuer. Nach der aktuellen Prognose der Kreisverwaltung, dies blieb bei der Fragerunde zum Haushalt unwidersprochen, rechnet die Verwaltung mit einem Überschuss von mindestens 3 Mio. € im Jahr 2014. Unsere Erfahrung aus der Vergangenheit lehrt uns, wenn eine solche Summe im November von der Verwaltung zugegeben wird, **dann sind es am Ende mindestens 4-5 Mio. €, die als Überschuss zu verbuchen sind.**

Die Annahme, dass mind. **3-4 Mio. € Haushaltsüberschuss im Jahr 2014 erreicht werden, ist wohl begründet.** Die Grunderwerbsteuer hat den Planansatz von 20 Mio. € bereits Ende Oktober erreicht. Unterstellt man nun den normalen langfristigen durchschnittlichen Jahresverlauf, dann werden es Ende des Jahres wahrscheinlich rund **24 Mio. €** sein. Dazu kommt ein deutliches Plus bei den Baugenehmigungsgebühren in Höhe von rund **500 T €**. Die Sozialausgaben liegen dagegen unter Plan.

Nun wissen wir schon aus der Bibel, im Gleichnis vom reichen Kornbauer, wer bei einer reichen Ernte nur Scheunen baut, um die eingefahrene Ernte zu horten und sich dann darauf ausruhen möchte, statt sie zu verteilen, der irrt. Es kommt darauf an, die Ernte zu teilen und auch andere teilhaben zu lassen.

Die Städte und Gemeinden müssen nach wie vor einen großen **Investitionsrückstau** abbauen. Genauso wie der Landkreis sind die Gemeinden bei der **Flüchtlingsunterbringung** gefordert. Dazu kommen **Kinderbetreuung und Umbau der Schullandschaft, immense Brandschutzauflagen u.v.a.m.,** alles Kernaufgaben, die für eine zukunftsfähige Wirtschaft nötig sind.

Der Kernantrag unserer Haushaltsanträge ist deshalb der Antrag Nr. 1 in dem wir beantragen, dass die Kreisumlage auf 38,8 % Punkte festgesetzt wird.

Das geht sehr gut – dazu habe ich **eine Folie (Anlage)** mitgebracht – die ich (H. Meissner) einfach mal einzublenden bitte.

Im Haushalt ist so viel Luft, dass zusätzlich noch ein Betrag von mindestens **4 Mio. € an den Eigenbetrieb Klinikgebäude** zugeführt werden kann, um dort für die Kaufpreiszahlung für das Grundstück auf dem Flugfeld weiteres Eigenkapital anzusammeln.

Ich möchte die Berechnungen zusammengefasst kurz darstellen.

Wird die Kreisumlage auf 38,8 % Punkte festgesetzt, so ergibt sich gegenüber dem Plan eine **Mindereinnahme in Höhe** von knapp **5,5 Mio. €**.

Zur Deckung schlagen wir vor:

- die Grunderwerbsteuer um 2 Mio. € zu erhöhen
- die Ergebnisverbesserung 2013 mit 3 Mio. €
- sowie die erwartete Ergebnisverbesserung 2014 mit mindestens 4 Mio. € einzurechnen.
Diese **Ergebnisverbesserungen ergeben zusammen schon 9 Mio. €**.

Dazu kommen folgende weitere Veränderungen/Einsparungen:

- Wegfall des Radwegs nach Ehningen 300.000 €
- Streckung des Unterhaltungsprogramms für Gebäude und Reduzierung des Haushaltsansatzes um **1 Mio. €**
- Wegfall der geplanten Förderung **Schulsozialarbeit 600.000 Euro**
- Kleinere Kürzungen bei der Tourismusförderung und bei den Personalkosten **200.000 €**.
- Verbesserte **Zuweisung Land für die Flüchtlingsunterbringung + 1.000.000 €**.

Rechnet man einige Mehrausgaben, die wir mit unseren Anträgen auch verursachen, dagegen, ergibt sich immer noch eine verbleibende **Deckungsreserve von über 2,5 Mio. €**.

Dies heißt, streng genommen könnten wir die Kreisumlage problemlos auf 38,3% Punkte abzusenken.

Unsere Deckungsvorschläge sind, siehe die eingeblendete Aufstellung, realistisch. Die **Erhöhung der Grunderwerbssteuer auf 22 Mio. € ist der Wirklichkeit geschuldet**. Am Immobilienmarkt ist keinerlei Abkühlung festzustellen. Die Ergebnisse 2013 und 2014 entsprechen auch den Fakten. Das alleine reicht ja bei weitem schon zum Ausgleich für unseren Vorschlag – **da sollten eigentlich Verwaltung und Fraktionen folgen können**.

Flüchtlingsunterbringung/Flüchtlingsbetreuung

Laut Haushalt 2015 entstehen für die Flüchtlingsbetreuung und –unterbringung Nettokosten von **3,74 Mio. €**. Vom Land gibt es derzeit einen völlig unzureichenden Ausgleich dieser Belastungen. Allerdings hat das Land eine Verbesserung der pauschalen Ausgleichszahlungen in Aussicht gestellt. Dies ist bislang im Haushalt ebenfalls nicht berücksichtigt. **Wir gehen davon aus, dass der Landeszuschuss für den Kreis ein Plus von wenigstens 1 Mio. € bringen muss**.

Gewährt das Land mehr Zuweisungen an den Landkreis in der von uns angenommenen Höhe, **deckt dies die Kosten allerdings noch lange nicht**. Die Städte und Gemeinden und der Landkreis müssen gemeinsam gewaltige Anstrengungen unternehmen um die Flüchtlingsunterbringung und deren Betreuung organisieren zu können. Diese Verantwortung tragen wir, appellieren aber an den Bund und Land, dass diese Aufgaben nicht weiter kommunalisiert werden dürfen.

Wir schlagen zudem vor, siehe unser Antrag Nr. 13, dass der Kreis für die **Flüchtlingsbetreuung nicht weitere eigene Personalstellen schafft** sondern die **freien Träger der Jugendhilfe**, die durch den deutlichen Rückgang der Aufträge im Bereich Jugendhilfe teilweise bis an ihre Existenz gefährdet sind, mit Betreuungsaufträgen auszustatten. Diese Träger haben die notwendige Kompetenz, der Kreis könnte damit ohne eigenes Personal seine Aufgaben erledigen.

Kreiskrankenhäuser/Kliniken

Der Kreistag hat, wie vom Land gefordert, eine medizinische Konzeption für seine Krankenhäuser verabschiedet. Wir sind weiterhin überzeugt, dass wir im Kreis Böblingen die **Krankenhausstandorte in Leonberg und Herrenberg** erhalten müssen um eine wohnortnahe Versorgung sicher zu stellen. Wir brauchen allerdings **Klarheit zur Frage „Förderung Neubau auf dem Flugfeld“**. In den nächsten Tagen wird der Landeskrankenhausausschuss über den Antrag des Kreises hoffentlich positiv entscheiden. Die Planung muss dann zügig und **kostenoptimiert angegangen** werden. Ohne eine fachlich qualifizierte Projektbegleitung wird dies nicht gehen. **Eine qualifizierte Projektbetreuung müssen wir baldmöglichst bestellen. Verwundert hat**

uns der aktuelle Pressebericht zu neuen Gutachten für Standorte in Leonberg und Herrenberg. Es wäre schon schön, wenn der Aufsichtsrat zu solch grundlegenden Aufträgen informiert und beteiligt würde. Wir brauchen nicht ständig neue Gutachten sondern Vertrauen in getroffene Aussagen.

Eine Zusammenlegung der Klinikstandorte Böblingen und Sindelfingen wird ja, so die uns bislang vorliegenden Gutachten, erhebliche wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen. Würde nicht gebaut, müsste auch in die bestehenden Standorte sehr viel Geld reingesteckt werden. Weit über 200 Mio. €.

Vor einem Baubeschluss sind die Prognosen zu zukünftigen Kostenentwicklungen in den Krankenhäusern genauestens zu überprüfen.

Der Kreistag hat am letzten Montag das Klinikum Villingen-Schwenningen besichtigt. Dort haben wir einen durchaus positiven Eindruck gewonnen. Gleiches sollten wir aber auch an anderen Standorten u.a. im Rems-Murr-Kreis, in Winnenden und in Stuttgart tun.

Für uns wird es in der Marktausschöpfung ungleich schwerer, denn anders als im ländlichen Raum, dazu zählt Villingen-Schwenningen, konkurrieren wir im Großraum Stuttgart mit vielen anderen Kliniken in Stuttgart, Tübingen, Ludwigsburg usw.. Deshalb sind die Perspektiven des Neubaus genauestens zu untersuchen.

Der **Zusammenhalt und die Zusammenarbeit im Klinikverbund Südwest** bleibt aus unserer Sicht für die beteiligten Partner unverzichtbar und muss gestärkt werden. Wer daran rütteln würde, würde **Harakiri** betreiben. Das **medizinische Konzept**, das wir im Frühsommer verabschiedet haben, ist zügig umzusetzen.

Krankenhausfinanzierung

Zwingend notwendig ist auch, dass **das Land Investitionen in die Kliniken besser bezuschusst**. Die im Landeshaushalt geplante **Erhöhung der Krankenhausfinanzierungsmittel um rund 100 Mio. € auf 900 Mio. € im Jahr, die kürzlich verkündet wurde, ist sehr löblich**. Leider ist sie aber noch nicht ausreichend.

Mehr als die Hälfte der öffentlichen Krankenhäuser in Baden-Württemberg hat im letzten Jahr Defizite geschrieben. Das beweist eindeutig, dass System stimmt nicht mehr.

Wir brauchen eine wesentlich bessere Krankenhausfinanzierung. Der Kreis kann nicht auf Dauer jährlich rund 4 % Punkte Kreisumlage in die Kliniken rüberschieben. Das überfordert uns. Im Jahr 2015 sind 16,9 Mio. € geplant.

Stärkung der Service GmbH

Eine Möglichkeit, eine der Tochtergesellschaften des Klinikums zu stärken wäre aus unserer Sicht z.B. die Vergabe von Reinigungsleistungen auch in kreiseigenen Gebäuden an die Service GmbH. Wir haben dazu einen Antrag eingereicht.

Schönbuchbahn/Hermann-Hesse-Bahn

Ein ganz anderes Thema ist die Elektrifizierung und Leistungsverbesserung auf der Schönbuchbahn sowie die Reaktivierung der Hermann-Hesse-Bahn. Die Zunahme der Fahrgäste auf der Schönbuchbahn liegt weit oberhalb aller Prognosen der Vergangenheit. Wird die Schönbuchbahn elektrifiziert und der Takt verdichtet, so die aktuellen Prognosen, könnten bis **zum Jahr 2022 bereits 11.000 Fahrgäste am Tag erwartet werden**. Diese Fahrgastzahl toppt alles was Nebenbahnen dieser Art bislang vorweisen konnten. Deshalb ist es zwingend erforderlich, dass die **geplanten Maßnahmen vom Land auch gefördert werden und zwar mit 75 % der „tatsächlichen Baukosten“**. Die tatsächlichen Baukosten müssen möglichst detailgenau im Vorfeld ermittelt werden, da das Land ja von einer Festbetragsförderung ausgeht.

Da wir in diesem Punkt ein erhebliches Risiko eingehen würden, ist es wichtig, vor einem Baubeschluss und der Umsetzung der geplanten Maßnahme **alle Zahlen ganz genau auf den Prüfstand zu stellen**. Wir haben allerdings keine Zeit mehr, deshalb ist das Planfeststellungsverfahren für die geplante Elektrifizierung zügig durchzuführen. Auf dieser Grundlage ist dann detailliert zu prüfen und zu entscheiden, welchen Förderbeitrag das Land bringen wird und welche Investition sich der Kreis leisten kann.

Fahrzeugbeschaffung

Durch den Wegfall der Förderung für Fahrzeuge hat das Land die Träger des öffentlichen Personennahverkehrs vor immense Herausforderungen gestellt. Wer politisch erreichen will, dass **der öffentliche Personennahverkehr für die Kommunen, Landkreise und Gemeinden bezahlbar bleibt, der muss dafür auch Steuermittel von Bund und Land einsetzen**. Die Kommunen und der Kreis können mit solch weitgehenden Aufgaben nicht alleine gelassen werden.

Die Bahnübergänge in Böblingen und Holzgerlingen (Herrenberger Straße und Böblinger Straße) müssen beseitigt werden. Daran führt kein Weg vorbei.

Elektrozüge für die Schönbuchbahn

Es ist ein **Armutszeugnis für die Fahrzeugindustrie**, dass sie bislang für die Schönbuchbahn keine geeigneten Fahrzeuge anbieten kann. Wir erwarten, dass **doch noch ein leichter E-Zug entwickelt wird und zwar bald**.

Der Terminplan für den Ausbau ist sehr eng. Es muss uns daher gelingen, die Maßnahme spätestens im Jahr 2015 richtig auf den Weg zu bringen und Klarheit über die zukünftigen Fahrzeuge zu bekommen. **Nur wenn 2015 die Planfeststellung abgeschlossen wird, ist ein Bau in 2016-2018 möglich**. Die Zuschüsse müssen schließlich schon 2019 abgerechnet werden.

Herman-Hesse-Bahn

Wir beklagen, dass die **Kommunikation des Planungsträgers**, nämlich des Landkreises Calw, mit dem Kreis Böblingen und den betroffenen Städten Weil der Stadt und Renningen **„sehr unbefriedigend“ ist**. Wer auf fremder Markung plant sollte selbstverständlich auch die örtlich Verantwortlichen von Anfang an und in vollem Umfang einbinden und beteiligen. Dies ist bislang nicht oder nur sehr unzureichend erfolgt. So darf es aus unserer Sicht nicht weitergehen.

Von zentraler Bedeutung für uns ist, dass die standardisierte Bewertung in vollem Umfang vorgelegt wird.

Für den **gesunden Menschenverstand** ist es im Übrigen nicht nachvollziehbar, wenn angeblich in der standardisierten Bewertung Fahrten bis Renningen wirtschaftlicher sein sollen, als Fahrten nur bis Weil der Stadt. Wer unterstellt, dass ein weiterer Umstieg einen zu großen Widerstand zur Nutzung darstellt, muss auch erkennen und analysieren, dass **es besondere Situationen vor Ort gibt**. Eine solche besondere Situation liegt in Weil der Stadt vor. Dort könnten die Fahrgäste der Hermann-Hesse-Bahn auf dem gleichen Bahnsteig einfach in die bereits schon wartende S-Bahn umsteigen. Fahren sie bis Renningen weiter, müssen sie zwar in Weil der Stadt nicht umsteigen, in Renningen haben sie aber einen langen Fußweg vor sich. **Eine Aktivierung der Hermann-Hesse-Bahn zwischen Weil der Stadt und Calw wäre logisch und würde von uns unterstützt.**

Stresstest

Für uns ist es absolut nicht akzeptabel, die Pünktlichkeit der S-Bahn durch die Hermann-Hesse-Bahn zwischen Renningen und Weil der Stadt irgendwie zu gefährden. Wird die Hermann-Hesse-Bahn in dem ohnehin engen Fahrtakt zwischen Weil der Stadt und Renningen eingezwängt, dann ist es, nach unserer Überzeugung, **fast unvermeidlich, dass dies Auswirkungen auf die S-Bahn Pünktlichkeit haben wird**. Ein Wegfall der S-Bahn zwischen Weil der Stadt und Renningen, weil es dann die Hermann-Hesse-Bahn gibt, wäre erst recht nicht akzeptabel.

Nahverkehrsplan des Landkreises

Der **Nahverkehrsplan des Landkreises sieht für Weil der Stadt mit der S-Bahn** eine sehr komfortable Bedienung vor. Der 15-Minuten-Takt der S-Bahn reicht für die Bedienung Weil der Stadt völlig aus. **Deshalb sagen wir ganz klar, eine Betriebskostenbeteiligung an der Hermann-Hesse-Bahn, kommt für uns nicht in Frage.**

Sozialhaushalt

Es ist erfreulich, dass wir im Sozialhaushalt im bench-marking deutlich unter vergleichbaren Landkreisen liegen. Dennoch ist der Sozialhaushalt für den Gesamthaushalt dominierend. Alle Sozialausgaben zusammen erfordern Ausgaben die höher sind als die Kreisumlage.

Im Sozialetat selbst ist die **Eingliederungshilfe** mit über 40 % des gesamten Sozialbudgets die dominierende Ausgabeart. Die Eingliederungshilfe ist von 2007 bis zum Ansatz 2015 von **31,65 Mio. € auf 45,68 Mio. €** gestiegen. Also um **44 % bzw. 14 Mio. € in 8 Jahren**. Die Zahl der Leistungsberechtigten ist im gleichen Zeitraum um 26 % gestiegen. Es ist genauso wie in der Jugendhilfe notwendig, das auch im sozialen Haushalt geprüft wird, ob es Möglichkeiten gibt, den weiteren Ausgabenzuwachs zu reduzieren. Wir erwarten dazu im Sozialausschuss detaillierte Vorschläge und Berichte. Zu prüfen ist, ob in einzelnen Bereichen ehrenamtliches Engagement verstärkt gewonnen werden könnte.

Sehr bedauerlich ist, dass der Bund die in der Koalitionsvereinbarung zugesagte Besserstellung der Kreise zeitlich verzögert hat und sie auch nicht direkt an die Landkreise ausbezahlt. Die Zuweisung über einen höheren Anteil in der Verteilung der Umsatzsteuer kommt im Kreis Böblingen jedenfalls nicht an, da die neuen Schlüsselzahlen für die Umsatzsteuerverteilung für viele Kreisgemeinden sogar niedriger liegen wie in der Vergangenheit. Wir werden also doppelt belastet.

Statt 4 Mio. € kommt im Kreishaushalt jetzt nur 1 Mio. € an. Die 3 Mio. €, die zu den Kommunen kommen sollten, fehlen aber auch. Wäre der Gesamtbetrag gekommen, so würde dies immerhin einem knappen Punkt Kreisumlage entsprechen.

Imaka/Jugendhilfe

Die von Imaka entwickelten Vorschläge zur wirtschaftlichen Abwicklung von Jugendhilfeleistungen haben nicht nur positive Wirkungen. **Die freien Träger der Jugendhilfe haben erhebliche wirtschaftliche Probleme**, die sie in ihrer Existenz gefährden.

Subsidiarität erfordert eigentlich, dass der Kreis diese Aufgaben nicht vorwiegend selbst wahrnimmt sondern gerade freie Träger einbindet. Wir begrüßen es nicht, wenn **weiteres Personal in die Kreisverwaltung zurück genommen wird** und die Auftragsvergabe an freie Träger reduziert wird. **Die bislang erbrachten Jugendhilfeleistungen der freien Träger sind vorbildlich und haben eine hohe Wirkung erzielt.** Dies lässt sich ganz einfach daran festhalten, dass wir im **Sozialetat im Vergleich zu anderen Landkreisen häufig besser da stehen und im Jugendhilfeeetat allerdings höhere Aufwendungen haben.** Daraus schlussfolgern wir: **„Prävention lohnt sich !“**

Bauen und Gewerbe

Die Baugenehmigungsgebühren, das hat unsere Nachfrage im Ausschuss schon ergeben, wurden um **300.000 € zu niedrig angesetzt.**

Weitere Haushaltsanträge

Wir haben einige weitere Haushaltsanträge eingereicht. Auf sie werde ich nur kurz eingehen. Im Wesentlichen verweise ich auf die schriftlichen Anträge und deren Begründung.

Förderung auswärtiger Schüler/Schulsozialarbeit

Das Thema Schulsozialarbeit wird von den Städten und Gemeinden sehr verantwortlich angegangen. Sie haben zum Ausdruck gebracht, dass es keine Notwendigkeit gibt, nach Wegfall der Bundesförderung eine Kreisförderung einzuführen. Dies wurde im Kreisverband des Gemeindetags auch eindeutig geklärt. Weshalb man jemand mit Zuschüssen beglücken will, der erklärt diese gar nicht zu wollen, erschließt sich uns nicht.

Anders verhält es sich allerdings bei der **Betreuung auswärtiger Schüler.** Da ist die Kreislösung mit einem interkommunalen Kostenausgleich seit Jahren eine praktikable und sinnvolle Möglichkeit, die unterschiedlichen Belastungen zwischen Schulträgergemeinden und Gemeinden ohne große Schulen zu bewerkstelligen. Wir schlagen hier eine **angemessene Ausdehnung auf Gemeinschaftsschulen vor.**

Kreisberufsschulen/Zukünftige Entwicklung

Der Kreis gibt im Vergleich zu anderen Landkreisen weit überdurchschnittlich viel Geld für seine Berufsschulen aus. Die Bildungsförderung ist eine zentrale Aufgabe. Wir halten es für notwendig und gerechtfertigt, dass eine **Schulentwicklungsplanung aufgestellt wird.** Auch im Landkreis Böblingen

gehen die Schülerzahlen zurück. Weitere Züge beruflicher Gymnasien sollten an Kreisschulen nicht mehr eingerichtet werden.

Die **Unterhaltungsmaßnahmen** in Gebäuden und Schulen können und müssen aus unserer Sicht zeitlich gestreckt werden. Wir gehen 2015 von einer Entlastung in Höhe von 1 Mio. € aus.

Das Land fordert die Inklusion behinderter Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen. Wir befürworten dies, erwarten aber, dass das Land die Kommunen auch mit entsprechenden Mitteln ausstattet. Dazu ist es notwendig, die Kosten zu ermitteln um gegenüber dem Land klar auftreten zu können.

Tourismusförderung im Landkreis/Regionalmesse/Heimattage Baden-Württemberg

Auf Seite 279 im Haushalt ist ausgeführt, dass der Kreis auch über ein Bewerbungsverfahren für die Heimattage Baden-Württemberg nachdenkt. Das ist eine ureigenste kommunale Aufgabe. Falls Gemeinden diesen Wunsch haben, können sie in interkommunaler Abstimmung eine Bewerbung vorbereiten und angehen. Es ist jedenfalls keine Kreis Aufgabe. Wir beantragen, Planungen in diese Richtung zu unterlassen und den Haushaltsansatz für die Tourismusförderung um **100.000 € zu kürzen**. Auch die **Regionalmesse** die bereits im letzten Jahr gescheitert ist, braucht keine wiederholte Planung.

Personalkosten

Auch für die Personalkosten beantragen wir eine **pauschale Kürzung um 100.000 €**. Laut Begründung der Verwaltung sind, bedingt durch das neue Personalvertretungsgesetz, 2,8 weitere Freistellungen notwendig. In der Begründung des Landesgesetzes heißt es, dass große Arbeitgeber in der Lage sein müssen, die zusätzlichen Freistellungen aus dem Personalbestand zu erbringen. So begründet das Land, dass keine zusätzlichen Kosten entstünden. Wir anerkennen, dass die Annahme des Landes in einigen Teilbereichen illusorisch ist. Allerdings sollte zumindest ein Betrag von 100.000 € gekürzt werden und auch gegenüber dem Land klar zum Ausdruck gebracht werden, dass dieses Gesetz eigentlich die Konnexität auslöst.

Antrag DRK

Den Antrag des DRKs auf einen jährlichen Zuschuss für die Fahrzeugunterhaltung unterstützen wir.

Straßen/Radwege

Im Straßenbauprogramm ist der Neubau des Radweges in Ehningen mit 600.000 € veranschlagt. Einnahmen sind in Höhe von 300.000 € angenommen (Landesförderung). Wir beantragen diese Maßnahme zurückzustellen und Alternativen zu untersuchen. Insbesondere ist die kreisweite Radwegeplanung abzuwarten und eine kommunale Beteiligung an Radwegprojekten zu klären.

Zusammenfassung/Abschluss

Ich komme zum Schluss. Der Landkreis kann auf einer sehr guten Basis aufbauen, selbst bei gesenkter Kreisumlage.

Lassen Sie sich, lieber Herr Landrat Bernhard und lieber Herr Dr. Sigel einfach vom alten biblischen Motto:

Setz Dein Hab und Gut ein, um Handel zu treiben, eines Tages wird es Dir Gewinn bringen" aus Prediger 11 Vers 1 leiten. Die **Betonung liegt da auf „Deinem Gut“**, nicht auf dem Gut von anderen. **Der allzu tiefe Griff in anderer Leute Taschen, ist weder verantwortlich noch gewinnbringend.**

Wir appellieren deshalb an die Verwaltung und die anderen Kreistagfraktionen, unserem Antrag zur Kreisumlage zu folgen. Dem Kreis geht es dann dennoch noch gut.

Finanzplan

Auf den Finanzplan bin ich nicht weiter eingegangen, da sich nach unserer Erfahrung die Eckdaten für diese Planung von Jahr zu Jahr ändern. Nur ein kurzes Wort zur geplanten Erweiterung des Landratsamtes. Soweit weitere Büroräume notwendig sind, sind wir aufgeschlossen. Wir halten es allerdings **nicht für erforderlich, dass für den Kreistag neue Sitzungssäle gebaut werden.** Wenn diese Planung beginnt, sollte der Kreistag eine Projektgruppe/einen Bauausschuss bilden, der die Planung in allen Details begleitet.

Dank

Ihnen Herr Dr. Sigel, Ihnen, Herrn Hinck und dem ganzen Team der Kämmerei und des Landratsamtes sowie Ihnen Herr Landrat Bernhard und Ihren Dezernenten, danken wir für die konstruktive und partnerschaftliche Zusammenarbeit.

Sie haben es sich nicht nehmen lassen auch in die Klausurtagungen der Fraktionen zu kommen und für ihren Haushaltsentwurf geworben. Sie sehen, das zeigen unsere Haushaltsanträge, auch wir haben uns gründlich mit der Planung befasst. Es ist für die Verwaltung, so denken wir, ein Segen, wenn der Kreistag sich intensiv mit dem Planwerk der Verwaltung befasst und seiner Aufgabe gerecht wird. Dazu gehört nun mal, dass streng darauf geachtet wird, dass Kosten begrenzt werden.

Neue Aufgaben sollten Sie stets sehr vorsichtig betrachten und **wie von einer heißen Kartoffel, lieber die Finger davon lassen**, statt vorschnell immer wieder neue Aufgaben an Land zu ziehen. Der Kreis ist nicht besser als andere nur weil er irgendwelche Zertifikate und Plaketten an seine Türen heften kann.

Wo der Kreistag nicht mit Ihnen übereinstimmt, denken sie einfach daran, **„der Gerechte muss viel leiden“**. Wer gewissenhaft einen Haushalt aufstellt, muss einfach auch in Kauf nehmen, dass nicht alles hingenommen wird. Ich bin überzeugt, wir werden einen Weg finden, wie wir die Städte und Gemeinden entlasten und gleichzeitig dem Kreis den notwendigen Spielraum verschaffen können. Unsere Vorschläge sind fundiert und gut begründet.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !

Für die Fraktion

A handwritten signature in black ink, reading 'Wilfried Dölker'. The signature is written in a cursive, flowing style with a long horizontal stroke at the end.

Wilfried Dölker
Fraktionsvorsitzender

Anlage 6/1 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014

Freie Wähler im Kreis Böblingen · Böblinger Str. 5-7 · 71088 Holzgerlingen

Wilfried Dölker
Bürgermeister
Fraktionsvorsitzender

Henriettestraße 34
71088 Holzgerlingen

Fon 07031 / 68 08 20
Fax 07031 / 68 08 90

Privat 07031 / 4281166

Willfried.Doelker@holzgerlingen.de

12.11.2014

Haushaltsantrag Nr. 1

Kreisumlage/Zuführung an Eigenbetrieb „Klinikbetriebe“

- 1. Die Freien Wähler beantragen die Kreisumlage auf 38,8 % Punkte festzusetzen.**
- 2. Der Ansatz für Grunderwerbssteuer ist auf 22 Mio. € zu erhöhen.**
- 3. An den Eigenbetrieb Klinikbetriebe ist aus dem Haushaltsüberschuss ein Betrag in Höhe von 4.000.000 € zuzuführen. Entstehen im Laufe des Jahres weitere Überschüsse sind diese ebenfalls dem Eigenbetrieb zu übertragen.**
- 4. Der Haushaltsausgleich erfolgt entsprechend der nachfolgenden Begründung.**

Begründung:

Die Kreisumlage sinkt im Jahr 2015 zwar von 196,1 Mio. € auf 182,6 Mio. €. Durch die Wechselwirkungen des Finanzausgleiches wird dieses Defizit jedoch mehr als ausgeglichen. **Auf der Einnahmeseite ergibt sich ein Nettoplus in Höhe von gut 3 Mio. €.**

Das Haushaltsjahr 2013 schließt mit einem **Überschuss von rund 3 Mio. €**. Zudem erwarten wir, dies wurde von der Verwaltung bestätigt, im Haushaltsjahr 2014 einen weiteren Überschuss in Höhe von mehr als 3 Mio. €. Wir rechnen in der nachfolgenden Aufstellung aber nur mit 3 Mio. € - obwohl dieser Betrag wohl zu niedrig ist.

1. Stellvertreter
Thomas Sprißler
OB@herrenberg.de

2. Stellvertreterin
Ingrid Balzer
dietrich.balzer@t-online.de

Geschäftsführer
Bernd Dürr
Hohenzollernstraße 20
71149 Bondorf
Fon 07457 / 939311
Fax 07457 / 8087
bernd.duerr@bondorf.de

Daraus ergeben sich folgende Veränderungen:

Reduzierung Kreisumlage auf 38,8 % **-5.500.000 €**

Gegenfinanzierung:

1. Der im Straßen-/Radwegetat geplante Radweg in Ehningen mit einem Nettokostenaufwand für den Landkreis Böblingen in Höhe von **+ 300.000 €** ist zu verschieben.
2. Der Landkreis wird durch geringere Verkehrsumlagen in etwa in Höhe von **+ 700.000 €** entlastet.
3. Das Gebäudeunterhaltungsprogramm für die verschiedenen Kreisgebäude wird gestreckt und auf weitere Jahre verteilt **+ 1.000.000 €**
4. Der geplante Betrag für die Schulsozialarbeit entfällt **+ 600.000 €**
5. Der Haushaltsantrag Tourismusförderung wird gekürzt **+ 100.000 €**
6. Der Personaletat wird ebenfalls gekürzt **+ 100.000 €**

Zwischensumme: / verbleibendes Minus: **- 2.700.000 €**

Verbesserte Einnahmen:

7. Erhöhung Haushaltsansatz Grunderwerbsteuer **2.000.000 €**
8. Ergebnisverbesserung 2013 **3.000.000 €**
9. Ergebnisverbesserung 2014 mindestens **3.000.000 €**
10. Erwartete verbesserte Flüchtlingshilfe **1.000.000 €**
11. Erhöhung Baugenehmigungsgebühr **300.000 €**

Zwischensumme mit Einnahmen: **+ 6.600.000 €**

Davon gehen ab:

Zusätzliche Ausgaben aus den nachfolgenden Anträgen der Freien Wähler:

12. Förderung auswärtiger Schüler an Gemeinschaftsschulen **- 30.000 €**
13. Stützung der Freien Träger Jugendhilfe **- 100.000 €**
14. Fahrzeugpflege DRK **- 10.000 €**
15. Zuführung Eigenbetrieb Kliniken **- 4.000.000 €**

Verbleibende Deckungsreserve: **+ 2.460.000 €**

Angesichts dieser Deckungsvorschläge könnte die Kreisumlage deshalb auch noch deutlich tiefer festgesetzt werden. **Wir schlagen aber vor, einen verbleibenden Überschuss ebenfalls dem Eigenbetrieb Klinikgebäude zuzuführen.**

Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 22 Mio. € ist angesichts der aktuellen Immobilientätigkeit im Landkreis und der zu erwartenden Ergebnisse 2014 **mehr als gerechtfertigt**. Die Kassenlage des Landkreises ist hervorragend. **Es ergibt sich deshalb keinerlei Grund die Kreisumlage zu erhöhen, im Gegenteil sie muss gesenkt werden.**

Für die Fraktion

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Wilfried Dölker', written in a cursive style.

Wilfried Dölker
Fraktionsvorsitzender

Deckungsvorschlag Kreisumlage 38,8 %

Kreisumlage 38,8 % = - 5.500.000 €

Gegenfinanzierung: = +

I. Haushaltskürzungen:

- Radweg Ehningen netto = + 300.000 €
- Entlastung des Landkreises
bei der Verkehrsumlage (Bericht Verwaltung) = + 700.000 €
- Zeitliche Anpassung Gebäudeunterhaltung –
Haushaltsansatz 2015 gekürzt = + 1.000.000 €
- Schulsozialarbeit Kreiszuschuss entfällt = + 600.000 €
- gekürzte Tourismusförderung = + 100.000 €
- gekürzter Personaletat = + 100.000 €

Zwischensumme verbleibendes Minus = - 2.700.000 €

II. Einnahmeverbesserungen:

- Erhöhung Haushaltsansatz Grunderwerbsteuer + 2.000.000 €
- Ergebnisverbesserung 2013 + 3.000.000 €
- Ergebnisverbesserung 2014 mindestens + 3.000.000 €
- Flüchtlingshilfe Landeszuschuss + 1.000.000 €
- Baugenehmigungsgebühren + 300.000 €

Zwischensumme + 6.600.000 €

III. Mehrausgaben:

- Förderung ausw. Schüler an Gemeinschaftsschulen - 30.000 €
- Stützung der freien Träger Jugendhilfe - 100.000 €
- Fahrzeugpflege DRK - 10.000 €
- Zuführung Eigenbetrieb Klinikgebäude (3,5-4 Mio.) - 4.000.000 €

Verbleibende Deckungsreserve: 2.460.000 €

D.h. selbst dann, wenn die von uns beantragten Haushaltskürzungen keine Mehrheit finden würden, ist der Ausgleich gesichert.

Aus der Deckungsreserve können auch noch andere Punkte finanziert werden. Auch der Ausfall der verbesserten Flüchtlingshilfe ist verkraftbar.

Anlage 6/2 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014

Freie Wähler im Kreis Böblingen · Böblinger Str. 5-7 · 71088 Holzgerlingen

Wilfried Dölker
Bürgermeister
Fraktionsvorsitzender

Henriettestraße 34
71088 Holzgerlingen

Fon 07031 / 68 08 20
Fax 07031 / 68 08 90

Privat 07031 / 4281166

Willfried.Doelker@holzgerlingen.de

12.11.2014

Haushaltsantrag Nr. 2

Förderung auswärtiger Schüler/Gemeinschaftsschule/Schulsozialarbeit

Die **Freien Wähler beantragen**, den Betrag für das Impulsprogramm Schulsozialarbeit in Höhe von 600.000 €, im Haushalt Seite 169, Haushaltsstelle 43180620, zu streichen.

Damit die Schulsozialarbeit auch an Standorten mit Gemeinschaftsschulen erleichtert wird, wird beantragt, einen Betrag in der Höhe auszuweisen, wie er erforderlich ist um einen Zuschuss für auswärtige Schüler ab Klasse 5 an Gemeinschaftsschulen die aus dem Kreis Böblingen kommen, in gleicher Höhe wie für die Realschulen, ausbezahlen zu können, aufzunehmen. Nach unseren Annahmen ca. 300 x 92 € ~ ca. 30.000 €.

Begründung:

Das Impulsprogramm Schulsozialarbeit ist ausgelaufen. Die Städte und Gemeinden des Kreises Böblingen haben sich eindeutig dafür ausgesprochen und erklärt, dass die Schulsozialarbeit nicht gekürzt werden wird. Diese Ausgabe wird zukünftig in eigener Regie finanziert.

Der Kreiszuschuss für auswärtige Schüler an zentralen Schulstandorten ermöglicht es den Schulträgern unter anderem, an solchen Schulen auch Schulsozialarbeit anzubieten. Bislang ausgenommen sind die Gemeinschaftsschulen.

Es wird deshalb beantragt, Schülerinnen und Schüler an Gemeinschaftsschulen, die aus dem Kreis Böblingen kommen, in die Förderung einzubeziehen.

1. Stellvertreter
Thomas Sprißler
OB@herrenberg.de

2. Stellvertreterin
Ingrid Balzer
dietrich.balzer@t-online.de

Geschäftsführer
Bernd Dürr
Hohenzollernstraße 20
71149 Bondorf
Fon 07457 / 939311
Fax 07457 / 8087
bernd.duerr@bondorf.de

Die absolute Zahl der Schüler an Gemeinschaftsschulen beträgt derzeit ca. 317 Schüler. Je Kopf wird für Realschüler ein Betrag in Höhe von 92 €/Jahr ausbezahlt. Deshalb ist eine Gesamtsumme in Höhe von 30.000 € im Haushalt aufzunehmen.

Die Gegenfinanzierung kann, siehe Haushaltsantrag Nr. 1 problemlos im Haushalt dargestellt werden.

Für die Fraktion

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Wilfried Dölker', written in a cursive style.

Wilfried Dölker
Fraktionsvorsitzender

Anlage 6/3 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014

Freie Wähler im Kreis Böblingen · Böblinger Str. 5-7 · 71088 Holzgerlingen

Wilfried Dölker
Bürgermeister
Fraktionsvorsitzender

Henriettestraße 34
71088 Holzgerlingen

Fon 07031 / 68 08 20
Fax 07031 / 68 08 90

Privat 07031 / 4281166

Willfried.Doelker@holzgerlingen.de

12.11.2014

Haushaltsantrag Nr. 3

Krankenhausfinanzierung

Entwicklung der Defizite

Die Freien Wähler beantragen, dass Erfahrungswerte von anderen Standorten (Villingen-Schwenningen und Rems-Murr) erkundet und geprüft werden.

Es ist zu klären, in welcher Form sich die Umsetzung des medizinischen Konzeptes im Landkreis Böblingen angesichts der sich laufend veränderten Kliniklandschaft auf die zukünftige Kostenentwicklung auswirken wird.

Begründung:

Die grundlegenden Entscheidungen zum Klinikneubau in Böblingen/Sindelfingen stehen unmittelbar bevor. Es kommt allerdings auf die Förderung des Landes an.

Die Freien Wähler befürworten die Zusammenlegung der Krankenhausstandorte Böblingen/Sindelfingen, wenn klar erkennbar wird, dass dadurch eine weitgehende Kostendeckung im Krankenhausbetrieb erreicht werden kann.

Um dies beurteilen und prüfen zu können, ist ein Abgleich mit anderen Standorten und gegebenenfalls die Fortschreibung der Prognosen notwendig. Dies sollte spätestens bis zum Zeitpunkt einer Bauentscheidung erfolgen.

Für die Fraktion



Wilfried Dölker
Fraktionsvorsitzender

1. Stellvertreter
Thomas Sprißler
OB@herrenberg.de

2. Stellvertreterin
Ingrid Balzer
dietrich.balzer@t-online.de

Geschäftsführer
Bernd Dürr
Hohenzollerstraße 20
71149 Bondorf
Fon 07457 / 939311
Fax 07457 / 8087
bernd.duerr@bondorf.de

Anlage 6/4 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014

Freie Wähler im Kreis Böblingen · Böblinger Str. 5-7 · 71088 Holzgerlingen

Wilfried Dölker
Bürgermeister
Fraktionsvorsitzender

Henriettestraße 34
71088 Holzgerlingen

Fon 07031 / 68 08 20
Fax 07031 / 68 08 90

Privat 07031 / 4281166

Wilfried.Doelker@holzgerlingen.de

12.11.2014

Haushaltsantrag Nr. 4

EDV- Kosten IUK und Service

In der Haushaltsstelle 42720000 sind Aufwendungen für die EDV aufgeführt. Im Jahr 2015 insgesamt 2.451.750 €. Im Vorjahr waren dies 606.900 €. Auf Seite 161 sind diese EDV-Kosten kurz erläutert. Es ist jedoch nicht dargestellt, um welche zusätzlichen EDV-Projekte es sich handelt. Wir beantragen die EDV-Projekte ausführlich zu erläutern und im VFA vor der Umsetzung zu berichten bzw. zu beschließen.

Begründung:

Ein Anstieg der EDV-Kosten um rund 1,85 Mio. € ist sehr beachtlich. Hier ist eine detaillierte Begründung und Auflistung der Kosten erforderlich. Ein detaillierter Bericht ist aus unserer Sicht notwendig. Gegebenenfalls auch ein Beschlussfassung im Ausschuss.

Für die Fraktion



Wilfried Dölker
Fraktionsvorsitzender

1. Stellvertreter
Thomas Sprißler
OB@herrenberg.de

2. Stellvertreterin
Ingrid Balzer
dietrich.balzer@t-online.de

Geschäftsführer
Bernd Dürr
Hohenzollerstraße 20
71149 Bondorf
Fon 07457 / 939311
Fax 07457 / 8087
bernd.duerr@bondorf.de

Anlage 6/5 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014

Freie Wähler im Kreis Böblingen · Böblinger Str. 5-7 · 71088 Holzgerlingen

Wilfried Dölker
Bürgermeister
Fraktionsvorsitzender

Henriettestraße 34
71088 Holzgerlingen

Fon 07031 / 68 08 20
Fax 07031 / 68 08 90

Privat 07031 / 4281166

Wilfried.Doelker@holzgerlingen.de

12.11.2014

Haushaltantrag Nr. 5

Bushaltestelle K 1063 Einmündung Lehenweiler

Wir beantragen, dass an der K 1063/K 1003/Zufahrt Lehenweiler ein sicherer Bushalt geschaffen wird. Eine kommunale Beteiligung ist zu prüfen, Lösungsvorschläge sind im Ausschuss zu beraten.

Begründung:

Schülerinnen und Schüler aus Lehenweiler müssen an der Kreisstraße zwischen Aidlingen und Grafenau die Schulbusse besteigen. Am Haltepunkt ist die Querung der Kreisstraße notwendig, der Haltepunkt ist damit sehr unsicher. Hier sind Ausbaumaßnahmen notwendig. Die notwendigen Mittel sind im Haushalt (siehe Deckung durch Kürzungsvorschläge in anderen Punkten) aufzunehmen.

Eine kommunale Beteiligung entsprechend dem Kreisstraßenausbauprogramm ist zu prüfen. Die Mehrausgaben können – siehe Antrag 1 durch Kürzungen an anderer Stelle gedeckt werden.

Für die Fraktion



Wilfried Dölker
Fraktionsvorsitzender

1. Stellvertreter
Thomas Sprißler
OB@herrenberg.de

2. Stellvertreterin
Ingrid Balzer
dietrich.balzer@t-online.de

Geschäftsführer
Bernd Dürr
Hohenzollerstraße 20
71149 Bondorf
Fon 07457 / 939311
Fax 07457 / 8087
bernd.duerr@bondorf.de

Anlage 6/6 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014

Freie Wähler im Kreis Böblingen · Böblinger Str. 5-7 · 71088 Holzgerlingen

Wilfried Dölker
Bürgermeister
Fraktionsvorsitzender

Henriettestraße 34
71088 Holzgerlingen

Fon 07031 / 68 08 20
Fax 07031 / 68 08 90

Privat 07031 / 4281166

Wilfried.Doelker@holzgerlingen.de

12.11.2014

Haushaltsantrag Nr. 6

Bericht zu Reinigungsleistungen die in Kreiseinrichtungen erbracht werden

Wir beantragen, dass der Kreis einen detaillierten Bericht zur Vergabe von Reinigungsleistungen vorlegt. Es ist zu prüfen, ob diese Reinigungsleistungen, zumindest teilweise, auch über die Service GmbH des Klinikverbunds abgewickelt werden könnte.

Begründung:

Reinigungsleistungen werden seit Jahren an Dienstleistungsfirmen vergeben. Erfolgt eine regelmäßige Ausschreibung ? Zahlen die beauftragten Unternehmen Mindestlöhne ? Stimmt die Qualität der Reinigungsleistungen ? Wurde geprüft, ob die Service GmbH des Klinikverbundes die Leistung ebenfalls erbringen könnte ? Zu diesen Fragen erbitten wir eine Antwort.

Für die Fraktion



Wilfried Dölker
Fraktionsvorsitzender

1. Stellvertreter
Thomas Spießler
OB@herrenberg.de

2. Stellvertreterin
Ingrid Balzer
dietrich.balzer@t-online.de

Geschäftsführer
Bernd Dürr
Hohenzollernstraße 20
71149 Bondorf
Fon 07457 / 939311
Fax 07457 / 8087
bernd.duerr@bondorf.de

Anlage 6/7 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014

Freie Wähler im Kreis Böblingen · Böblinger Str. 5-7 · 71088 Holzgerlingen

Wilfried Dölker
Bürgermeister
Fraktionsvorsitzender

Henriettestraße 34
71088 Holzgerlingen

Fon 07031 / 68 08 20
Fax 07031 / 68 08 90

Privat 07031 / 4281166

Wilfried.Doelker@holzgerlingen.de

12.11.2014

Haushaltsantrag Nr. 7

Entwicklung der Schülerzahlen an den verschiedenen Kreisschulen/Inklusion

1. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an Kreisschulen geht zukünftig zurück. Welche Konsequenzen werden daraus in der Schulverwaltung gezogen ? Wir bitten um einen Bericht und die Erstellung eines Schulentwicklungsplanes.
2. Die Inklusion von behinderten Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Kreisschulen ist aus unserer Sicht notwendig. Wie beteiligt sich das Land z.B. auch spezielle Kostenzuschüsse an den Kosten.

Begründung:

Im mittelfristigen Investitionsprogramm sind erhebliche Kosten für die Schulen und deren Unterhaltung dargestellt. Hierzu werden wir noch einen gesonderten Antrag stellen. Die gesamte Weiterentwicklung der Kreisschulen hängt auch von der Entwicklung der Schülerzahlen ab. Dazu ist ein detaillierter Bericht im Fachausschuss vorzulegen.

Die Inklusion von behinderten Schülern an allgemeinbildenden Kreisschulen ist notwendig. Gibt es vom Land, das für die Bildung und Aufgabenerledigung verantwortlich ist Kostenzuschüsse bzw. welche Kosten entstehen ?

Für die Fraktion



Wilfried Dölker
Fraktionsvorsitzender

1. Stellvertreter
Thomas Sprißler
OB@herrenberg.de

2. Stellvertreterin
Ingrid Balzer
dietrich.balzer@t-online.de

Geschäftsführer
Bernd Dürr
Hohenzollernstraße 20
71149 Bondorf
Fon 07457 / 939311
Fax 07457 / 8087
bernd.duerr@bondorf.de

Anlage 6/8 zu KT-Drucks. 111/2014

Freie Wähler im Kreis Böblingen · Böblinger Str. 5-7 · 71088 Holzgerlingen

Wilfried Dölker
Bürgermeister
Fraktionsvorsitzender

Henriettestraße 34
71088 Holzgerlingen

Fon 07031 / 68 08 20
Fax 07031 / 68 08 90

Privat 07031 / 4281166

Wilfried.Doelker@holzgerlingen.de

12.11.2014

Haushaltsantrag Nr. 8

Budget Gebäudeunterhaltung/Kreiseigene Gebäude

Wir beantragen:

1. Für die Gebäudeunterhaltung (Anlage 12 im Haushalt) sind zahlreiche Sanierungsvorhaben eingestellt. Wir beantragen diese Sanierungsmittel zeitlich zu strecken und zwar im Zeitraum bis zum Jahr 2022. Dadurch ergibt sich eine Entlastung des Etas von jährlich ca. 1-2 Mio. €.
2. Es ist eine Prioritätenliste aufzustellen. Darin ist die Notwendigkeit einzelner Maßnahmen zu gewichten und zu begründen.
3. Maßnahmen, die im jeweiligen Haushaltsjahr geplant werden, sind auch entsprechend zeitnah umzusetzen.

Begründung:

In den Vorjahren mussten vielfach Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen gebildet werden, weil die Verwaltung bzw. die Gebäudewirtschaft aus Kapazitätsgründen den Umfang der geplanten Maßnahmen nicht durchführen konnte.

Das in der Anlage 12 ausgewiesene Programm ist sehr anspruchsvoll und sollte auf einen realisierbaren Umfang reduziert werden. Es ist deshalb notwendig, die Unterhaltungsmaßnahmen zeitlich zu strecken. Damit wird der Haushalt 2015 entlastet.

Die einzelnen Maßnahmen sind in eine Prioritätenliste aufzunehmen. Darin ist die Notwendigkeit der Maßnahmen im Einzelnen zu begründen und entsprechend einer

1. Stellvertreter
Thomas Sprißler
OB@herrenberg.de

2. Stellvertreterin
Ingrid Balzer
dietrich.balzer@t-online.de

Geschäftsführer
Bernd Dürr
Hohenzollernstraße 20
71149 Bondorf
Fon 07457 / 939311
Fax 07457 / 8087
bernd.duerr@bondorf.de

Gewichtung dann eine Reihenfolge festzulegen. Der Haushaltsansatz 2015 kann um den Betrag von mindestens 1 Mio. € gekürzt werden (siehe Antrag 1). Im Ausschuss ist ein detaillierter Bericht, spätestens Mitte des Jahres, vorzulegen.

Für die Fraktion

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Wilfried Dölker', written in a cursive style.

Wilfried Dölker
Fraktionsvorsitzender

Anlage 6/9 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014

Freie Wähler im Kreis Böblingen · Böblinger Str. 5-7 · 71088 Holzgerlingen

Wilfried Dölker
Bürgermeister
Fraktionsvorsitzender

Henriettestraße 34
71088 Holzgerlingen

Fon 07031 / 68 08 20
Fax 07031 / 68 08 90

Privat 07031 / 4281166

Wilfried.Doelker@holzgerlingen.de

12.11.2014

Haushaltsantrag Nr. 9

Tourismusförderung im Landkreis/Heimattage Baden-Württemberg

Auf Seite 279 ist ausgeführt, dass 2015 ein mögliches Bewerbungsverfahren für die Heimattage Baden-Württemberg geprüft werden soll. **Wir beantragen**, diese Planungen zu unterlassen, ebenso die Planung für eine Regionalmesse. Der Haushaltsansatz für die Tourismusförderung ist um 100.000 € zu kürzen.

Begründung:

Die Durchführung und Organisation von Heimattagen ist eine Sache der Städte und Gemeinden. Falls Interesse von Kreisgemeinden besteht, können diese gemeinsam einen Antrag vorbereiten und organisieren. Die Regionalmesse kam schon 2014 mangels Interesse nicht zu Stande. Eine Notwendigkeit ist nicht erkennbar. Es handelt sich um keine Kreisaufgaben. Der Haushaltsansatz wird generell von Jahr zu Jahr erhöht. Wir schlagen daher eine Kürzung um 100.000 € vor.

Für die Fraktion



Wilfried Dölker
Fraktionsvorsitzender

1. Stellvertreter
Thomas Sprißler
OB@herrenberg.de

2. Stellvertreterin
Ingrid Balzer
dietrich.balzer@t-online.de

Geschäftsführer
Bernd Dürr
Hohenzollernstraße 20
71149 Bondorf
Fon 07457 / 939311
Fax 07457 / 8087
bernd.duerr@bondorf.de

Anlage 6/10 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014

Freie Wähler im Kreis Böblingen · Böblinger Str. 5-7 · 71088 Holzgerlingen

Wilfried Dölker
Bürgermeister
Fraktionsvorsitzender

Henriettestraße 34
71088 Holzgerlingen

Fon 07031 / 68 08 20
Fax 07031 / 68 08 90

Privat 07031 / 4281166

Wilfried.Doelker@holzgerlingen.de

12.11.2014

Haushaltsantrag Nr. 10

Personalentwicklung

Die Freien Wähler beantragen, dass im Personalhaushalt (pauschal) ein Betrag in Höhe von 100.000 € eingespart wird.

Begründung:

Bedingt durch die notwendigen Freistellungen für den Personalrat sind 2,8 zusätzliche Personalstellen im Haushalt eingeplant. Die Freistellungen betreffen teilweise Fachkräfte, die nicht einfach kompensiert werden können. Dies anerkennen wir.

Der VFA hat in den Vorjahren beschlossen, dass entsprechende Freistellungen an anderer Stelle im Personaletat eingespart werden müssen. Die Kreisverwaltung geht von Gesamtkosten in Höhe von 180.000 € für Freistellungen aus, die im Haushalt komplett finanziert wurden. **Wir beantragen**, diese Personalkostensteigerung um 100.000 € zu reduzieren und nur 80.000 € zusätzlich für diesen Zweck auszuweisen. Dadurch kann eine Stelle im Wasserwirtschaftsamt (Ingenieurstelle) neu besetzt werden. Die anderen Freistellungen sind durch Einsparungen auszugleichen. Laut Gesetzesbegründung des Landes sollen diese zusätzlichen Stellen aus dem jeweiligen Personalbestand ohne zusätzliche Kosten erbracht werden können. Dies ist laut Kreisverwaltung nicht der Fall. Ggf. müßte beim Land; (Konnexität) – ein Ausgleich eingefordert werden.

Für die Fraktion



Wilfried Dölker
Fraktionsvorsitzender

1. Stellvertreter
Thomas Sprißler
OB@herrenberg.de

2. Stellvertreterin
Ingrid Balzer
dietrich.balzer@t-online.de

Geschäftsführer
Bernd Dürr
Hohenzollernstraße 20
71149 Bondorf
Fon 07457 / 939311
Fax 07457 / 8087
bernd.duerr@bondorf.de

Anlage 6/11 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014

Freie Wähler im Kreis Böblingen · Böblinger Str. 5-7 · 71088 Holzgerlingen

Wilfried Dölker
Bürgermeister
Fraktionsvorsitzender

Henriettestraße 34
71088 Holzgerlingen

Fon 07031 / 68 08 20
Fax 07031 / 68 08 90

Privat 07031 / 4281166

Willfried.Doelker@holzgerlingen.de

12.11.2014

Haushaltsantrag Nr. 11

DRK Fahrzeugunterhaltung

Der Kreisverband des DRK hat für die Fahrzeugunterhaltung einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 10.000 € beantragt. **Wir beantragen**, diese Mittel im Haushalt bereit zu stellen.

Begründung:

Auf den Antrag des DRK wird verwiesen. Deckungsvorschlag siehe vorgeschlagene Kürzungen.

Anlage: Antrag DRK

Für die Fraktion



Wilfried Dölker
Fraktionsvorsitzender

1. Stellvertreter
Thomas Sprißler
OB@herrenberg.de

2. Stellvertreterin
Ingrid Balzer
dietch.balzer@t-online.de

Geschäftsführer
Bernd Dürr
Hohenzollerstraße 20
71149 Bondorf
Fon 07457 / 939311
Fax 07457 / 8087
bernd.duerr@bondorf.de

Anlage 6/12 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014

Freie Wähler im Kreis Böblingen · Böblinger Str. 5-7 · 71088 Holzgerlingen

Wilfried Dölker
Bürgermeister
Fraktionsvorsitzender

Henriettestraße 34
71088 Holzgerlingen

Fon 07031 / 68 08 20
Fax 07031 / 68 08 90

Privat 07031 / 4281166

Willfried.Doelker@holzgerlingen.de

12.11.2014

Haushaltsantrag Nr. 12

Radweg Ehningen

Auf Seite 401 Anlage 6 b ist der Ausbau des Radweges in Ehningen mit Gesamtkosten von 600.000 € ausgewiesen.

Wir beantragen, diese Maßnahme zurückzustellen und kostengünstigere Alternativen zu untersuchen, die sicherlich machbar sind. Vor einer Umsetzung ist auch das Kreisweite Konzept in der Arbeitsgruppe Radverkehr vorzulegen und zu beraten.

Bis zur Vorlage entsprechender Alternativplanungen ist eine Entscheidung über diesen Radweg zurückzustellen.

Begründung:

Der Radweg entlang der K 1077 funktioniert bereits ohne Ausbau. In Ehningen müssen nur kurze Strecken über kaum befahrene Ortsstraßen genutzt werden. Ein Ausbau mit einem Aufwand von 600.000 € ist nicht erforderlich. Selbst wenn man den voraussichtlichen Zuschuss des Landes dagegen rechnet, ist diese Maßnahme so nicht sinnvoll. Deshalb sind kostengünstige Alternativen zu untersuchen und die Maßnahme ist zurückzustellen bis das kreisweite Konzept erarbeitet wurde.

Für die Fraktion



Wilfried Dölker
Fraktionsvorsitzender

1. Stellvertreter
Thomas Spießler
OB@herrenberg.de

2. Stellvertreterin
Ingrid Balzer
dietrich.balzer@t-online.de

Geschäftsführer
Bernd Dürr
Hohenzollernstraße 20
71149 Bondorf
Fon 07457 / 939311
Fax 07457 / 8087
bernd.duerr@bondorf.de

Anlage 6/13 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014

Freie Wähler im Kreis Böblingen · Böblinger Str. 5-7 · 71088 Holzgerlingen

Wilfried Dölker
Bürgermeister
Fraktionsvorsitzender

Henriettestraße 34
71088 Holzgerlingen

Fon 07031 / 68 08 20
Fax 07031 / 68 08 90

Privat 07031 / 4281166

Willfried.Doelker@holzgerlingen.de

12.11.2014

Haushaltsantrag Nr. 13

Finanzierung der freien Träger der Jugendhilfe

1. Der Kreis prüft in welcher Form er die freien Träger der Jugendhilfe, die derzeit unter erheblichen finanziellen Problemen durch die veränderte Vergabepaxis des Kreises leiden, finanziell stützen kann. Ein detaillierter Bericht ist zur Beratung vorzulegen.
2. Im Haushalt sind 100.000 € einzustellen.
3. Es ist zu prüfen, ob ein teilweiser Ausgleich durch Aufträge im Bereich Flüchtlingsbetreuung erfolgen kann.

Begründung:

Die freien Träger der Jugendhilfe im Landkreis haben in der Vergangenheit bei der Erbringung ambulanter, erzieherischer Hilfen hervorragende Leistungen erbracht. Die tariflichen Kosten für das Personal dieser Träger sind deutlich gestiegen. Der Kreis hat seine Leistungen jedoch weit überdurchschnittlich gekürzt. So hat der Verein für Jugendhilfe Umsatzeinbußen in der Größenordnung von ca. 300.000 €/Jahr, die Stiftung Jugendhilfe erhält ca. 25.000 € weniger wie im Vorjahr, der Sozialtherapeutische Verein hat bereits Personal abgebaut und er erhält ca. 47.300 € weniger wie in 2014. Das Waldhaus erhält ca. 40.000 € weniger wie in 2014. All diese Träger der Jugendhilfe haben bislang keine Überschüsse erwirtschaftet und sind derzeit mit diesen Einnahmerückgängen in eine sehr schwierige Situation gelangt. Aus Sicht der Freien Wähler ist sicherzustellen, dass die hochwertigen Leistungen der Freien Träger erhalten bleiben und geprüft wird, in welcher Form der Kreis sich durch

1. Stellvertreter
Thomas Sprißler
OB@herrenberg.de

2. Stellvertreterin
Ingrid Balzer
dietrich.balzer@t-online.de

Geschäftsführer
Bernd Dürr
Hohenzollernstraße 20
71149 Bondorf
Fon 07457 / 939311
Fax 07457 / 8087
bernd.duerr@bondorf.de

Auftragsvergabe bzw. sachgerechte Vergütung sicherstellen kann, dass die Träger auch in Zukunft ihre Leistungen erbringen können.

Im Haushalt sind 100.000 € einzustellen. Die Deckung ist gesichert – siehe Antrag 1.

Für die Flüchtlingsbetreuung sollen weitere Personalstellen geschaffen werden. Diese Leistungen können auch durch die freien Träger erbracht werden, da sie in diesem Bereich eine hohe Kompetenz nachweisen können.

Für die Fraktion

A handwritten signature in black ink, reading "Wilfried Dölker". The signature is written in a cursive style with a long, sweeping underline.

Wilfried Dölker
Fraktionsvorsitzender

Anlage 6/14 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014

Freie Wähler im Kreis Böblingen · Böblinger Str. 5-7 · 71088 Holzgerlingen

Wilfried Dölker
Bürgermeister
Fraktionsvorsitzender

Henriettestraße 34
71088 Holzgerlingen

Fon 07031 / 68 08 20
Fax 07031 / 68 08 90

Privat 07031 / 4281166

Wilfried.Doelker@holzgerlingen.de

10.11.2014

Haushaltsantrag Nr. 14

Erddeponievolumen im Landkreis

Wir beantragen, zu prüfen, ob im Bereich der Deponie Rübenloch in Leonberg östlich der Kreisstrasse und südlich der Erschließungsstrasse unbelastetes Erdmaterial eingebaut/aufgefüllt werden kann. Dadurch könnte das Deponievolumen im Landkreis deutlich erhöht werden.

Begründung:

Nach wie vor gibt es im Landkreis ein viel zu geringes Erddeponievolumen. Es ist erfreulich, dass die Anlieferungsmenge für Einzelbauvorhaben geringfügig erhöht wird, dennoch muss der Landkreis Sorge dafür tragen, dass das Deponievolumen auch im Nordkreis möglichst wohnortsnah erhöht wird.

Die Mülldeponie in Leonberg soll abgedichtet und saniert werden. Es ist ein Abdeckung mit einer ca. 3m dicken Erdschicht geplant. Eine höhere Überfüllung der Deponie prüfenswert. Östlich der Kreisstrasse und südlich der Erschließungsstrasse kann eine Auffüllung mit unbelastetem Material geprüft werden.

Wir bitten, eine entsprechende Untersuchung durchzuführen und zu klären, ob dort das Deponievolumen durch eine Erhöhung der Überdeckung, und Ausweitung der Fläche erreichbar werden könnte. Zu klären ist in diesem Zusammenhang auch das mögliche Volumen.

Eine Auffüllung östlich der Kreisstrasse und südlich der Erschließungsstrasse hätte den Vorteil, dass die vorhandenen Betriebseinrichtungen genutzt werden können. Eine Prüfung der Machbarkeit, auch unter ökologischen Gesichtspunkten ist notwendig.

Für die Fraktion



Wilfried Dölker
Fraktionsvorsitzender

1. Stellvertreter
Thomas Sprißler
OB@herrenberg.de

2. Stellvertreterin
Ingrid Balzer
dietrich.balzer@t-online.de

Geschäftsführer
Bernd Dürr
Hohenzollernstraße 20
71149 Bondorf
Fon 07457 / 939311
Fax 07457 / 8087
bernd.duerr@bondorf.de

Fraktionsvorsitzender
Helmut J. Noe

Erster Bürgermeister a.D:

Tel.07152/23130
email:hrnoe@yahoo.de

Es gilt das gesprochene Wort

Stellungnahme zum Kreishaushalt 2015

Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte!

Kliniken

Am 5. Mai 2014 hat der Kreistag mit großer Mehrheit das
Medizinkonzept für die Krankenhäuser im Kreis Böblingen
bzw. für den Klinikverbund beschlossen.

1. Stellvertreterin: Dr. Gabriele Moritz-Rahn, 71101 Schönaich, Tel.07031/655858
 2. Stellvertreter: Walter Arnold, Tel. 07031/384 154, E-Mail: pferdehof.arnold@gmx.de
 3. Stellvertreter: Prof. Dr. Axel Prokop, 71032 Böblingen, Tel. 07031/9812422, E-Mail: verletzt@klinikverbund-suedwest.de
- Schatzmeister: Dieter Haarer, 71083 Herrenberg-Kuppingen, Tel.07032/33447, E-Mail: dieter.haarer@web.de
Schriftführer: Claus Unger, Königstraße 29, 71139 Ehningen, Tel. 07034/121-133, E-Mail claus.unger@ehningen.de

Dieses Medizinkonzept wird vom Sozialministerium als zukunftsweisend bezeichnet. Es ist eine gute Grundlage für die Beratungen im Landeskrankenhaus-Ausschuss am 20. November 2014.

Wir gehen deshalb davon aus, dass der Landeskrankenhaus-Ausschuss dem Medizinkonzept zustimmt. Nach den Aussagen von Frau Ministerin Altpeter im Gäuboten vom 28. Oktober 2014 ist dann mit einer Planungsrate für den Klinikneubau auf dem Flugfeld im Landeshaushalt 2015 zu rechnen.

Wir erwarten mit dem Beschluss des Landeskrankenhausausschusses auch ein klares Bekenntnis zu den Krankenhäusern in Leonberg und Herrenberg.

Für den Neubau auf dem Flugfeld rechnen wir mit einem namhaften Zuschuss.

Auch für die Häuser in Herrenberg und Leonberg braucht der Landkreis Zuschüsse des Landes.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass im Jahr 2015 und in den Folgejahren im Eigenbetrieb Klinikgebäude jeweils 6 Mio Euro für Investitionen in diese Häuser bereitgestellt werden.

Der Kauf des Grundstücks auf dem Flugfeld kann in den nächsten Monaten abgeschlossen werden.

Für die erste Rate des Kaufpreises sollen im Jahr 2015 8 Mio Euro aus der Rücklage für den Krankenhausneubau finanziert werden.

Wir stimmen dieser Vorgehensweise zu, stellen aber fest, dass damit die Rücklage keine Mittel mehr für den Krankenhausneubau enthält.

Wir beantragen deshalb, dass aus guten Rechnungsergebnissen der nächsten Jahre Mittel wiederum für die Rücklage zur Verfügung gestellt werden.

Bisher hatten wir ja jährlich mindestens 3 Mio Euro bereitgestellt. Dies geht auf einen Antrag unserer Fraktion zum Kreishaushalt 2012 zurück.

Nach wie vor weisen unsere Klinikgesellschaften Defizite aus. Die Geschäftsführerin hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2016 die Defizite unserer Krankenhäuser beim Deckungsbeitrag 3 auf Null Euro zurückzufahren.

Frau Dr. Frank, Sie haben hierbei unsere volle Unterstützung, wenn auch die noch zu treffenden Maßnahmen in der Umsetzung nicht einfach sein werden.

Wir beantragen, dass Sie im zuständigen Ausschuss über den Stand der Umsetzungsmaßnahmen berichten.

Nachdem der Pulverdampf der Kommunalwahlen verzogen ist, hoffe ich, dass wieder mehr Sachlichkeit in die Krankenhausdebatte einzieht.

An einer standortübergreifenden Zusammenarbeit führt kein Weg vorbei.

Dies zeigen die erfreulichen Zahlen der neuen Konzeption der Frauenklinik und der Geburtshilfe Leonberg mit der Frauenklinik und Kinderklinik Böblingen.

Wir danken deshalb dem Leitenden Arzt Dr. Mewald und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den guten Einsatz in Leonberg.

Auch das Radiologie-Konzept Sindelfingen-Böblingen-Leonberg ist beispielhaft.

Dasselbe gilt für die kardiologische Zusammenarbeit Sindelfingen-Herrenberg-Leonberg.

Diese wichtige standortübergreifende Zusammenarbeit kommt den Patienten zugute und ist deshalb kein Selbstzweck.

Zum geplanten Neubau auf dem Flugfeld und der damit verbundenen Frage, in welcher Organisationseinheit dieses große Vorhaben abgewickelt wird, stellen wir einen Antrag. Außerdem verweisen wir auf unseren Antrag vom Dezember 2012 wegen der externen Begleitung dieses Projekts in der Planung und in der Kostenüberwachung.

Ergänzend beantragen wir, einen strukturierten Projektauftrag und eine grobe Projektplanung zu definieren und zur Beschlussfassung vorzulegen.

Mobilität

Nach dem ÖPNV-Pakt 2025, den die Verbund-Landkreise, die Landeshauptstadt Stuttgart und der Verband Region Stuttgart mit dem Verkehrsministerium abgeschlossen haben, sind weitere Entwicklungen im ÖPNV für die nächsten Jahre auf der Tagesordnung.

Wir werden heute die allgemeine Vorschrift beschließen, die die Finanzierung der Verbundstufe II regelt.

Außerdem stimmen wir als Folge auch der neuen vertraglichen Regelung der Finanzierung im Rahmen des modifizierten Verkehrslastenausgleichs zwischen den Verbund-Landkreisen und der Landeshauptstadt Stuttgart zu.

Ab dem Jahr 2020 müssen hier dann Neu-Regelungen erfolgen.

Die im ÖPNV-Pakt vorgesehenen Maßnahmen sind sinnvoll und wichtig.

Ich nenne die Einführung von Express-Buslinien, das P + R – Management entlang der S-Bahn-Achsen und die An- und Abienung der S-Bahnen durch die Busverkehre des Kreises mindestens im 30-Minuten-Takt.

Allerdings bedeutet dies auch ein erhöhter Finanzierungsaufwand, der sich in der Verkehrsumlage des Verbandes Region Stuttgart niederschlagen wird.

Die Verbund-Landkreise haben dem ÖPNV-Pakt zugestimmt. Gleiches gilt für den Verband Region Stuttgart und die Landeshauptstadt.

Alle Maßnahmen stehen jedoch unter Haushaltsvorbehalt.

Ich werde nachher bei der Kreisumlage noch einmal auf dieses Thema zu sprechen kommen.

Die Schönbuchbahn ist eine Erfolgsgeschichte. Wir sind uns alle einig, dass hier Handlungsbedarf besteht.

Wir stimmen deshalb der Weiterführung der Planungen für den Ausbau der Infrastruktur zu. Wir appellieren an das Land zu den Brutto-Investitionskosten von 82,5 Mio Euro mindestens einen Zuschuss von 75 % der zuschussfähigen Kosten zu gewähren. Ohne diesen Zuschuss halten wir das Projekt für kaum durchführbar.

Für die Fahrzeugbeschaffung müssen wir ja noch mit weiteren Kosten von ca. 40 Mio Euro rechnen.

Hierfür gibt es keine Zuschüsse.

D.h. aus heutiger Sicht wird dieses wichtige Projekt eine Kreditaufnahme von ca. 65 Mio Euro auslösen. Die Verbandsumlage, die der Kreishaushalt an den Zweckverband zu zahlen hat, wird sich von derzeit 2,8 Mio Euro mehr als verdoppeln.

Sie wird eher über 7 Mio Euro liegen, weil wir die zugrunde gelegten Einnahmeerwartungen ab 2020 für zu optimistisch halten.

Die Hermann-Hesse-Bahn sorgt für viele Schlagzeilen.

Die Bahnlinie von Calw nach Weil der Stadt wäre ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung des ÖPNV-Angebots im Kreis Calw. Die Weiterführung nach Renningen kann, wenn

überhaupt, erst dann erfolgen, wenn

die standardisierte Bewertung allen Beteiligten zur

Verfügung gestellt wird

Ein Lärmgutachten für den Streckenabschnitt Weil der Stadt - Renningen vorliegt.

Der Stresstest vorliegt.

Hier darf es gegenüber dem heutigen Betriebszustand bei der S 6 zu keiner Verschlechterung kommen.(Pünktlichkeitsniveau)

Damit das Vorhaben überhaupt gelingen kann, ist eine umfassende und transparente Informationspolitik von Nöten.

Für uns ist es unvorstellbar, wie ein solches Vorhaben ohne Bürgerbeteiligung ablaufen soll.

Der Kreistag wird sich erst nach Vorliegen und Bewertung der Fakten mit der Bahn beschäftigen.

Die vorliegende **Nahverkehrsplanung** findet noch nicht unsere Zustimmung. Nach wie vor ist unklar, welche Verkehre der Landkreis und welche Verkehre die Städte und Gemeinden zu bestellen und zu bezahlen haben.

Eine klare und eindeutige Abgrenzung ist hier dringend geboten.

Es ist nicht einsichtig, dass die innerstädtische Anbindung der Firma Bosch in Renningen anteilig vom Landkreis bezahlt wird. Dagegen wird die Anbindung der Firma Porsche von der Gemeinde Weissach bezahlt.

Auch die Verkehre in Magstadt und Maichingen bedürfen hinsichtlich der Klarheit der Finanzierung einer erneuten Überprüfung. Das haben wir übrigens beantragt und eine Überprüfung wurde uns zugesichert.

In den Morgen- und Abendstunden sind die Straßen von Aidlingen nach Sindelfingen bzw. Böblingen hoffnungslos überlastet.

Mit einem besseren Angebot beim ÖPNV könnte hier wenigstens teilweise Abhilfe geschaffen werden.

Deshalb beantragen wir, die Buslinie von Holzgerlingen über Hildrizhausen nach Ehningen bis nach Aidlingen zu

verlängern. Die Kosten einer solchen Busverlängerung sind darzustellen.

Jugend, Bildung und Soziales

Bei der Beschlussfassung des Kreishaushalts 2014 sind wir davon ausgegangen, dass der Bund bereits einen ersten Teil der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen übernimmt.

Leider greift diese Mitfinanzierung des Bundes erst ab 2015. 4 Mio Euro sind als Entlastungsbeitrag in Aussicht gestellt, davon kommt allerdings nur 1.0 Mio Euro direkt beim Landkreis an. Die restlichen 3 Mio Euro werden über die Umsatzsteuerverteilung den Städten und Gemeinden zugewiesen.

Wir halten diese Art der Kostenübernahme durch den Bund für nicht schlüssig und rechtlich fragwürdig , denn die Kostentlastung müsste im Ganzen direkt beim Landkreis ankommen. Er hat die Eingliederungshilfe zu zahlen und zu verantworten.

Die Aufnahme von Flüchtlingen aus den Krisengebieten ist ein humanitärer Akt. Wir stellen uns dieser Verantwortung.

Der Landkreis sowie die Städte und Gemeinden tun alles, um dieser Verpflichtung gerecht zu werden.

An dieser Stelle danke ich Herrn Sozialdezernent Schmid und Herrn Liegenschaftsamtsteiter Sendersky für ihren hohen persönlichen Einsatz.

Es darf aber nicht sein, dass der Landkreis für diese nationale Aufgabe voraussichtlich 2 bis 3 Millionen Euro drauf zahlen muss.

Wir fordern deshalb vom Land, dass die Kosten für die Unterkunft, für die Betreuung und für die Kosten der Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge dem Landkreis ganz erstattet werden.

Der Zuschussbedarf für Soziales beträgt ca. 112,6 Mio Euro, das sind 4,2 Mio Euro mehr gegenüber 2014.

Der Aufwand für den Sozial-Etat mit 188 Mio Euro liegt über dem Aufkommen der Kreisumlage.

Bei der Jugendhilfe für junge Menschen zeichnen sich erste Erfolge beim Kostendeckungsgrad ab. Mit der neuen Konzeption sind wir gut unterwegs.

Wir bitten darum, im ersten Quartal 2015 darzustellen, wie die Freien Träger in qualitativer und finanzieller Hinsicht diese Hilfe für junge Menschen umsetzen.

Berufliche Bildung

Der Landkreis hat ein ausgezeichnetes berufliches Schulwesen.

Durch die geänderte Schulpolitik des Landes ist die berufliche Bildung in eine Schieflage geraten. Während der Anteil der Menschen für eine akademischen Ausbildung weiter steigt, geht der Anteil der beruflichen Ausbildung zurück.

Nach Mitteilung des Deutschen Handwerkertags können im Jahr 2015 18 000 Lehrstellen nicht besetzt werden.

Wir begrüßen deshalb sehr die Initiative der CDU/CSU Bundestagsfraktion die berufliche Bildung zu stärken. Der Antrag zielt insbesondere darauf ab, Jugendliche mit schlechteren Startbedingungen in eine Berufsausbildung zu

bringen. Dies gilt besonders für Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Eine Signalwirkung hat auch die Verbesserung der Förderbedingungen der beruflichen Aufstiegsfortbildung, das sogenannte Meister-BAFÖG.

Unsere Handwerksbetriebe sowie die mittelständischen Unternehmen sind auf qualifizierte und gut ausgebildete Fachkräfte dringend angewiesen.

Die von der Kreisverwaltung angedachte Schulentwicklungsplanung für die beruflichen Schulen wird von uns deshalb sehr unterstützt.

Digitalisierung

„Die Straße von morgen ist die digitale Straße“.

Der EU-Kommissar für digitale Wirtschaft, Günter Oettinger, hat bei seinem Vortrag vor der IHK des Kreises Böblingen auf die wichtige Bedeutung dieser Infrastruktur hingewiesen.

Der Beschluss des Verwaltungs- und Finanzausschusses, ein Grundkonzept für den Ausbau der Breitbandversorgung in Auftrag zu geben, war deshalb nur konsequent. Der Wirtschaftskreis Böblingen muss hier eine Vorreiterrolle übernehmen.

In enger Abstimmung mit den Städten und Gemeinden muss die Breitbandversorgung zügig ausgebaut werden. Ansonsten läuft die Wirtschaft Gefahr, ins Hintertreffen zu geraten.

Die Landesregierung ist aufgefordert, nicht nur im ländlichen Raum, sondern auch in die wirtschaftsstarken Räume Zuschüsse für diese Infrastruktur zu geben.

Finanzen

Der Kreishaushalt wurde mit einer Kreisumlage von 39,9 %-Punkten eingebracht.

Der Anstieg um 0,9 %-Punkte ist u.a. damit begründet, dass die Steuerkraftsumme erneut um 50 Mio Euro gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen ist.

Zwischenzeitlich sind Verbesserungsmöglichkeiten für den Kreishaushalt festzustellen. Es ist deshalb möglich, den Hebesatz für die Kreisumlage neu zu überdenken.

Ca. 1,5 Mio Euro sind bei der Verkehrsumlage und bei der Finanzumlage weniger an den Verband Region Stuttgart zu bezahlen.

Die Schulsozialarbeit, die mit 0,6 Mio Euro veranschlagt ist, wird von den Städten und Gemeinden in eigener Verantwortung weiter geführt werden. Neben dem Zuschuss des Landes ist deshalb ein Kreiszuschuss nicht notwendig.

Unsere Fraktion hält es für verantwortbar , den Planansatz bei der Grunderwerbsteuer um 2 Mio Euro auf 22 Mio Euro zu erhöhen.

Damit könnte die Kreisumlage unverändert bei 39,00 %-Punkten bleiben.

Es wäre allerdings fahrlässig, bei der Festsetzung der Kreisumlage nur das Jahr 2015 zu betrachten. Der Kreistag muss die mittelfristige Entwicklung der Kreisfinanzen bei seinen finanzpolitischen Entscheidungen im Auge behalten.

Deshalb weise ich auf die großen finanziellen Herausforderungen der nächsten Jahre hin.

Für die Kliniken sind alleine ca. 430 Mio Euro Investitionsmittel prognostiziert. Daneben sind die laufenden Defizite auszugleichen. Sie betragen zur Zeit rund 16 Mio Euro.

Für die Schönbuchbahn sind alleine für die Infrastruktur unter Berücksichtigung eines Landeszuschusses von 75 % mindestens zwischen 26 und 36 Mio Euro zu finanzieren. Hinzukommen ca. 40 Mio Euro für die Fahrzeugbeschaffung. Das bedeutet eine Kreditaufnahme für dieses Projekt von ca. 65 Mio Euro. Die Betriebskostenumlage für die Schönbuchbahn wird zum Ende der mittelfristigen Finanzplanung doppelt so hoch sein. (Von 2,8 Mio Euro im Jahr 2014 wird sie im Jahr 2018 bei über 6 Mio Euro liegen). Nach Abschluss der Investitionen kostet uns die Schönbuchbahn pro Jahr ca. 2 %-Punkte Kreisumlage. Das muss man wissen.

Hinzu kommen weitere wichtige Maßnahmen für den ÖPNV innerhalb der Region Stuttgart, die auch für den Kreis Böblingen von Bedeutung sind.

Die jetzt für das Jahr 2015 auf Grund der veränderten Finanzierung der Verbundstufe II abgesenkte

Verkehrsumlage des Verbandes Region Stuttgart wird bereits im Jahr 2017 durch neue ÖPNV-Maßnahmen wieder den Stand von 2014 erreichen. (Mittelfristige Finanzplanung des VRS).

In der Rücklage für den Klinikneubau sind bis heute 8 Mio Euro angesammelt. Dieser Betrag wird für die Finanzierung des Kaufpreises für das Grundstück auf dem Flugfeld im kommenden Jahr beansprucht.

Die Rücklage ist also schon aufgebraucht.

Wir beantragen aus diesem Grunde, die in der mittelfristigen Finanzplanung eingestellten Mittel, für eine Erweiterung des Landratsamts in Höhe von 7 Mio Euro im Maßnahme-Plan IV der mittelfristigen Finanzplanung zu streichen und für die Investitionen in die Kliniken einzustellen.

Sofern eine Erweiterung des Landratsamts notwendig sein sollte, kann diese kostengünstig über den Abfallwirtschafts-

betrieb finanziert werden. Eine Geldanlage des AWB in Form einer Erweiterung des LRA würde durch die Mieteinnahmen dem Abfallwirtschaftsbetrieb und damit dem Gebührenzahler zugute kommen.

Die CDU-Fraktion möchte die Kreisumlage so ansetzen, dass sie von den Städten und Gemeinden verkraftbar ist.

Andererseits muss die Kreisumlage so hoch sein, dass der Landkreis vernünftig und nachhaltig seine Aufgaben erfüllen finanzieren kann.

Wir werden deshalb der Kreisumlage mit 39,00 % nur zustimmen können, wenn Überschüsse aus der laufenden Rechnung der einzelnen Jahre für die Investitionen in die Kliniken zurückgelegt werden.

Wir beantragen deshalb, vor der Festsetzung der Kreisumlage, diesen Grundsatzbeschluss im Rahmen der Verabschiedung des Haushalts zu fassen.

In der Zukunft muss der Kreis vor allem bei den Kliniken hohe Kreditverpflichtungen eingehen.

Bei der Beurteilung der Leistungsfähigkeit des Kreises werden auch die geplanten Kreditaufnahmen bei den Eigenbetrieben – auch die des Zweckverbandes Schönbuchbahn - herangezogen und natürlich auch die Bürgschaften für die Kredite der Klinikgesellschaften.

Wir sind deshalb gut beraten, uns bei der Aufnahme von Krediten, solange es geht, zurückzuhalten. Alleine der niedere Zins ist kein Argument Kredite aufzunehmen.

Wir halten es deshalb für geboten, die Verwaltung zu beauftragen, die finanziellen Belastungen des Kreishaushalts

aus den Investitionen für die Kliniken und die
Schönbuchbahn bis 2022 fortzuschreiben. (Ich verweise auf
unseren Antrag zum Haushalt 2013).

Außerdem bitten wir die Auswirkungen der Steuerschätzung
vom 6. November 2014 in den Haushalt 2015 und die
mittelfristige Finanzplanung einzuarbeiten.

Dank

Das von Herrn Meissner eingerichtete

Ratsinformationssystem ist ein voller Erfolg!

**Wir ermuntern die Verwaltung, uns mit möglichst wenig
Papier zu belasten.**

**Wir sehen deshalb einem Pilotprojekt mit dem Kreistag
in elektronischer Form, also ohne Drucksachen, mit
Interesse entgegen.**

Wir danken Ihnen, Herr Landrat, und Ihrer Verwaltung für den vorgelegten Haushaltsplanentwurf, einschließlich der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe.

Besonderer Dank gilt Herrn Dr. Sigel und Herrn Kämmereramtssleiter Hinck für die Erstellung des Planwerks.

Die Erläuterungen zum Haushalt sind ausführlicher und besser geworden. Dafür herzlichen Dank.

Böblingen, den 17. November 2014

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Helmut J. Noë', written in a cursive style.

Helmut J. Noë

0,CDU-Kreistagsfraktion • Truchsessenstraße 14 • 71229 Leonberg

Herrn
Landrat
Roland Bernhard
Parkstr. 16

71034 Böblingen

Fraktionsvorsitzender
Helmut J. Noë
Erster Bürgermeister a.D.

Tel.07152/23130
email:hrnoe@yahoo.de

7. November 2014

Neubau Klinikum auf dem Flugfeld.

Sehr geehrter Herr Landrat,
die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

1. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, darzulegen, wie weit die Überlegungen gediehen sind, in welcher Organisationseinheit der Krankenhausneubau auf dem Flugfeld finanziert und abgewickelt werden soll.
2. Es ist ein strukturierter Projektauftrag für die Bereiche Grundstückserwerb, notwendige Inhalte des Bebauungsplans und Grobplanung de Gebäudes vorzulegen.

1. Stellvertreterin: Dr. Gabriele Moritz-Rahn, 71101 Schönaich, Tel.07031/655858

2. Stellvertreter: Walter Arnold, Tel. 07031/384 154, E-Mail: pferdehof.arnold@gmx.de

3. Stellvertreter: Prof. Dr. Axel Prokop, 71032 Böblingen, Tel. 07031/9812422, E-Mail: verletzt@klinikverbund-suedwest.de

Schatzmeister: Dieter Haarer, 71083 Herrenberg-Kuppingen, Tel.07032/33447, E-Mail: dieter.haarer@web.de

Schriftführer: Claus Unger, Königstraße 29, 71139 Ehningen, Tel. 07034/121-133, E-Mail claus.unger@ehningen.de

Eine grobe Projektplanung ist zu erarbeiten. (Einzelheiten siehe Anlage).

3. Ist vorgesehen, eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Aufsichtsrats/Kreistag zur Begleitung dieser wichtigen Maßnahme zu bilden.

Begründung:

Neben den Klinikgesellschaften hat der Landkreis Böblingen einen Eigenbetrieb Klinikgebäude gegründet.

Es stellt sich die Frage, welche Organisationseinheit für den Klinikneubau verantwortlich zeichnen soll.

Die Fraktion verweist auf den Antrag zur Verpflichtung eines Projektbegleiters für dieses Vorhaben. Diese Projektbegleitung muss beim Beginn der Planungen einsetzen.

Ergänzend verweisen wir auf die Anlage, in der die Inhalte eines strukturierten Projektmanagements aufgeführt sind.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Helmut J. Noë', with a stylized flourish at the end.

Helmut J. Noë und Fraktion

Um ein solches Bauvorhaben realisieren zu können, ist es nach unserer Überzeugung unerlässlich, ein strukturiertes Projektmanagement anzuwenden.

A) Wir bitten Sie deshalb, uns jeweils einen strukturierten Projektauftrag für folgende Themenfelder vorzulegen:

- a) Grundstückserwerb
- b) Notwendige Inhalte des Bebauungsplans
- c) Großplanung des Gebäudes

Jeder Projektauftrag muss zwingend folgende Punkte enthalten:

- eine detaillierte Projektbeschreibung
- einen Projektstarttermin
- einen Projektendtermin
- Projektziele (die sollten messbar sein)
- Nichtziele (Was wollen wir nicht erreichen?)
- eine Kostenübersicht
- eine klar definierte Projektleitung (Person)
- alle Teilprojektleiter/Teilprojektleiterinnen (mit Namen und Funktion)
- sowie alle am Projekt beteiligten Institutionen

B) Zudem erwarten wir eine grobe Projektplanung.
Diese muss zwingend folgende Elemente enthalten:

- einen Projektstrukturplan (eine Übersicht über die Teilprojekte mit den dazugehörigen Phasen und Verantwortlichkeiten)
- einen Zeitplan (eine Übersicht über die zeitliche Staffelung der Teilprojekte)
- einen Meilensteinplan (eine inhaltliche und zeitliche Übersicht über alle geplanten Meilensteine)
- einen Ressourcenplan (eine Übersicht über den zeitlichen Abfluss der geplanten Ressourcen)

C) Weiter schlagen wir vor, bereits heute eine strukturierte Risiko- und Kontextanalyse durchzuführen. Diese Analyse sollte eine Bewertung einzelner Risiken beinhalten sowie etwaige Risikomaßnahmen.

CDU-Kreistagsfraktion • Truchsessenstraße 14 • 71229 Leonberg

Herrn
Landrat
Roland Bernhard
Parkstr. 16

71034 Böblingen

Fraktionsvorsitzender
Helmut J. Noë
Erster Bürgermeister a.D.

Tel.07152/23130
email:hrnoe@yahoo.de

7. November 2014

Finanzierung der Investitionen in die Kliniken und in die
Schönbuchbahn.

Sehr geehrter Herr Landrat,
die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

1. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der anstehenden Investitionen in die Krankenhäuser und in die Schönbuchbahn auf den Kreishaushalt darzustellen. Die Darstellung sollte mindestens noch das Jahr 2022 umfassen.
2. Die Finanzierung des möglichen Neubaus eines Krankenhauses auf dem Flugfeld nach dem Ausstieg der Stadt Sindelfingen und

1. Stellvertreterin: Dr. Gabriele Moritz-Rahn, 71101 Schönaich, Tel.07031/655858

2. Stellvertreter: Walter Arnold, Tel. 07031/384 154, E-Mail: pferdehof.arnold@gmx.de

3. Stellvertreter: Prof. Dr. Axel Prokop, 71032 Böblingen, Tel. 07031/9812422, E-Mail: verletzt@klinikverbund-suedwest.de

Schatzmeister: Dieter Haarer, 71083 Herrenberg-Kuppingen, Tel.07032/33447, E-Mail: dieter.haarer@web.de

Schriftführer: Claus Unger, Königstraße 29, 71139 Ehningen, Tel. 07034/121-133, E-Mail claus.unger@ehningen.de

der Entscheidung des Landeskrankenhausausschusses ist aufzuzeigen.

Begründung:

Die CDU-Fraktion nimmt Bezug auf den Antrag vom 10. November 2012 und bittet, die Finanzierung der Investitionen in die Krankenhäuser fortzuschreiben.

Neben dem geplanten Neubau auf dem Flugfeld sind auch die Investitionen in Herrenberg und Leonberg sowie die Abdeckung der Betriebsdefizite darzustellen.

Die Finanzierung der Schönbuchbahn wird für den Landkreis eine Kreditaufnahme von ca. 65 Mio Euro bedeuten.

Die Entwicklung der Umlage an den Zweckverband muss deshalb in der mittelfristigen Finanzplanung ausgewiesen sein.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Helmut J. Noë', with a stylized flourish at the end.

Helmut J. Noë und Fraktion

CDU-Kreistagsfraktion • Truchsessenstraße 14 • 71229 Leonberg

Herrn
Landrat
Roland Bernhard
Parkstr. 16

71034 Böblingen

Fraktionsvorsitzender
Helmut J. Noë
Erster Bürgermeister a.D.

Tel.07152/23130
email:hrnoe@yahoo.de

7. November 2014

Steuerschätzung vom 6. November 2014.

Sehr geehrter Herr Landrat,
die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Die Auswirkungen der Steuerschätzung vom 6. November 2014 auf die Haushaltsplanung 2015 und die mittelfristige Finanzplanung sind nach Möglichkeit darzustellen.

Begründung:

In der Haushaltsrede des Landrats wird auf die schwieriger werdende wirtschaftliche Lage hingewiesen. Die Steuerschätzung wird möglicherweise rückläufige Steuereinnahmen vorhersagen.

1. Stellvertreterin: Dr. Gabriele Moritz-Rahn, 71101 Schönaich, Tel.07031/655858
 2. Stellvertreter: Walter Arnold, Tel. 07031/384 154, E-Mail: pferdehof.arnold@gmx.de
 3. Stellvertreter: Prof. Dr. Axel Prokop, 71032 Böblingen, Tel. 07031/9812422, E-Mail: verletzt@klinikverbund-suedwest.de
- Schatzmeister: Dieter Haarer, 71083 Herrenberg-Kuppingen, Tel.07032/33447, E-Mail: dieter.haarer@web.de
Schriftführer: Claus Unger, Königstraße 29, 71139 Ehningen, Tel. 07034/121-133, E-Mail claus.unger@ehningen.de

Die neuen Zahlen sollten deshalb in den Haushaltsplanentwurf 2015, sofern möglich, einfließen. Auch die mittelfristige Finanzplanung auf der Seite 77 ist fortzuschreiben.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Helmut J. Noë', with a stylized flourish at the end.

Helmut J. Noë und Fraktion

CDU-Kreistagsfraktion • Truchsessenstraße 14 • 71229 Leonberg

Herrn
Landrat
Roland Bernhard
Parkstr.16

71034 Böblingen

Fraktionsvorsitzender
Helmut J. Noë
Erster Bürgermeister a.D.

Tel.07152/23130
email:hrnoe@yahoo.de

7. November 2014

Krankenhausfinanzierung – Umschichtung von Finanzmitteln in der mittelfristigen Finanzplanung.

Sehr geehrter Herr Landrat,
die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Die in der mittelfristigen Finanzplanung Seite 91 ausgewiesenen 7 Mio Euro für die Erweiterung des Landratsamts Böblingen sind zu Gunsten der Finanzierung der Krankenhausinvestitionen in den Maßnahmenplan IV Kliniken einzustellen.

1. Stellvertreterin: Dr. Gabriele Moritz-Rahn, 71101 Schönaich, Tel.07031/655858
 2. Stellvertreter: Walter Arnold, Tel. 07031/384 154, E-Mail: pferdehof.arnold@gmx.de
 3. Stellvertreter: Prof. Dr. Axel Prokop, 71032 Böblingen, Tel. 07031/9812422, E-Mail: verletzt@klinikverbund-suedwest.de
- Schatzmeister: Dieter Haarer, 71083 Herrenberg-Kuppingen, Tel.07032/33447, E-Mail: dieter.haarer@web.de
Schriftführer: Claus Unger, Königstraße 29, 71139 Ehningen, Tel. 07034/121-133, E-Mail claus.unger@ehningen.de

Begründung:

Die Frage ob eine Erweiterung des Landratsamts notwendig ist, muss noch in den Kreisgremien untersucht und beraten werden.

Hierzu sind umfangreiche Informationen hinsichtlich des Flächenbedarfs und der Kosten notwendig.

In der Klausur des Ältestenrats wurde die Möglichkeit einer Finanzierung durch den Abfallwirtschaftsbetrieb aufgezeigt. Diese Überlegungen sollten weiter geführt werden. Sie hätten wohl auch eine positive Auswirkung für den Gebührenzahler. Eine Finanzierung des Erweiterungsbaus aus allgemeinen Haushaltsmitteln hält die Fraktion derzeit für nicht darstellbar.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Helmut J. Noë', with a stylized flourish at the end.

Helmut J. Noë und Fraktion

CDU-Kreistagsfraktion • Truchsessenstraße 14 • 71229 Leonberg

Herrn
Landrat
Roland Bernhard
Parkstr. 16

71034 Böblingen

Fraktionsvorsitzender
Helmut J. Noë
Erster Bürgermeister a.D.

Tel.07152/23130
email:hrnoe@yahoo.de

7. November 2014

Verpflichtungsermächtigungen.

Sehr geehrter Herr Landrat,

die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Im Haushaltsplan ist in Anlage 2 eine Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen enthalten.

Die CDU-Fraktion beantragt, dass den Verpflichtungen die dort genannt sind, auch die Projekte gegenüber gestellt werden.

Begründung:

Die Verpflichtungsermächtigungen sind nicht nur betragsmäßig sondern auch in der Zweckbindung zu den Projekten in der Anlage 2

1. Stellvertreterin: Dr. Gabriele Moritz-Rahn, 71101 Schönaich, Tel.07031/655858
 2. Stellvertreter: Walter Arnold, Tel. 07031/384 154, E-Mail: pferdehof.arnold@gmx.de
 3. Stellvertreter: Prof. Dr. Axel Prokop, 71032 Böblingen, Tel. 07031/9812422, E-Mail: verletzt@klinikverbund-suedwest.de
- Schatzmeister: Dieter Haarer, 71083 Herrenberg-Kuppington, Tel.07032/33447, E-Mail: dieter.haarer@web.de
Schriftführer: Claus Unger, Königstraße 29, 71139 Ehningen, Tel. 07034/121-133, E-Mail claus.unger@ehningen.de

darzustellen. Dies dient dem besseren Verständnis.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Helmut J. Noë'. The signature is stylized with a long horizontal stroke and a vertical line on the right side.

Helmut J. Noë und Fraktion.

CDU-Kreistagsfraktion • Truchsessenstraße 14 • 71229 Leonberg

Herrn
Landrat
Roland Bernhard
Parkstr. 16

71034 Böblingen

Fraktionsvorsitzender
Helmut J. Noë
Erster Bürgermeister a.D.

Tel.07152/23130
email:hrnoe@yahoo.de

7. November 2014

Steuerschätzung vom 6. November 2014.

Sehr geehrter Herr Landrat,
die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Die Auswirkungen der Steuerschätzung vom 6. November 2014 auf die Haushaltsplanung 2015 und die mittelfristige Finanzplanung sind nach Möglichkeit darzustellen.

Begründung:

In der Haushaltsrede des Landrats wird auf die schwieriger werdende wirtschaftliche Lage hingewiesen. Die Steuerschätzung wird möglicherweise rückläufige Steuereinnahmen vorhersagen.

1. Stellvertreterin: Dr. Gabriele Moritz-Rahn, 71101 Schönaich, Tel.07031/655858
 2. Stellvertreter: Walter Arnold, Tel. 07031/384 154, E-Mail: pferdehof.arnold@gmx.de
 3. Stellvertreter: Prof. Dr. Axel Prokop, 71032 Böblingen, Tel. 07031/9812422, E-Mail: verletzt@klinikverbund-suedwest.de
- Schatzmeister: Dieter Haarer, 71083 Herrenberg-Kuppingen, Tel.07032/33447, E-Mail: dieter.haarer@web.de
Schriftführer: Claus Unger, Königstraße 29, 71139 Ehningen, Tel. 07034/121-133, E-Mail claus.unger@ehningen.de

Die neuen Zahlen sollten deshalb in den Haushaltsplanentwurf 2015, sofern möglich, einfließen. Auch die mittelfristige Finanzplanung auf der Seite 77 ist fortzuschreiben.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Helmut J. Noë', with a stylized flourish at the end.

Helmut J. Noë und Fraktion

CDU-Kreistagsfraktion • Truchsessenstraße 14 • 71229 Leonberg

Herrn
Landrat
Roland Bernhard
Parkstr. 16

71034 Böblingen

Fraktionsvorsitzender
Helmut J. Noë
Erster Bürgermeister a.D.

Tel.07152/23130
email:hrnoe@yahoo.de

7. November 2014

Erläuterungen im Teilhaushalt 30 des ÖPNV.

Sehr geehrter Herr Landrat,

die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Im Teilhaushalt 30 im ÖPNV Seite 232 sind folgende Leistungen im Einzelnen im Haushalt darzustellen:

HHST 44530020, d.h. hier sind die Betriebskostenumlagen der Zweckverbände aufzuschlüsseln.

HHST 44530030

1. Stellvertreterin: Dr. Gabriele Moritz-Rahn, 71101 Schönaich, Tel.07031/655858
 2. Stellvertreter: Walter Arnold, Tel. 07031/384 154, E-Mail: pferdehof.arnold@gmx.de
 3. Stellvertreter: Prof. Dr. Axel Prokop, 71032 Böblingen, Tel. 07031/9812422, E-Mail: verletzt@klinikverbund-suedwest.de
- Schatzmeister: Dieter Haarer, 71083 Herrenberg-Kuppingen, Tel.07032/33447, E-Mail: dieter.haarer@web.de
Schriftführer: Claus Unger, Königstraße 29, 71139 Ehningen, Tel. 07034/121-133, E-Mail claus.unger@ehningen.de

Die Leistungen der Verbundstufe II werden ab 2015 direkt vom Landkreis finanziert. Dies ist im Einzelnen darzustellen. Außerdem sind die weiteren Leistungen des ÖPNV zu den dort genannten Angeboten ebenfalls im Einzelnen darzustellen.

Begründung:

Die Landkreise haben zu Recht in den Auseinandersetzungen mit dem Verband Region Stuttgart darauf hingewiesen, dass mehr Transparenz in der ÖPNV-Finanzierung angebracht ist.

Es muss deutlich werden, dass derjenige Aufgabenträger, der eine Leistung bestellt, diese auch zu bezahlen hat.

Deshalb halten wir es für dringend notwendig, diese Leistungen auch im Einzelnen im Haushaltsplan darzustellen.

Mit der neuen Finanzierung der Verbundstufe II ab 1. Januar 2015 sollte dies eine Selbstverständlichkeit sein.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Helmut J. Noë', with a stylized flourish at the end.

Helmut J. Noë, und Fraktion

CDU-Kreistagsfraktion • Truchsessenstraße 14 • 71229 Leonberg

Fraktionsvorsitzender
Helmut J. Noë
Erster Bürgermeister a.D.

Herrn
Landrat
Roland Bernhard
Parkstr.16

Tel.07152/23130
email:hrnoe@yahoo.de

71034 Böblingen

7. November 2014

Eigenkapital für die Finanzierung der Investitionen in die Kliniken.

Sehr geehrter Herr Landrat,

die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

1. Für die Finanzierung des Krankenhausneubaus auf dem Flugfeld ist Eigenkapital anzusparen.
2. Ab dem Haushaltsjahr 2014 sind aus guten Rechnungsergebnissen Haushaltsmittel der Rücklage zuzuführen.

1. Stellvertreterin: Dr. Gabriele Moritz-Rahn, 71101 Schönaich, Tel.07031/655858

2. Stellvertreter: Walter Arnold, Tel. 07031/384 154, E-Mail: pferdehof.arnold@gmx.de

3. Stellvertreter: Prof. Dr. Axel Prokop, 71032 Böblingen, Tel. 07031/9812422, E-Mail: verletzt@klinikverbund-suedwest.de

Schatzmeister: Dieter Haarer, 71083 Herrenberg-Kuppingen, Tel.07032/33447, E-Mail: dieter.haarer@web.de

Schriftführer: Claus Unger, Königstraße 29, 71139 Ehningen, Tel. 07034/121-133, E-Mail claus.unger@ehningen.de

Begründung:

Mit Antrag vom 10. November 2012 hatte die Fraktion beantragt, bis zum Jahr 2022 jährlich mindestens 3 Mio Euro einer Sonderrücklage zur Finanzierung des Krankenhausneubaus zuzuführen.

Bis zum 31. 12. 2014 sind 8 Mio Euro angespart.

Diese 8 Mio Euro sollen im Jahr 2015 zur Finanzierung der ersten Kaufpreisrate für das Grundstück auf dem Flugfeld verwendet werden.

Die Ansparung von Eigenkapital muss deshalb fortgesetzt werden. Ein erneuter Beschluss im Rahmen der Verabschiedung des Kreishaushalts 2015 ist deshalb vorzusehen. Der Beschluss muss vor der Festlegung der Kreisumlage für das Jahr 2015 gefasst werden.

Wir verweisen außerdem auf unseren Antrag zur Umschichtung der Finanzmittel in der mittelfristigen Finanzplanung.

Handwritten signature in black ink, consisting of two distinct parts: a long, sweeping horizontal stroke followed by a vertical line, and a second, more compact signature to the right.

Helmut J. Noë, Claus Unger und Fraktion

CDU-Kreistagsfraktion • Truchsessenstraße 14 • 71229 Leonberg

Herrn
Landrat
Roland Bernhard
Parkstr.16

71034 Böblingen

Fraktionsvorsitzender
Helmut J. Noë
Erster Bürgermeister a.D.

Tel.07152/23130
email:hrnoe@yahoo.de

7. November 2014

Strukturelle Maßnahmen in den Kliniken.

Sehr geehrter Herr Landrat,
die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Die Geschäftsführung der Kreiskliniken Böblingen GmbH und der Sindelfingen-Böblingen GmbH wird beauftragt, im Sozial- und Gesundheitsausschuss über die Umsetzung der Umstrukturierungsmaßnahmen zu berichten.

Begründung:

Die Defizite der Krankenhäuser sind nicht nur für die einzelnen

1. Stellvertreterin: Dr. Gabriele Moritz-Rahn, 71101 Schönaich, Tel.07031/655858
 2. Stellvertreter: Walter Arnold, Tel. 07031/384 154, E-Mail: pferdehof.arnold@gmx.de
 3. Stellvertreter: Prof. Dr. Axel Prokop, 71032 Böblingen, Tel. 07031/9812422, E-Mail: verletzt@klinikverbund-suedwest.de
- Schatzmeister: Dieter Haarer, 71083 Herrenberg-Kuppigen, Tel.07032/33447, E-Mail: dieter.haarer@web.de
Schriftführer: Claus Unger, Königstraße 29, 71139 Ehningen, Tel. 07034/121-133, E-Mail claus.unger@ehningen.de

Gesellschaften sondern auch für den Kreishaushalt eine große Last.
Vor allem der Kreistag muss von der Geschäftsführung über den
Stand der Einsparungen unterrichtet werden.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Helmut J. Noë'. The signature is stylized with a long horizontal stroke and a vertical line on the right side.

Helmut J. Noë und Fraktion

CDU-Kreistagsfraktion • Truchsessenstraße 14 • 71229 Leonberg

Herrn
Landrat
Roland Bernhard
Parkstr. 16

71034 Böblingen

Fraktionsvorsitzender
Helmut J. Noë
Erster Bürgermeister a.D.

Tel.07152/23130

email:hrnoe@yahoo.de

7. November 2014

Finanzierung innerörtlicher Busverkehre.

Sehr geehrter Herr Landrat,

die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

1. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, zu berichten, in welchen Städten und Gemeinden der Landkreis Busverkehre zur innerörtlichen Erschließung bestellt hat.
2. Es ist zu begründen, warum diese innerörtliche Verkehre vom Landkreis bestellt und bezahlt werden.

1. Stellvertreterin: Dr. Gabriele Moritz-Rahn, 71101 Schönaich, Tel.07031/655858

2. Stellvertreter: Walter Arnold, Tel. 07031/384 154, E-Mail: pferdehof.arnold@gmx.de

3. Stellvertreter: Prof. Dr. Axel Prokop, 71032 Böblingen, Tel. 07031/9812422, E-Mail: verletzt@klinikverbund-suedwest.de

Schatzmeister: Dieter Haarer, 71083 Herrenberg-Kuppingen, Tel.07032/33447, E-Mail: dieter.haarer@web.de

Schriftführer: Claus Unger, Königstraße 29, 71139 Ehningen, Tel. 07034/121-133, E-Mail claus.unger@ehningen.de

3. Weiter wird gebeten, zu berichten und zu begründen, warum innerörtliche Verkehre in anderen Städten und Gemeinden von den dortigen Kommunen bestellt und bezahlt werden.

Begründung:

Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass einige Verkehre in Städten und Gemeinden, obwohl sie vom Landkreis bestellt und bezahlt werden, so genannte innerörtliche Verkehre sind.

Diese innerörtlichen Verkehre sind nach unserem Verständnis ausschließlich von den jeweiligen Kommunen zu tragen.

Beispielhaft sind folgende Linien zu erwähnen:

Linie 745 in Magstadt, Linie 636 in Renningen mit der Anbindung der Firma Bosch.

Die Anbindung der Firma Porsche in Weissach über die Linie L 636 wird von der Gemeinde Weissach bezahlt.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Helmut J. Noë', with a stylized flourish at the end.

Helmut J. Noë und Fraktion

CDU-Kreistagsfraktion • Truchsessenstraße 14 • 71229 Leonberg

Herrn
Landrat
Roland Bernhard
Parkstr. 16

71034 Böblingen

Fraktionsvorsitzender
Helmut J. Noë
Erster Bürgermeister a.D.

Tel.07152/23130
email:hrnoe@yahoo.de

7. November 2014

Verlängerung der Buslinie 752 von Ehningen nach Aidlingen.

Sehr geehrter Herr Landrat,

die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

1. Die Buslinie 752 Holzgerlingen-Altdorf – Hildrizhausen – Ehningen ist nach Aidlingen zu verlängern.
2. Die voraussichtlichen Kosten sind darzustellen.

Begründung:

Die CDU-Fraktion bezieht sich auf den Antrag vom 4. Juli 2010, bei

1. Stellvertreterin: Dr. Gabriele Moritz-Rahn, 71101 Schönaich, Tel.07031/655858
 2. Stellvertreter: Walter Arnold, Tel. 07031/384 154, E-Mail: pferdehof.arnold@gmx.de
 3. Stellvertreter: Prof. Dr. Axel Prokop, 71032 Böblingen, Tel. 07031/9812422, E-Mail: verletzt@klinikverbund-suedwest.de
- Schatzmeister: Dieter Haarer, 71083 Herrenberg-Kuppingen, Tel.07032/33447, E-Mail: dieter.haarer@web.de
Schriftführer: Claus Unger, Königstraße 29, 71139 Ehningen, Tel. 07034/121-133, E-Mail claus.unger@ehningen.de

dem um eine Prüfung dieses Angebots gebeten wurde.

Aufgrund der starken Zunahme des MIV und der Überlastung der Straßen im Raum Aidlingen, Dagersheim, Böblingen und Sindelfingen erscheint uns eine Anbindung von Aidlingen an die S-Bahn in Ehningen dringend geboten.

Auch aufgrund der kommunalen Schulangebotsplanung mit den Gemeinschaftsschulen in Ehningen und Grafenau ist für Aidlingen ein erheblicher Handlungsbedarf gegeben.

Die Gemeinden Aidlingen und Ehningen unterstützen die Busverlängerung.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Helmut J. Noë'. The signature is stylized and cursive, with a long horizontal stroke extending from the first part of the name.

Helmut J. Noë und Fraktion

CDU-Kreistagsfraktion • Truchsessenstraße 14 • 71229 Leonberg

Herrn
Landrat
Roland Bernhard
Parkstr. 16

71034 Böblingen

Fraktionsvorsitzender
Helmut J. Noe
Erster Bürgermeister a.D:

Tel.07152/23130
email:hrnoe@yahoo.de

7. November 2014

Nahverkehrsplan hier: Definition des Basisangebots und Finanzierung der Busverkehre.

Sehr geehrter Herr Landrat,

die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

1. Das im Entwurf des Nahverkehrsplans für den Landkreis Böblingen vorgesehene Basisangebot für die flächendeckende ÖPNV-Erschließung ist in seiner Abgrenzung zu den kommunalen Angeboten der Städte und Gemeinden darzustellen.
2. Die finanziellen Auswirkungen der künftigen Finanzierung des

1. Stellvertreterin: Dr. Gabriele Moritz-Rahn, 71101 Schönaich, Tel.07031/655858

2. Stellvertreter: Walter Arnold, Tel. 07031/384 154, E-Mail: pferdehof.arnold@gmx.de

3. Stellvertreter: Prof. Dr. Axel Prokop, 71032 Böblingen, Tel. 07031/9812422, E-Mail: verletzt@klinikverbund-suedwest.de

Schatzmeister: Dieter Haarer, 71083 Herrenberg-Kuppingen, Tel.07032/33447, E-Mail: dieter.haarer@web.de

Schriftführer: Claus Unger, Königstraße 29, 71139 Ehningen, Tel. 07034/121-133, E-Mail claus.unger@ehningen.de

Busangebots im Landkreis sind gegenüber der seitherigen Finanzierung darzustellen.

3. Sieht die Landkreisverwaltung Einsparpotentiale bei den Buslinien, die der Kreis zu finanzieren hat?

Begründung:

Die CDU-Fraktion hält es für dringend geboten, die Systematik der künftigen ÖPNV-Angebote im Busverkehr darzustellen. Dabei soll auch die Abgrenzung zwischen dem Angebot des Kreises und der kommunalen Angebote begründet und erläutert werden.

Im Vergleich zum seitherigen Angebot sind die finanziellen Auswirkungen auf den Kreishaushalt darzustellen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Helmut J. Noë', with a stylized flourish extending from the end of the name.

Helmut J. Noë und Fraktion

CDU-Kreistagsfraktion • Truchsessenstraße 14 • 71229 Leonberg

Herrn
Landrat
Roland Bernhard
Parkstr.16

71034 Böblingen

Fraktionsvorsitzender
Helmut J. Noë
Erster Bürgermeister a.D.

Tel.07152/23130
email:hrnoe@yahoo.de

7. November 2014

Festsetzung der Kreisumlage.

Sehr geehrter Herr Landrat,

die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Die Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2015 wird auf 39,0 %-Punkte der Steuerkraftsumme der Städte und Gemeinden festgesetzt.

Begründung:

Seit der Einbringung des Kreishaushalts sind Verbesserungen

1. Stellvertreterin: Dr. Gabriele Moritz-Rahn, 71101 Schönaich, Tel.07031/655858
 2. Stellvertreter: Walter Arnold, Tel. 07031/384 154, E-Mail: pferdehof.arnold@gmx.de
 3. Stellvertreter: Prof. Dr. Axel Prokop, 71032 Böblingen, Tel. 07031/9812422, E-Mail: verletzt@klinikverbund-suedwest.de
- Schatzmeister: Dieter Haarer, 71083 Herrenberg-Kuppingen, Tel.07032/33447, E-Mail: dieter.haarer@web.de
Schriftführer: Claus Unger, Königstraße 29, 71139 Ehningen, Tel. 07034/121-133, E-Mail claus.unger@ehningen.de

eingetreten.

Die Umlagen an den Verband Region Stuttgart sind um 1,5 Mio Euro niedriger als veranschlagt.

Die Schulsozialarbeit wird von den Städten und Gemeinden mit dem Landeszuschuss in eigener Verantwortung finanziert. Deshalb können die veranschlagten 0,6 Mio Euro im Sozialhaushalt gestrichen werden.

Die CDU-Fraktion hält es für verantwortbar, den Planansatz bei der Grunderwerbsteuer von 20 Mio Euro auf 22 Mio Euro zu erhöhen.

Mit den aufgeführten Veränderungen kann eine Senkung der Kreisumlage um 0,9 %-Punkte finanziert werden.

In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass aus guten Rechnungsergebnissen Mittel in die Rücklage für die Investitionen in die Krankenhäuser abgeführt werden müssen.

Eine Beschlussfassung über diesen Sachverhalt muss vor der Festsetzung der Kreisumlage erfolgen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Helmut J. Noë', with a stylized flourish at the end.

Helmut J. Noë und Fraktion



Haushaltsrede der SPD-Kreistags-Fraktion zum Haushalts-Entwurf 2015

17.11.2014

Dr. Tobias Brenner

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrter Herr Landrat,

weltweit müssen über 50 Millionen Menschen fliehen: In ihrer Heimat trachten Diktatoren, Geheimdienste oder politische Gegner nach ihrem Leben.

Weit über 90 Prozent der weltweit bekannten **Flüchtlinge** suchen und finden in ihren jeweiligen Nachbarländern Schutz. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Aufgabe, unter 1 Prozent der Flüchtlinge unterzubringen.

Neben unseren internationalen Verpflichtungen – Ratifizierung der Genfer Flüchtlingskonvention, neben unserer Verfassung – „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ (Art. 16a Abs. 1 GG), verpflichtet uns auch unsere Geschichte, Flüchtlinge human in unserer Gesellschaft aufzunehmen – während der Nazi-Diktatur mussten hunderttausende Deutsche vor dem Terror fliehen, der heute Menschen aus anderen Teilen der Welt zu uns treibt.

Mit den gebliebenen und neuen Flüchtlingen deshalb umzugehen wie es einem den Menschenrechten verpflichteten Rechtsstaat gebührt, nämlich menschlich, freundlich und verständnisvoll, das haben Sie, Herr Landrat, zu Recht an den Anfang Ihrer Haushaltsrede gestellt und in dankenswerter Weise heraus gestellt.

VORSITZENDER
Dr. Tobias Brenner
Fuchsbergstr. 10
71083 Herrenberg
Tel. privat 07032/953069
und 07033/691655
Fax privat 07032/953070
Dr.Tobias.Brenner@t-online.de

STELLVERTRETER
Joachim W. Klenk
Lange Str. 11
71063 Sindelfingen
Tel. privat 07031/877307
Tel. dienstl. 07031/812587
Fax 07031/815854
klenk.rechtsanwalt@t-online.de

GESCHÄFTSFÜHRER
Thomas Brenner
Baisinger Str. 30
71159 Mötzingen
Tel. privat 07452/77568
Tel. dienstl. 07031/72593-4
Fax 07031/72593-8
RT-Brenner@t-online.de

Kreissparkasse Böblingen
(BLZ 603 501 30) 2 54 25

Wir sind der Verwaltung, den Städten und Gemeinden, den Wohlfahrtsverbänden und den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern dankbar, dass sie diesem Anliegen, so gut es geht, zu entsprechen versuchen.

Um die Arbeit all dieser Akteure, vor allem der zahlreichen ehrenamtlichen, besser koordinieren zu können, **beantragen** wir die Einrichtung eines „Runden Tisches“ seitens des Landkreises – analog zum verwaltungsinternen „Krisen-Stab“.

Darüber hinaus **beantragen** wir die Schaffung der Stelle eines Flüchtlingsbeauftragten, der sich vor allem um die Betreuung, Steuerung und Vernetzung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer kümmert, da sich diese Aufgabe innerhalb der bestehenden Strukturen nicht schultern lässt. Mittelfristiges Ziel könnte – ohne den Beratungen des ersten Kreis-Integrationsplanes vorgreifen zu wollen - ein Integrationsbeauftragter sein, den wir als Landkreis mit einem der höchsten Anteile an Menschen mit Migrationshintergrund wohl brauchen werden.

Angesichts des Flüchtlingsdramas und der zivilisatorischen „Kernschmelze“ im Orient scheinen unsere Herausforderungen hier zu verblassen, ja erscheinen geradezu banal.

Alles andere als banal sind die möglichen Auswirkungen weltweiter Handelsabkommen auf die kommunale Selbstverwaltung.

Die drei kommunalen Spitzenverbände, Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, haben daher zusammen mit dem Verband kommunaler Unternehmen, letzten Monat ein gemeinsames Positionspapier zum Thema Freihandelsabkommen vorgelegt, in dem sie darauf hinweisen, dass vor allem die gegenwärtig verhandelte **transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)** – ungeachtet der grundsätzlichen Notwendigkeit tragfähiger Handelsregelungen - erhebliche Risiken für die kommunale Daseinsvorsorge birgt. Sie fordern darin zu Recht, dass die derzeit durch die EU garantierte umfassende Organisationsfreiheit der Kommunen bei Entscheidungen zur Daseinsvorsorge uneingeschränkt erhalten bleiben muss: Kommunale Dienstleistungen, wie beispielsweise Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Öffentlicher Personennahverkehr, Sozialdienstleistungen, Krankenhäuser oder Kultur dürfen durch das Abkommen nicht tangiert werden.

Wir sind der Auffassung, dass der Kreistag die zentralen Forderungen der Spitzenverbände in geeigneter Form unterstreichen und unterstützen sollte.

Doch nun zum Mikrokosmos der Kreispolitik.

Ob man den Haushalt, wie Sie, Herr Landrat, in Ihrer Einbringungsrede als „Kunstwerk“ bezeichnen kann, sei dahin gestellt. Jedenfalls bleibt es eine Kunst, auch dieses Jahr unsere Kern-Herausforderungen, gleichsam unser „magisches Dreieck“ des Haushalts zur jeweils größtmöglichen Geltung zur bringen:

- Abbau der Verschuldung
- Entlastung der Kommunen und
- Schultern der Zukunftsinvestitionen.

Wir anerkennen hier, Herr Landrat, Ihr Bemühen, den Kreisumlagehebesatz trotz gesunkenen Aufkommens unter der 40-Prozent-Marke zu halten.

Dennoch sehen wir im vorgelegten Haushaltsentwurf Luft für eine weitere Entlastung und **beantragen**,

die **Kreisumlage** um 0,9 auf – wie im Vorjahr - 39,0 Prozentpunkte zu senken.

Sie haben zwar gegenüber den Vorjahren an Grunderwerbsteuer 1,5 Millionen mehr und damit 20 Millionen Euro eingeplant. Das erscheint uns jedoch nach allem, was wir wissen und regelmäßig durch den Rechnungsabschluss auch bestätigt bekommen, des Guten entschieden zu wenig zu sein. Sie selbst, Herr Landrat, ich zitiere aus Ihrer Einbringungsrede „schließe(n ...) nicht aus, dass wir den Ansatz noch etwas erhöhen können.“ Diese Einladung zur Kreisumlagen-Senkung nehmen wir an: So ergibt sich ein Minus von gut 0,4 Prozent Kreisumlage durch eine Anhebung der Grunderwerbsteuer um 10 Prozent von 20 auf 22 Millionen. Dass dies angesichts des anhaltenden Hochs auf dem Immobilienmarkt durchaus moderat, ja konservativ geplant ist, zeigt der Rechnungsabschluss 2013, der bei 26,5 Millionen gegenüber in Ansatz gebrachten 18,5 Millionen Euro lag.

Ein weiteres Minus von gut 0,3 Prozent Kreisumlage ergibt sich aus den seit der Haushalts-Einbringung verminderten ÖPNV-Umlagen von über 1,5 Millionen Euro.

Und schließlich ergibt sich ein Minus von zusätzlichen gut 0,2 Prozent durch einen sich bereits jetzt abzeichnenden besseren Haushaltsabschluss 2014 von über einer halben Million Euro, so dass mit den gerundeten Beträgen auch unsere vergleichsweise bescheidenen haushaltswirksamen Anträge gedeckt sind.

Die beantragte, moderate Absenkung der Kreisumlage hilft den Kommunen bei der erforderlichen Konsolidierung ihrer Haushalte. Von einer möglichen, noch weiteren Absenkung

der Kreisumlage wollen wir auch dieses Jahr Abstand nehmen, um im Blick auf unsere Zukunftsinvestitionen und eine nach wie vor erforderliche Schuldentilgung mit der ohnehin schon schwankenden Kreisumlage nicht in eine wenig hilfreiche Achterbahnfahrt zu geraten.

Unsere größte Herausforderung bildet zweifellos unsere **Krankenhauslandschaft**.

Wir stehen nach wie vor zum verabschiedeten Medizinkonzept mit einer wohnortnahen, qualitativ hochwertigen Krankenhausversorgung für unsere Bürgerinnen und Bürger in kommunaler Trägerschaft und damit zu allen unseren Häusern. Wir sind nach wie vor überzeugt, dass der Klinikverbund Südwest – und zwar Böblingen und Calw - dafür die beste Voraussetzung bietet und wir künftig alles unterlassen sollten, dies immer wieder durch unausgegrenzte oder ungenügend kommunizierte Verlautbarungen in Zweifel zu ziehen. Und wir sind nach wie vor überzeugt, dass unser Weg auch den Landeskrankenaussschuss diese Woche überzeugen wird und wir eine erste Planungsrate bewilligt bekommen. Bevor jedoch ein Neubau steht müssen wir noch viele Finanzierungsfragen klären und wir werden auch noch viel Geld, rund 40 Millionen Euro, in die bestehenden beiden Häuser investieren müssen, um eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung sicher zu stellen.

Als weitere Schritte müssen auch die Verschlinkung unserer Gesellschaftstruktur und die Verbindung des beschlossenen Medizinkonzeptes mit der Frage der Sicherstellung einer guten ambulanten Versorgung in der Fläche folgen.

Sie haben, Herr Landrat, im Blick auf das **Sozialbudget** ausgeführt, dass die Sozialausgaben die Einnahmen aus der Kreisumlage übersteigen. Dieser Vergleich hinkt, da Sie brutto mit netto vergleichen. Wenn man die tatsächlichen Ausgaben nimmt, fällt der Vergleich weit weniger frappierend aus. Und dass wir unseren sozialstaatlichen Verpflichtungen in guter Qualität nachkommen können, ist auch ein Aushängeschild für den Landkreis!

Ernüchternd ist aber, dass wir beim absolut größten Posten im Sozialbudget, der **Eingliederungshilfe für Behinderte**, nicht die erhoffte Entlastung seitens des Bundes erfahren haben: nach wie vor werden die jährlichen Steigerungen nicht aufgefangen. Hier müssen wir auf allen Wegen einen Nachschlag fordern, nach dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“.

Kritisch, Herr Landrat, sehen wir die Entwicklung im Bereich der **Jugendhilfe**. Sie betonen das „Ziel, die Kosten der Jugendhilfe bei weiterhin guter Qualität der Leistung an das Niveau umliegender Landkreise anzunähern“.

Dabei liegen wir nach dem als Anlage zu Ihrer Einbringungsrede vorgelegten „Haushaltsvergleich 2014“ ziemlich gleichauf mit einigen Nachbarlandkreisen und deutlich unter dem Landesdurchschnitt von Baden-Württemberg!

Und ob – im Klartext – Kostensenkungen, die Liga der freien Wohlfahrtspflege spricht von über einer Million Euro, nicht doch langfristig zu mehr stationären Fällen führen, ist noch nicht ausgemacht.

Ob ein gegenwärtiger Rückgang von Fallzahlen tatsächlich darauf zurück zu führen ist, dass - trotz gesellschaftlicher Verwerfungen – weniger Kinder und Jugendliche erzieherische Hilfe brauchen oder sich nicht vielmehr einfach die Bearbeitungs- und Bewilligungspraxis im Jugendamt gravierend verändert hat, ist noch zu prüfen.

Ob die Verlagerung von Aufgaben wie der Erziehungs-Beistandschaften weg von den freien Trägern ins Jugendamt mit dem Subsidiaritätsprinzip des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – kurz KJHG - in Einklang zu bringen ist, ist noch die Frage – immerhin normiert § 4 Absatz 2 KJHG einen klaren Vorrang der freien Träger, vom Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten in § 5 KJHG ganz abgesehen.

Und ob der Weg im Blick auf mögliche Entlassungen bei den freien Trägern nicht allzu forsch beschritten wurde, ist noch nicht aus diskutiert.

Wir **beantragen** daher, im zuständigen Ausschuss in regelmäßigen Abständen über den eingeschlagenen Weg und seine Auswirkungen unter Anhörung der freien Träger zu berichten.

Sorge bereitet uns nach wie vor, dass zunehmend mehr Menschen mit geringem Einkommen erfolglos bezahlbaren Wohnraum suchen.

Der sogenannte **Soziale Wohnungsbau** kam nahezu vollständig zum Erliegen, nachdem ursprünglich öffentlich geförderter Wohnraum nach Ablauf der Bindungsfristen von den Eigentümern häufig in regulären Wohnraum mit ortsüblichen Mieten umgewandelt wurde. Es war richtig und wichtig, Herr Landrat, über den Landkreistag politischen Druck aufbauen, damit im Land ein Programm zur Bezuschussung des Sozialen Wohnungsbaus, zumindest in den Ballungsräumen, aufgelegt wird. Doch müssen wir uns weiter fragen, was wir auf Kreisebene tun können.

Der Landkreis könnte zumindest eine gewisse Koordinierungsfunktion übernehmen. Sie, Herr Landrat, könnten die Städte und Gemeinden, die kommunale Wohnbaugesellschaften haben, an einen Tisch bringen, um gemeinsam die Möglichkeiten dieser Gesellschaften zur Schaffung entsprechenden Wohnraumes auszuloten, zumindest über die Möglichkeiten der Bereitstellung solchen Wohnraums zu informieren. Unter Umständen ergeben sich mehr Potentiale als man gemeinhin denkt.

Darüber hinaus müssen wir die Entwicklung der Mietobergrenzen im Vergleich zur Entwicklung der Mietspiegel im Kreis ständig im Auge behalten. Mit der einmaligen Erhöhung aufgrund unseres Antrages aus der letzten Amtsperiode ist es nicht getan.

Was die **Bildung** im Allgemeinen und ihren Stellenwert für den Landkreis und im Kreis im Besonderen angeht, Herr Landrat, sind wir bei Ihnen.

Dies gilt nicht nur im Blick auf die positive Bewertung des Starts des **Herman-Hollerith-Zentrums** als Hochschulstandort.

Wir sehen auch mit Ihnen die Schulentwicklung unserer **Beruflichen Schulen** als ein zentrales Thema an und begrüßen es, dass sich das Bildungsbüro dieser vorrangigen Aufgabe zuwendet. Uns ist wichtig, die Beruflichen Schulen nicht isoliert zu betrachten, sondern ihre weitere Entwicklung im Kontext der Schulentwicklungsplanung der Allgemeinbildenden Schulen im Landkreis zu sehen – idealerweise muss sie mit dieser vernetzt werden.

Dass dabei das Thema **Inklusion** dringend schulgesetzlicher Regelung bedarf, ist auch unsere Auffassung. Richtig ist, dass es um Geld und um qualifiziertes Personal geht, aber auch um die künftige Bedeutung der bestehenden Sonder- bzw. Förderschulen und um ihre Weiterentwicklung. Gerade hier kommt dem Landkreis als Schulträger eine besondere Rolle zu. Entscheidend wird auch sein, ob das Thema Inklusion als gemeinsame Aufgabe aller staatlichen Aufgabenträger begriffen wird und ein in der Sache eher unfruchtbarer Grundsatzstreit um Zuständigkeiten zwischen Jugendhilfe und Eingliederungshilfe einerseits und Kultusverwaltung andererseits überwunden wird.

Richtig ist auch, dass Schule schlicht **Schulsozialarbeit** braucht.

Etwas verwundert hat uns, dass die Bürgermeisterversammlung offenbar eine Förderung des Landkreises nicht für notwendig erachtet. Jahrelang hat man, gerade auch von Seiten der kommunalen Spitzenverbände, den Wiedereinstieg des Landes in die Drittförderung – ein Drittel Land, ein Drittel Landkreis, ein Drittel Städte und Gemeinden – gefordert. Und nun da die neue Landesregierung wieder in die Drittförderung eingestiegen ist, erachtet man dies offenkundig für ausreichend – oder fürchtet man eine zu starke Reglementierung durch den Landkreis?

Wir halten die von der Verwaltung vorgeschlagene Drittförderung durch den Landkreis jedenfalls für sachgerecht, denn immerhin hat der Landkreis Böblingen seine in früheren Jahren eingenommene Spitzenposition was den Versorgungsgrad mit Schulsozialarbeit angeht, schon seit geraumer Zeit eingebüßt!

Klar ist für uns auch, dass jedenfalls da, wo wir Schulträger sind, bei den Beruflichen und Förderschulen, die Schulsozialarbeit nachhaltig gestärkt werden muss – als Sparbüchse taugt die Schulsozialarbeit nicht!

Wo wir ebenfalls Förderungsbedarf sehen, ist das **Projekt** „**Schulverweigerung/Schulabsentismus**“, da die Förderung durch andere Ebenen, Bund bzw. Europa, ungeklärt ist und die Gruppe der Schulverweigerer auch nicht bei der Neuausrichtung der Schulsozialarbeit berücksichtigt wird. Wir können es uns in unserem Hochtechnologie-Kreis schlicht nicht leisten, auch nur eine oder einen zurück zu lassen, von der menschlichen Seite ganz abgesehen.

Wir **beantragen** daher, das Projekt „Schulverweigerung/Schulabsentismus“ für ein weiteres Jahr in Höhe von 60.000 Euro zu fördern, bis die Fördersituation geklärt ist.

Darüber hinaus **beantragen** wir, dem Verein „KZ Gedenkstätte Hailfingen-Tailfingen e.V.“ für sein **Projekt „Begegnungen“**, der Produktion eines Dokumentarfilms über die Begegnungen mit Angehörigen der ehemaligen Häftlinge, einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 5.000 Euro zu gewähren: Das Projekt ist als Teil der „oral history“, der mündlichen Geschichtsüberlieferung, ein wichtiger Bildungs-Baustein zu unserer, auch lokalen, NS-Geschichte. Der Film kann nicht nur Vorort, sondern andernorts in der (Jugend-)Bildung eingesetzt werden und einen wichtigen Aufklärungsbeitrag leisten.

Ungeklärt sind die uns zentral beschäftigenden Projekte beim Thema **Mobilität**.

Dies gilt an erster Stelle für die den Ausbau und die Elektrifizierung der **Schönbuch-Bahn**.

Für uns hat dieses Projekt jedenfalls Vorfahrt, auch wenn noch gewichtige fachliche Fragen zu klären sind. Dies gilt vor allem für das weitere Vorgehen bei der Fahrzeugbeschaffung.

Und noch fehlt auch ein belastbarer Finanzierungsvorschlag insgesamt, denn was derzeit vorliegt, folgt eher dem „Prinzip Hoffnung“, zumal von Seiten des Landes eine verbindliche Zusage für eine 75-prozentige Förderung der Infrastrukturmaßnahme offen ist.

Ungeklärt ist – anderslautenden Presseberichten zum Trotz – auch die Zukunft der **Schwarzwald- oder Hermann-Hesse-Bahn**.

Die Anbindung des Kreises Calw und des Schwarzwaldes an die Region Stuttgart ist aus geostrategischen, wirtschaftlichen und ökologischen Gründen sinnvoll und vernünftig. Alles andere wäre kleinkariertes Denken. Wir sind davon überzeugt, dass das Projekt wie schon die Ammertal- und die Schönbuchbahn eine weitere Erfolgsgeschichte werden wird und auch dem Kreis Böblingen Vorteil bringt.

Wir müssen, teils verwundert, zur Kenntnis nehmen, dass die ursprünglich geplante Wiederinbetriebnahme der alten „Schwarzwald-Bahn“ von Calw bis Weil der Stadt die Hürde der Förderfähigkeit nach der sogenannten Standardisierten Bewertungsmethode nicht nimmt. Die Förderfähigkeit ergibt sich wegen Wegfalls eines Umstiegs wohl nur bei einer Fortführung bis Renningen.

Klar ist aber, dass die S 6 nicht darunter leiden darf, was durch eine Fahrplansimulation, den sogenannten Stresstest, zu belegen ist – mit dem Ziel, einen störungsfreien Betrieb der S-Bahn zu garantieren.

Zum anderen muss auch die Frage der Lärmbelastung durch ein Lärmgutachten geklärt werden.

Schließlich ist auch zu klären, ob ein Gesamtkonzept eines bis Renningen durch gebundenen Verkehrs zunächst bis Weil der Stadt umgesetzt werden kann.

Dass endlich die Betroffenen unter Offenlegung der Standardisierten Bewertungsmethode informiert und einbezogen werden müssen, dafür ist es im wahrsten Sinne des Wortes „höchste Eisenbahn“, wenn nicht der Zug schon abgefahren ist!

Erst nach Klärung dieser Punkte, kann über eine Mitfinanzierung des Landkreises Böblingen zu den Infrastrukturkosten entschieden werden.

Zu klären ist nach unserer Auffassung auch, ob nicht die Einführung eines **Sozialtickets** sinnvoll ist. Wir behalten uns vor, hier zu gegebener Zeit einen Antrag zu stellen.

Von fast noch größerer Bedeutung als die Verkehrsinfrastruktur – wir gehen davon aus, dass der Ausbau von **A 81 und B 464** endlich in Angriff genommen wird -, von beinahe noch entscheidenderer Frage ist für unseren Landkreis in Zukunft ein leistungsfähiges **Datennetz**. Der aktualisierte Breitbandatlas und eine Expertenanhörung im Verwaltungs- und Finanzausschuss haben es eindrucksvoll bestätigt: mit den bisherigen Leitungen sind wir nicht zukunftsfähig. Da die privaten beziehungsweise privatisierten Anbieter nur dort investieren, wo es sich für sie rechnet, muss der Landkreis im Verein mit den Städten und Gemeinden mit Hochdruck ein Grundkonzept erarbeiten, das eine flächendeckende Versorgung auf neuestem Stand, und das heißt gegenwärtig mit Glasfaserverbindungen, sicherstellt. Die Mittel dafür müssen vorhanden sein und sind auch vorhanden!

In der Sache nichts Neues gibt es für uns im Bereich der **Abfallwirtschaft**, auch wenn wir uns an eine Zeit ohne Wolf Eisenmann noch nicht richtig gewöhnt haben. Wir müssen sein Erbe der behutsamen Weiterentwicklung des bisherigen Systems bei weitgehender Gebührenstabilität bewahren und fortführen, insbesondere unter dem Aspekt einer weiteren Ergänzung unseres Bringsystems um Elemente eines Holsystems. Nicht befriedigend ist für uns hier die zögerliche Nachfrage bei der Wertstofftonne. Zwar haben wir zwischenzeitlich rund 7.500 Nutzer, doch der damit erreichte Deckungsbeitrag ist unbefriedigend. Eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit von Seiten des Abfallwirtschaftsbetriebes könnte zu einer spürbar höheren Akzeptanz führen.

Positiv herausstellen möchte ich das Bemühen der Kreisverwaltung um entsprechende Kapazitäten zur Beseitigung des Bodenaushubs, so dass hier, jedenfalls für den privaten Wohnungsbau, für die nächsten Jahre das Problem entschärft sein sollte.

Positiv heraus zu stellen ist in diesem Zusammenhang auch die Arbeit und Entwicklung unserer **Energieagentur**.

Abschließend danken wir Ihnen, Herr Landrat, und allen Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Ihren Einsatz und Ihr Engagement, unsere Herausforderungen, nämlich Abbau der Verschuldung, Entlastung der Kommunen und Schultern der Zukunftsinvestitionen, zu einem guten Ausgleich zu bringen sowie für die gute Zusammenarbeit in der Vergangenheit und bei den gegenwärtigen Haushaltsberatungen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Dr. Tobias Brenner



Anlage 8/1 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014

Anträge der SPD-Kreistagsfraktion zum Haushalt 2015

I. Haushaltwirksame Anträge

1. Senkung der Kreisumlage von 39,9 auf 39,0
2. Förderung des Projektes „Schulverweigerung/Schulabsentismus“
3. Förderung des Projektes „Begegnung“
4. Stelle eines Flüchtlingsbeauftragten (ggf. haushaltneutral)

II. Haushaltsneutrale Anträge

1. „Runder Tisch Flüchtlinge“
2. Regelmäßiger Bericht über die Entwicklung der Jugendhilfe unter Anhörung der Freien Träger

Anlage 9 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014

Roland Mundle
Fraktionsvorsitzender

Höhenstr. 20
71069 Sindelfingen
☎ 07031-674874
☎ 0172-8111185
rolandmundle@aol.com

Öffentlich

Böblingen, 17. November 2014

**Stellungnahme zum Haushalt 2015
des Landkreises Böblingen**

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrter Herr Sigel,
verehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,
geehrte Damen und Herren der Kreisverwaltung und der Presse, liebe Gäste!

Für viele von Ihnen, die neu in diesem Gremium sind, sind diese Haushaltsberatungen eine Premiere. Wie jedes Jahr ist es eine große Herausforderung in sehr kurzer Zeit das gesamte Zahlenwerk so gut wie möglich zu beleuchten und zu verstehen.

Auffällig ist, dass wir über rückläufige Steuereinnahmen reden und nicht mehr als wirtschaftsstärkster Landkreis an der Spitze stehen. Glücklicherweise kann der Rückgang der Einnahmen über die Kreisumlage bei gleichbleibendem Prozentsatz durch die höheren FAG-Schlüsselzuweisungen ausgeglichen werden. Hierauf können wir uns jedoch nicht immer verlassen.

Wie schon in den letzten Jahren angesprochen, sind es überwiegend Pflichtaufgaben, die unseren Haushalt maßgeblich beeinflussen. Leider wurde seitens der Bundesregierung nicht die angekündigte und notwendige Entlastung bei der Eingliederungshilfe bereitgestellt. Ansonsten könnte noch leichter trotz aller anderen Herausforderungen das Kreisumlageniveau zumindest gehalten werden.

Beim Thema Flüchtlingsaufnahme stehen wir vor Herausforderungen, die wir gemeinsam als Landkreis und Kreiskommunen leisten müssen. **Wir beantragen hier einen von der Kreisverwaltung vorzubereiteten kommunalen Flüchtlingsgipfel.** Hier sollten auch Vertreter und Vertreterinnen der Arbeitskreise zur Flüchtlingshilfe mit einbezogen werden.

Den Landkreis fordern wir auf sich schnellstens aktiv um die in Aussicht gestellten Fördermittel des Landes zur Errichtung von Flüchtlingsunterkünften zu bewerben, wir müssen alle Hebel in Bewegung setzen um Notunterkünfte in Turnhallen oder vergleichbaren Unterkünften zu vermeiden. Wir dürfen uns über die Lasten der zunehmenden Flüchtlingszahlen nicht beklagen. „**Die wirklichen Probleme haben die Flüchtlinge, nicht wir.**“ Treffender als unser Ministerpräsident Kretschmann kann man die Situation nicht formulieren. Ich möchte hier ausdrücklich den Landkreis und viele seiner Kommunen loben. Sie nehmen sich in vorbildlicher Art dieser Probleme an.

Das Schreiben des Ministerpräsidenten an den Präsidenten des Landkreistages vom Januar und die Beschlüsse des jüngsten Flüchtlingsgipfels machen deutlich, dass das Land hier zu seiner Verantwortung bezüglich der Finanzierung steht. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten der jüngsten Flüchtlingsgipfelgespräche des Landes für die sehr positiven Signale.

Es müssen die Menschen und deren Wohl im Vordergrund stehen.

Um die Integration der Flüchtlinge überhaupt erst möglich zu machen ist als erster Schritt notwendig, dass diese die deutsche Sprache erlernen können. Die derzeitigen Engpässe im Bereich der Sprachangebote müssen schleunigst beseitigt werden.

Die Landkreisverwaltung kann sich bei diesen Aufgaben auf sehr engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlassen, diese benötigen jedoch dringend Unterstützung. Auch bei einer sinnvollen Einbindung der dankenswerterweise großen Anzahl an ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer ist professionelle Hilfe erforderlich. Deren Potentiale müssen sinnvoll eingebunden werden. Das von den Bürgerinnen und Bürgern angebotene Engagement darf weder ins Leere laufen noch zu einer individuellen Überforderung führen. Das kann nur durch eine professionelle Begleitung gewährleistet werden. **Wir beantragen daher die Bereitstellung einer Vollzeitkraft mit einem entsprechenden Aufgabenportfolio.** Herr Landrat Bernhard, wir verlassen uns hier auf Ihre Kreativität, falls nicht anders machbar sollten wir jedoch bereit sein hier eine zusätzliche Stelle zu installieren.

Letztes Jahr, lange vor den teilweise peinlichen Reaktionen während der Kommunalwahl, hatte ich noch die fehlende Übernahme von Verantwortung in der Bundesrepublik gerügt. Dieses Jahr möchte ich mich bei allen in diesem Bereich engagierten Menschen herzlich für deren vorbildhaftes Verhalten bedanken.

Die Herausforderungen gehen weit über die Unterbringung und Sprachkurse hinaus. Viele der Flüchtlinge im Speziellen auch die Kinder haben auf dem Weg der Flucht traumatische

Erlebnisse hinter sich und gehören entsprechend betreut. Besondere Betreuung benötigen die Kinder und die nichtbegleiteten Jugendlichen.

Ein zentrales Thema ist die Zukunft unserer Krankenhauslandschaft.

Dabei wurde im vergangenen Kommunalwahlkampf, in dem auch die Entscheidung zum Medizinkonzept fiel, so manche Tücke, jedoch auch die Stärke unserer Demokratie sichtbar. Man hat gesehen, wie wichtig es ist, eine möglichst große Transparenz der Sachverhalte zu schaffen, damit die Mehrheit der Bevölkerung bei den anstehenden Entscheidungen mitgenommen werden kann. Ein Informationsdefizit führt dazu, dass man zu leicht mit Emotionen spielen kann, leider ist hiervon auch manche örtliche Presse genauso wie mancher Kommunalpolitiker, der wiedergewählt werden will, nicht frei. Wir Alle sollten daraus lernen, Intransparenz weckt Misstrauen, ob zu Recht oder nicht, offene Kommunikation ist arbeitsintensiver, schafft jedoch Transparenz und Vertrauen.

Trotz dieser Sondersituation haben wir Kreisrätinnen und Kreisräte uns mit deutlich über zwei Drittel Mehrheit hinter das geplante Medizinkonzept gestellt. Nun hoffen wir auf die Bereitstellung der ersten Planungsrate durch den Landeskrankenhausausschuss für das Jahr 2015. Auf dieser Basis können wir dann unseren gemeinsam eingeschlagenen Weg erfolgreich fortsetzen. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht:

- Der Einstieg in die Verschlinkung der Klinikverbundstruktur ist durch den in der Sache logischen Ausstieg unseres bisherigen Verbundpartners Sindelfingen erfolgt. Ergänzend sollte schnellst möglich die Anzahl der Aufsichtsgremien auf die momentan möglichen drei Gremien reduziert werden (eine GmbH je Landkreis plus der Holding).
- Die Verabschiedung eines landkreisübergreifenden Medizinkonzeptes ist beispielhaft in Baden Württemberg.
- Hervorzuheben ist hierbei nicht nur die Schwerpunktbildung sondern vor allem auch die Entwicklung einer standortübergreifenden medizinischen Leistungsstruktur. Ein erster Schritt ist hier mit der standortübergreifenden Zusammenarbeit zwischen den Häusern Sindelfingen/Böblingen und Leonberg im Bereich der Frauenheilkunde- und Geburtshilfe bereits erfolgt.

Durch entsprechende Pressemeldungen im Zusammenhang mit dem Bau eines Medizincampus unser Verbundpartner, der Landkreis Calw, wolle aus dem Verbund aussteigen, gab es gewisse Irritationen. Dankeswerter Weise konnte dieses Missverständnis mittlerweile beseitigt werden, alle Partner stehen weiterhin uneingeschränkt zum verabschiedeten Medizinkonzept.

Die weiteren Schritte sind maßgeblich vom Land abhängig, nur bei einer entsprechenden Förderung sind die geplanten Schritte zum Bau eines Zentralklinikums in Sindelfingen/Böblingen zur Schwerpunktbildung, sowie die Sanierung und der notwendige Umbau der

anderen Standorte finanzierbar bzw. umsetzbar. Wir sehen uns hier auf einem guten Weg unser Ziel dezentrale, patientennahe Kliniken in kommunaler Hand, nachhaltig finanzierbar, zu erreichen. Wenn es uns dabei noch gelingt die Standorte durch Zusatzangebote im Bereich Psychiatrie und Pflege zu stärken, haben wir viel erreicht.

Trotzdem stehen wir hier weiterhin vor großen Herausforderungen, wir müssen sehr viel Geld in die Hand nehmen, kurzfristig und mittelfristig werden die geplanten Maßnahmen die Gemeindehaushalte belasten, langfristig aber hoffentlich nachhaltig entlasten.

Der ÖPNV, ein weiteres wichtiges Thema

Nach der Realisierung der S 60 ist unser zentrales Thema im Bereich ÖPNV für den Landkreis Böblingen der zweigleisige Ausbau und die Elektrifizierung der Schönbuchbahn. Hier stehen bei einer unterstellten Förderung von 75% über das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für uns Investitionen von ca. 22,5 Mio. € für den unabdingbaren zweigleisigen Ausbau sowie für die Elektrifizierung der Schönbuchbahn im Raum. Weiterhin muss eine Summe von ca. 34 Mio. € zur Beschaffung der Fahrzeuge in die Hand genommen werden. Die Schönbuchbahn ist seit vielen Jahren ein Erfolgskonzept, dies beweisen die stetig steigenden Fahrgastzahlen. Die Marke von 10.000 Fahrgästen wird voraussichtlich im Jahr 2021/22 erreicht, somit ist die Schönbuchbahn eine der attraktivsten Nebenbahnen in Baden-Württemberg. Sie kommt längst in den Bereich des S-Bahn-Status. Die Anträge beim Verkehrsministerium sind gestellt, die letzten Zahlen geliefert, die gewünschten berechtigten Verbesserungen vorgenommen. Nach der Zusage des erwarteten Förderbescheids kann die Maßnahme beschlossen und umgesetzt werden.

Gerne unterstützen wir die Bemühungen des Landkreis Calw zur Realisierung der Hermann-Hesse-Bahn. Seit Jahren kritisieren wir aber dessen Informationspolitik, wir hoffen hier auf die bei unserem gemeinsamen Treffen in Bad Teinach zugesagte Verbesserung des Informationsflusses. Der notwendige NKI von größer 1 wird gutachterlich nur bei einer Anbindung bis Renningen erreicht. Um dies zu realisieren muss unbedingt ein sogenannter Stresstest unter Einbindung der Anrainergemeinden erfolgen. Weiterhin wünschen wir uns eine Einbindung des Verbandes Region Stuttgart, nur so ist es möglich eventuelle Synergieeffekte zur Stärkung der S 60 zu heben. **Gegen die vitalen Interessen der Gemeinden und der Bevölkerung ist kein Projekt durchsetzbar, das sollte den Entscheidern im Landkreis Calw bewusst sein.**

Soziale Themen

Gemeinsam haben wir eine Änderung des Zuschnittes der Ausschüsse vorgenommen, das war richtig, wir haben dadurch die Chance geschaffen die Jugendhilfeplanung und die Schulentwicklungsplanung zusammen zu denken. Wir müssen nun den Maßnahmenkatalog

(das Handlungskonzept) des Bildungsplans zügig umsetzen. Auch von uns wurde die Umsetzung der Vorschläge von IMAKA - Personalaufbau zur Stärkung des Know-Hows im Landratsamt - mitgetragen. Wir hatten jedoch gefordert, dass die damit verbundenen Schritte unter Einbeziehung der Freien Träger mit Fingerspitzengefühl für diese verträglich umgesetzt werden. Jüngste Rückmeldungen lassen befürchten, dass dies nicht der Fall ist. Wir bitten Sie, Herr Landrat, dringend mit den Freien Trägern klärende Gespräche aufzunehmen. Unsere Fraktion hält an dem Modell einer Drittfinanzierung der Schulsozialarbeit durch das Land/den Landkreis/und die Kommunen fest. Die Wichtigkeit der Schulsozialarbeit an sich ist, so denken wir, im Gremium unstrittig und muss nicht diskutiert werden. Es geht alleine um den Weg der Finanzierung und ggf. um eine erforderliche Gegenfinanzierung des Landkreisanteiles. Wir halten die Drittfinanzierung für gerechter, dabei beteiligen sich Gemeinden ohne Schulstandorte, deren Schüler z.B. in Schulen anderer Städte und Gemeinden im Landkreis gehen, solidarisch an der Finanzierung der Schulsozialarbeit. Weiterhin ist durch eine kreisweite Behandlung dieses Themas besser sichergestellt, dass keine zu großen Qualitätsunterschiede im Kreis entstehen. Daher fordern wir die Kreisverwaltung auf einen Vorschlag zur Gegenfinanzierung vorzulegen, der es ermöglicht, eine Mehrheit im Gremium erzielen zu können.

Der Bericht des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) zum Thema Entwicklung und Rahmenbedingungen der Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen im Land zeigt uns in seinen zentralen Ergebnissen, die Richtung wirkungsorientierter Jugendhilfe klar auf.

Nach Prüfung der seitherigen Entwicklungsprozesse können wir zu einer weiteren Qualifizierung der Jugendhilfestruktur kommen. Denn die Fallzahlen in der Kinder- und Jugendhilfe gehen zurück, die Kosten in Feldern wie der sozialen Hilfen jedoch steigen weiter.

Unser Ziel ist es die Systeme Schule und Jugendhilfe stärker zu verzahnen.

Die Überlegung - diese beiden Bereiche nicht losgelöst voneinander zu sehen, sondern aus einer gemeinsamen Planungsperspektive heraus - soll Grundlage des Klausurtages im Frühjahr 2015 sein. In Zusammenarbeit mit allen Akteuren wie Freien Trägern, staatlichem Schulamt, der Landkreisverwaltung und Mitgliedern des Kreistages sollen hier Perspektiven entwickelt werden. Diese Idee aus der Kreisverwaltung unterstützen wir gerne!

Wir werden uns die Frage stellen müssen, in welchem Maße Jugendhilfeleistungen zukünftig in enger Kooperation mit den Regelangeboten der Schulen, aber auch den Kindertageseinrichtungen erbracht werden. Außer der Sozialarbeit müssen weitere wichtige Modelle folgen. Zum Beispiel in Bereichen der Schulbegleitung - hier wird zudem eine Unterstützung von Seiten des Landes kommen, um die Hilfen im Unterricht beim Thema inklusive Beschulung zu verbessern.

Entscheidend ist die Gewährleistung von Entwicklungschancen und Bildungsbiografien für die jungen Menschen ohne Unterbrechungen.

Mehrere Handelsabkommen zwischen der EU und unterschiedlichen Partnern -z.B. USA und Kanada)- wie TTIP, CETA und TISA, werden derzeit zum Großteil unter Ausschluss der Parlamente und der Öffentlichkeit verhandelt.

Ziel der Verhandlungen ist der Abbau von Handelsschranken, und zwar sowohl in Bezug auf Handelswaren, als auch auf Dienstleistungen unter anderem auch solche von Kommunen.

Die damit verbunden, in Aussicht gestellten, Verbesserungen hören sich zunächst gut an:

- Abbau von Handelshemmnissen
- Verbesserung von Investitionsbedingungen
- Schaffung von Arbeitsplätzen

In Wirklichkeit droht jedoch die Gefahr, dass sich die Großindustrie Sonderrechte sichert, hin zu einer schrankenloseren Weltwirtschaft. Besonders gefährlich ist hierbei das angestrebte Sonderklagerecht für Konzerne mit der Begründung des Investitionsschutzes. Dies kann das Unterlaufen nationaler und europäischer Verträge ermöglichen, mit der Folge, dass auf Basis eines sogenannten Investitionsschutzes eine andere Rechtsposition wie die von nationalen oder europäischen Gesetzen eingeklagt werden kann, oder zumindest hohe Entschädigungen geltend gemacht werden können. Die geplanten Festlegungen bringen, wenn es nicht gelingt erhebliche Veränderungen durchzusetzen, für die Kommunen und Landkreise erhebliche negative Auswirkungen mit sich. Daher streben wir für die Dezemberrunde auf Basis des gemeinsamen Positionspapiers verschiedener kommunaler Verbände wie z.B. des Deutschen Städtetages und der Deutschen Landkreisvertretung gemeinsam mit Ihnen eine interfraktionell getragene Resolution an.

Diese hat das Ziel die erheblichen Risiken für die Kommunen für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, die durch die Kommunen und ihre Unternehmen verantwortet werden, darzustellen und öffentlich bekannt zu machen. Beeinträchtigungen dieser, für die Bürgerinnen und Bürger wichtigen Dienstleistungen durch Freihandelsabkommen, müssen – auch zum Schutz der regionalen KMU-Betriebe und des Handwerks - ausgeschlossen werden. Auch hier gilt, wer nichts zu verbergen hat und Akzeptanz will, sollte eine öffentliche Diskussion der Inhalte und deren Auswirkungen nicht scheuen.

Weltklimarat drängt Regierungen zum Handeln

Wissenschaftler warnen vor immensen Kosten. Der neue Klimabericht zeigt die Gefahren des Klimawandels drastischer als je zuvor. Die Politik hat keine Ausreden mehr, sagen Forscher. Der Mensch muss schnell handeln, denn „es gibt keinen Planeten B“. **„Die Kosten**

des Nichthandelns werden entsetzlich höher sein als die Kosten des Handelns“. Dies ist ein Originalzitat aus dem Mantel unserer lokalen Presse vom Montag 3. November 2014. Hier wird uns einmal wieder deutlich vor Augen geführt, dass wir dringend die von uns beschlossenen Klimaschutzkonzepte umsetzen müssen. Das Geld, das in den Klimaschutz investiert wird, erzielt langfristig die beste Rendite:

- Es entlastet die Umwelt und schafft Arbeitsplätze.
- Es bewahrt uns vor enormen Folgekosten basierend auf klimabedingten Umweltkatastrophen.
- Es reduziert den Verbrauch von fossilen Brennstoffen, macht uns somit auch unabhängiger von deren Import häufig aus Krisenregionen.
- Es ermöglicht bei gleichzeitiger Umsetzung von Energieeffizienzsteigerungen auch einen viel höheren beinahe vollständigen Deckungsgrad unserer Versorgung über alternative Energien.

Hier gibt es weiterhin nur ein Motto: **Global denken und Lokal handeln.** Wir fordern hiermit noch einmal eine schnelle konsequente Umsetzung des von uns im letzten Jahr beschlossenen Klimaschutzkonzeptes.

Jedoch nicht nur beim Klima gibt es rasante Veränderungen – jeder bemerkt es schon im privaten Bereich, im beruflichen Bereich ist es jedoch noch deutlicher sichtbar: **die Digitalisierung unserer Welt schreitet rasant voran.** Nahezu noch wichtiger als die Autobahnen für die Fahrzeuge sind die sogenannten Datenautobahnen. Ein Landkreis wie der Landkreis Böblingen mit so vielen attraktiven Unternehmen kann keine bessere Wirtschaftsförderung vornehmen als den konsequenten und schnellen Ausbau dieser Infrastruktur. Die grün-rote Landesregierung hat dies auch schon länger erkannt, deshalb ist dieses Thema auch Chefsache, Ministerpräsidenten Kretschmann sagte in Tuttlingen: **„Daten sind die Ölquellen der Zukunft.“**

Beim Vergleich der Kreisumlagesätze in der Region sind deutliche Unterschiede erkennbar. Wir fordern die Landkreisverwaltung auf, den begonnenen Weg des Aufzeigens der qualitativen Unterschiede für die höhere Umlage deutlich zu machen, fortzusetzen. Hier zwei Beispiele: Liegt die Ursache in einer anderen Herangehensweise bei der Verteilung der Kosten wie z.B. beim ÖPNV oder an höheren Standards, die wir uns leisten, wie zum Beispiel bei den beruflichen Schulen?

Wir Grünen wünschen uns in Anbetracht der anstehenden großen Investitionen im Bereich der Kliniken und des ÖPNV auch mittelfristig eine Kreisumlage kleiner 40%. Diese Hemmschwelle haben Sie, Herr Bernhard, für dieses Jahr mit 39,9% auch eingehalten. Aus unserer Sicht gibt es noch Spielraum im vorliegenden Haushalt speziell bei den Grunderwerb-

steuereinnahmen, auch an anderer Stelle zeichnen sich Verbesserungen ab. Wir sind jedoch auch dafür, Sicherheiten im Haushalt zu belassen. Ich will nicht soweit gehen von einem drohenden Nachtragshaushalt zu reden, aber moderate Rücklagen zur Abfederung von Risiken seien Ihnen gegönnt, zumal ein eventuelles Plus uns in den Folgejahren wieder gut tut. Eine Kontinuität und Verlässlichkeit beim Hebesatz sind uns wichtiger als dieses Mal näher an die Schmerzgrenze zu gehen. Daher fordern wir die Kreisumlage um einen halben Prozentpunkt auf 39,4 % zu reduzieren.

Zum Schluss:

Zur besseren Bewertung und Vergleichbarkeit begrüßen wir transparente Kennzahlen in allen Bereichen des Haushaltes. Der Umfang des Postens Soziales verleitet dazu dort die größten Einsparmöglichkeiten zu suchen. Die uns von Ihnen jüngst vorgelegten Zahlen zeigen jedoch, dass wir auch hier vorsichtig sein müssen. Im Bereich Soziales liegen wir beim Nettoressourcenbedarf je Einwohner in Euro deutlich unter dem regionalen Durchschnitt der Landkreise. Wir haben sogar den geringsten Wert. Beim Vergleichswert der Hilfe für junge Menschen sind wir allerdings „überdurchschnittlich“. Es gibt aber auch ganz andere Bereiche, bei denen wir deutlich überdurchschnittlich die Spitzenposition einnehmen. Zum Beispiel beim Nettoressourcenbedarf je Kilometer bei den Kreisstraßen; weitere Bereiche, in denen wir an der Spitze liegen, sind die Ausgaben je Schüler in den berufsbildenden Schulen und der ÖPNV.

Uns fehlt jedoch hierbei noch jegliches Gefühl für die Kennzahlen und dafür, ob deren Bezugsgröße auch wirklich die für diesen Bereich entscheidende ist. Weiterhin muss eine dabei eingenommene Spitzenposition nicht automatisch ein Warnsignal sein, sie kann ggf. auch belegen, dass man bei der Umsetzung von Maßnahmen z.B. zur Verbesserung der Verkehrsangebote im ÖPNV-Bereich auf dem richtigen Weg ist. Wenn die Ausgaben in einem gesunden Verhältnis zur tatsächlichen Nachfrage und des Bedarfes der Bevölkerung liegen, handelt es sich hierbei um gut investiertes Geld.

Bei unserer Fraktionsklausurtagung haben wir für uns festgestellt, dass es für alle Ausschüsse und deren Aufgaben hilfreich wäre Ziele und Qualitätsansprüche zu definieren und zu beschließen. Diese Grundsatzbeschlüsse können die Arbeit auf der verwaltungs- und der kommunalpolitischen Seite vereinfachen. Somit sind diese Beschlüsse nicht mehr immer wieder neu bei jeder Einzelentscheidung erforderlich, sondern als Orientierung vorhanden. Zudem erleichtert eine solche Basis auch Neulingen im Gremium den schnelleren Einstieg. Die Anregung von Landrat Bernhard auf unserer Klausurtagung, Strategieklausuren bzw. Workshops durchzuführen, halten wir für einen guten Vorschlag.

Wir bedanken uns bei Ihnen, Herr Landrat, bei Ihnen, Herrn Sigel, und bei all' den Damen und Herren der Kreisverwaltung für die stets freundliche und offene Zusammenarbeit.

Und bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Für die Kreistagsfraktion



Roland Mundle

Fraktionsvorsitzender

Anlage: Übersicht Anträge Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2015

Herrn Landrat
Roland Bernhard
Landratsamt Böblingen

Anlage 9/1 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014



Roland Mundle
Fraktionsvorsitzender

Höhenstr. 20
71069 Sindelfingen
☎ 07031-674874
☎ 0172-8111185
rolandmundle@aol.com

Bearbeiter/-in: Roland Mundle

Böblingen, 17.11.2014

Antrag 1:

Einberufung eines kommunaler Flüchtlingsgipfel

Wir beantragen die Einberufung eines kommunalen Flüchtlingsgipfels:

1. Dieser sollte spätestens im ersten Quartal 2015 einberufen werden.
2. Diese Art der Veranstaltungsplattform bietet optimale Bedingungen für eine effektive und zeitsparende Informationsweitergabe an die unterschiedlichen ehrenamtlichen Gruppen, die sich in verschiedenen Kommunen gebildet haben.
3. Es sollte eine kreisweite solidarische Aufnahme von Flüchtlingen, sowohl für Unterkünfte der Erstaufnahme, als auch für die Folgeunterbringungen verfolgt werden.
4. Es sollten Wege und Möglichkeiten für einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt für die Flüchtlinge entwickelt werden.

Begründung:

Ein persönliches gemeinsames Treffen der verschiedenen Akteure bietet eine Vielzahl an Vorteilen. Die vorhandenen Herausforderungen und Erfahrungen können breiter und effektiver weitergegeben werden. Im Gegensatz zu einem reinen schriftlichen Austausch kann der persönliche Dialog verhindern, dass Missverständnisse aufkommen, und gegenseitig motivierend und mitreißend wirken.

Gerade in der momentan sehr angespannten zeitlichen Situation der hauptamtlich Beschäftigten dürfen diese nicht durch die Beteiligungen an verschiedenen dezentralen Veranstaltungen aufgerieben werden. Bei einem kommunalen Flüchtlingsgipfel

können die verschiedenen Gruppen sehr zeiteffektiv die Möglichkeiten der Unterstützung zusammenstellen und sich untereinander sowie auch alle weiteren Ansprechpartner kennenlernen. Eventuell können hieraus auch Verbände und Netzwerke entstehen.

Weiterhin können bei dieser Veranstaltung Ideen zur möglichst schnellen Umsetzung von Gesetzen sowie Möglichkeiten zur Gewinnung von Aktions- und Bündnispartner entwickelt werden.

Ein Ziel sollte die Schaffung eines lokalen Bündnisses für Arbeit für die Flüchtlinge sein.

Für die Fraktion

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'R. Mundle', written in a cursive style.

Roland Mundle

Fraktionsvorsitzender

Herrn Landrat
Roland Bernhard
Landratsamt Böblingen

Anlage 9/2 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014



Roland Mundle
Fraktionsvorsitzender

Höhenstr. 20
71069 Sindelfingen
☎ 07031-674874
☎ 0172-8111185
rolandmundle@aol.com

Bearbeiter/-in: Roland Mundle

Böblingen, 17.11.2014

**Antrag 2: Bereitstellung einer Fachkraft zur Koordination
der ehrenamtlichen Hilfe in der Flüchtlingshilfe**

Wir beantragen die Bereitstellung einer Fachkraft zur Koordination der ehrenamtlichen Hilfe bei der Aufnahme der Flüchtlinge im Landkreis mit den in diesem Bereich hauptamtlich tätigen Kräften. Wir erhoffen uns daraus folgenden Nutzen:

1. Eine bestmögliche Ausschöpfung der Potentiale der Asylarbeitskreise und anderer aktiver Bürgerinnen und Bürger.
2. Die Verzahnung der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Arbeiten.
3. Eine Entlastung des hauptamtlichen Personales von entsprechenden Aufgaben.
4. Einen besseren Schutz der ehrenamtlich Tätigen vor möglichen Überforderungen.

Begründung:

Wir sind in der glücklichen Lage, eine sehr gute hauptamtliche Arbeit durch eine erfreulich große bürgerschaftliche, ehrenamtliche Hilfsbereitschaft mit großem Engagement unterstützen zu können. Dies muss jedoch aus mehreren Gründen höchstprofessionell geschehen.

Für die Flüchtlinge sind die für deren Situation optimalen Hilfsmaßnahmen vorzunehmen. Diese sind je nachdem, welches Schicksal den Flüchtlingen in ihrer Heimat und auf der Flucht widerfahren ist, sehr unterschiedlich.

Aus Sicht der hauptamtlich Beschäftigten ist es dringend notwendig, sobald als möglich eine Entlastung bei der Betreuung der Flüchtlinge zu erfahren.

Die motivierten Bürgerinnen und Bürger benötigen einen in der Arbeit und Aufgabenstellung erfahrenen Ansprechpartner, damit sie schnellstmöglich eine für die eigenen Vorstellungen und Fähigkeiten entsprechende Einbindung erfahren.

Durch die Einbindung der ehrenamtlichen Kräfte ergeben sich neue, deutlich größere Chancen einer erfolgreichen Willkommenskultur und der ggf. späteren Integration, der bei uns ankommenden Menschen.

Wir können und wollen es uns nicht leisten die angebotenen Potenziale der ehrenamtlich tätigen Mitbürgerinnen und Mitbürger ineffizient zu nutzen. Daher bedarf es für diese Arbeit frei verfügbarer professioneller Unterstützung. Zusätzlich zur normalen Tätigkeit kann dies nicht effektiv geleistet werden.

Für die Fraktion

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'R. Mundle', written in a cursive style.

Roland Mundle

Fraktionsvorsitzender

Herrn Landrat
Roland Bernhard
Landratsamt Böblingen

Anlage 9/3 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014



Roland Mundle
Fraktionsvorsitzender

Höhenstr. 20
71069 Sindelfingen
☎ 07031-674874
☎ 0172-8111185
rolandmundle@aol.com

Bearbeiter/-in: Heidrun Behm

Böblingen, 17.11.2014

**Antrag 3:
Bewerbung des Landkreises Böblingen als „Fairtrade –Kreis“**

Sehr geehrter Herr Landrat Bernhard,

dem Verwaltungs-und Finanzausschuss lag in der Sitzung vom 3.12.2013 zum Tagesordnungspunkt 8 eine Vorlage „Bewerbung des Landkreises Böblingen als Fairtrade-Kreis“ vor. Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung genommen. Wir beantragen:

1. Der Punkt „Bewerbung des Landkreises Böblingen als ‚Fairtrade-Kreis‘“ wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt auf die Tagesordnung des VFA gestellt und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorgelegt.
2. Die Verwaltung nimmt die Vorlage KT-Drucks.Nr.218/2013 als Grundlage und fügt eventuell vorzunehmende Änderungen ein. Dabei soll insbesondere geprüft werden, welche Maßnahmen noch ergriffen werden müssen, um die 5 Kriterien erfüllen zu können, die für eine erfolgreiche Bewerbung notwendig sind.
3. Eine enge Absprache und Kooperation mit den Städten und Gemeinden im Kreis Böblingen, welche die entsprechenden Kriterien erfüllen und den Titel „Fairtrade-Town“ führen, soll erfolgen. Außerdem sollen die Erfahrungen des „Fairtrade-Kreises“ Heidenheim bei der Umsetzung im ersten Jahr berücksichtigt werden.
4. Den Gremien wird in regelmäßigen Abständen vom Stand der Umsetzung berichtet.

5. Ein Zertifikat „Fairtrade-Kreis“ Böblingen ist in den nächsten 2 Jahren anzustreben.
6. Die Verwaltung prüft die Beschaffung von Fair-Trade-Waren für den Eigenbedarf und für die Bewirtung bei Ausschuss- und Ratssitzungen und berichtet inwieweit dies realisiert wird. (Siehe auch Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.11.2013 (KT-Drucks.Nr.111/2013).

Begründung:

1992 startete der gemeinnützige Verein TransFair seine Arbeit mit dem Ziel, benachteiligte Produzentenfamilien in Afrika, Asien und Lateinamerika zu fördern und durch den Fairen Handel ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Der Faire Handel unterstützt Produzentinnen und Produzenten, insbesondere benachteiligte kleinbäuerliche Familien in den Entwicklungsländern, um ihnen eine menschenwürdige Existenz aus eigener Kraft zu ermöglichen. Zum Beispiel decken die festgelegten Mindestpreise die Produktionskosten und sichern so das Existenzminimum. Die gezahlten Aufschläge ermöglichen eine Investition in die Zukunft. Die Standards des Fairen Handels entsprechen den internationalen Standards der „Fairtrade Labeling Organization“ International (FLO). Die unabhängige FLO-CERT GmbH mit Sitz in Bonn stellt sicher, dass die Produkte mit dem Fairtrade-Siegel nach den internationalen FLO-Standards produziert und gehandelt werden. In Deutschland wird die Kampagne seit Januar 2009 durchgeführt. Auch der Landkreis Böblingen soll den Fairen Handel auf lokaler Ebene fördern und sich als „Fairtrade-Kreis“ im Rahmen der internationalen Kampagne bewerben. Da auch mehrere Städte und Gemeinden im Kreis Böblingen das FairTrade-Siegel anstreben bzw. bereits die entsprechenden Kriterien erfüllt haben und dieses Siegel besitzen, soll hier eine enge Absprache und Kooperation erfolgen.

Eine Fairtrade-Town kann ein Kreis, eine kreisfreie Stadt, eine Stadt/Gemeinde oder eine Region sein. Der Status wird verliehen, wenn die folgenden fünf weltweit einheitlichen Kriterien erfüllt sind:

1. Es liegt ein Beschluss des Kreistages vor, dass bei allen Sitzungen des Kreistages und seiner Ausschüsse sowie im Büro des Landrates Fairtrade-Kaffee sowie ein weiteres Produkt aus Fairem Handel (z.B. Tee, Saft) verwendet wird. Es wird die Entscheidung getroffen, als Kreis den Titel „Fairtrade-Kreis“ anzustreben.
2. Es wird eine lokale Steuerungsgruppe gebildet, die auf dem Weg zum „Fairtrade-Kreis“ die Aktivitäten vor Ort koordiniert.
3. In den lokalen Einzelhandelsgeschäften werden gesiegelte Produkte aus fairem Handel angeboten und in Cafes und Restaurants werden Fairtrade-Produkte ausgeschenkt (jeweils mindestens zwei Fair-Trade-Produkte).
4. In öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Vereinen und Kirchen werden Fairtrade-Produkte verwendet und es werden dort Bildungsaktivitäten zum Thema „Fairer Handel“ durchgeführt.

5. Die örtlichen Medien berichten über alle Aktivitäten auf dem Weg zum „Fairtrade-Kreis“.

Die Tatsache, dass schon mehrere Städte und Gemeinden im Landkreis das FairTrade-Siegel besitzen und erfolgreich umsetzen, muss für den Landkreis Ansporn sein, dies auch auf Landkreisebene umzusetzen. Dabei ist auf Synergieeffekte zu achten, um Doppelstrukturen zu vermeiden. Insbesondere ist auf den Zusammenhang von regionalen Produkten und fairem Handel hinzuweisen. Das FairTrade-Siegel und dessen erfolgreiche Umsetzung kann ein weiterer Baustein sein, um die Attraktivität und die Verantwortung des Landkreises gegenüber den kommenden Generationen zu zeigen.

Für die Fraktion



Roland Mundle

Fraktionsvorsitzender

Herrn Landrat
Roland Bernhard
Landratsamt Böblingen

Anlage 9/4 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014



Roland Mundle
Fraktionsvorsitzender

Höhenstr. 20
71069 Sindelfingen
☎ 07031-674874
☎ 0172-8111185
rolandmundle@aol.com

Bearbeiter/-in: Jens Uwe Renz

Holzgerlingen, 17.11.2014

Antrag 4:
Antrag zur familienfreundlichen Abfallwirtschaftssatzung
- Einführung eines Windelzuschusses -

Antrag

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen beantragt, Familien von Kindern im Alter von Geburt bis Ende des zweiten Lebensjahres, 4 Leerungen pro Jahr der Hausmüllbehälter bis 120 l gratis zur Verfügung zu stellen. Dies käme umgerechnet auf einen Zuschuss von 4 mal 5,25 Euro= 21,00 Euro pro Jahr.

Gesamt gerechnet käme man dann auf einen indirekten Zuschuss pro Familie von 42,00 Euro.

Vorgehen

Familien von Neugeborenen können bei dem Landkreis Böblingen für die ersten beiden Lebensjahre 4 Gratisleerungen des Hausmülls beantragen. Hierfür senden Sie eine Kopie der Geburtsurkunde an den Abfallwirtschaftsbetrieb. Die Städte und Gemeinde weisen auf diesen Service zukünftig in ihrem Willkommenschreiben an Neugeborene und ihre Familien hin.

Begründung

Unser Landkreis ist ein familien- und kinderfreundlicher Landkreis. Damit wirbt die Landkreisverwaltung immer wieder.

Mit diesem Antrag würden wir ein Signal an die Bevölkerung senden, dass dem Landkreis daran gelegen ist, Familien mit Kindern zu unterstützen.

Für die Fraktion

Roland Mundle

Fraktionsvorsitzender

Herrn Landrat
Roland Bernhard
Landratsamt Böblingen

Anlage 9/5 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014



Roland Mundle
Fraktionsvorsitzender

Höhenstr. 20
71069 Sindelfingen
☎ 07031-674874
☎ 0172-8111185
rolandmundle@aol.com

Bearbeiter/-in: Jens Uwe Renz

Holzgerlingen, 17.11.2014

Antrag zum Haushalt Dauerhafte Bereitstellung von Behältnissen für Grünschnitt auf den Häcksel- plätzen

Antrag

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen beantragt, dass auf den Häckselplätzen im Zeitraum von Mai bis Ende November Behältnisse für Grünschnitt und Laub zur Verfügung gestellt werden.

Begründung

In Anlehnung an den Antrag der Fraktion Freien Wählern vom 17.04.2014 unterstützen wir mit unserem Antrag die Bemühungen, die Häckselplätze von unzulässigen Laubablagerungen und Grünschnitt zu entlasten. Die Bevölkerung hat sich auch an Vertreter unserer Fraktion gewandt mit der Bitte, diesbezüglich tätig zu werden und in unserem Landkreis dafür zu werben.

Uns ist zu Ohren gekommen, dass die Testphase der Laubcontainer erfolgreich verläuft. Daher gehen wir davon aus, dass die Verwaltung die Versuchsphase als positiv werten wird.

Einen näheren Bericht erwarten wir in der Sitzung des Umwelt—und Verkehrsausschuss am 01. Dezember 2014.

Da der Beschluss haushaltsrelevant wäre, bitten wir, den nötigen Betrag im den Haushaltsplan 2015 einzustellen.

Darüber hinaus wäre es wichtig, die Information über diesen neuen Service in den Nachrichtenblättern regelmäßig zu veröffentlichen.

Für die Fraktion

Roland Mundle

Fraktionsvorsitzender

Herrn Landrat
Roland Bernhard
Landratsamt Böblingen

Anlage 9/6 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014



Roland Mundle
Fraktionsvorsitzender

Höhenstr. 20
71069 Sindelfingen
☎ 07031-674874
☎ 0172-8111185
rolandmundle@aol.com

Bearbeiter/-in: Martin Preiss

Böblingen, 17.11.2014

Antrag 6:

Stärkung des Programms „ÖPNV-Zuschuss an Bedienstete“ und auf Erhöhung der Arbeitgeberzuschüsse zu Jahresfahrkarten für Mitarbeiter/-innen des Landkreises

Wir beantragen, dass der Landkreis als Arbeitgeber für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Zuschüsse zu Jahresfahrkarten erhöht. Gleichzeitig sollen auch Mitarbeiter/-innen von Einrichtungen mit Kreisbeteiligung einen entsprechenden Zuschuss beantragen können, hierfür soll sich der Landkreis bei diesen Einrichtungen einsetzen.

Schon bisher gewährt der Landkreis als Arbeitgeber seinen Mitarbeiter/-innen, die regelmäßig mit dem öffentlichen Personennahverkehr zur Arbeit pendeln und hierfür eine Jahresfahrkarte nutzen, jährlich auf Antrag einen Arbeitgeberzuschuss.

Wir beantragen:

1. eine Darstellung der bisherigen Maßnahmen und der Förderung (Kosten, Nutzerzahlen, eine beispielhafte Darstellung der Auswirkungen auf das Nettoeinkommen der Nutzer).
2. Eine Darstellung, ob die Arbeitgeberzuschüsse für die Bediensteten nach § 40 Abs. 2 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes mit 15 % pauschal versteuert werden.
3. Die Fortsetzung und Intensivierung der Bemühungen, möglichst viele Bedienstete von den Vorzügen des ÖPNV zu überzeugen.

Wir beantragen außerdem den Arbeitgeberzuschuss so zu erhöhen, dass die Mitarbeiter/-innen ihre Jahresfahrkarte zum Preis von 6 Monatsfahrkarten erhalten, sowie eine Berechnung, wie sich der jährliche Zuschussbedarf des Landkreises bei etwa gleicher Anzahl und Zusammensetzung der Antragsteller/-innen verändern würde

Da eine Ausweitung des Zuschusses zu den Jahresfahrkarten und die Fortführung geeigneter Werbemaßnahmen voraussichtlich eine stärkere Nachfrage nach sich ziehen wird, beantragen wir den bisherigen Betrag von 75.000 Euro für Produktgruppe

1121-012 „ÖPNV-Zuschuss an Bedienstete“ mindestens zu erhalten oder falls der errechnete Bedarf höher ist, den Haushaltsansatz für das Haushaltsjahr 2015 entsprechend anzupassen.

Begründung:

Die Nutzung des ÖPNV zur Mobilität stellt neben zu Fuß gehen, mit dem Rad fahren oder wenigstens in Fahrgemeinschaft zu fahren eine gute und ökologische Alternative zum Individualverkehr dar. Der Landkreis hat als Aufgabenträger für den ÖPNV auch eine Vorbildfunktion und seine Fördermaßnahmen für die eigenen Bediensteten könnte Aushängeschild und Werbeträger für den ÖPNV darstellen und andere Arbeitgeber motivieren, nachzuziehen.

Je intensiver der ÖPNV für die tägliche Fahrt zur Arbeit genutzt wird, desto mehr profitiert die Allgemeinheit. Der Landkreis als Aufgabenträger des ÖPNV profitiert durch eine erhöhte Nutzerzahl, vor allem dann, wenn andere Arbeitgeber nachziehen. Mit einer Erhöhung des Anteils der ÖPNV-Nutzer erreicht der Landkreis neben den ökologischen Pluspunkten und dem Werbeeffekt auch eine Reduzierung des für die Bediensteten vorgehaltenen teuren Parkraums.

Für die Fraktion



Roland Mundle

Fraktionsvorsitzender

Herrn Landrat
Roland Bernhard
Landratsamt Böblingen

Anlage 9/7 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014



Roland Mundle
Fraktionsvorsitzender

Höhenstr. 20
71069 Sindelfingen
☎ 07031-674874
☎ 0172-8111185
rolandmundle@aol.com

Bearbeiter/-in: Roland Mundle

Böblingen, 17.11.2014

Antrag 7:

Schaffung durchgehender Fischdurchgängigkeit in den Gewässern des Kreises, speziell der Aich

Wir beantragen die durchgehende Fischdurchgängigkeit in den Gewässern des Kreises sicherzustellen. Dabei soll folgendermaßen vorgegangen werden:

1. Eine aktuelle Darstellung der IST-Situation für die Gewässer im Kreis zur Umsetzung der Maßnahmen des WRRL Bewirtschaftungsplans und eine Aufstellung der weiteren geplanten Maßnahmen mit Beschreibung, Zeitrahmen und geschätzten Kosten wird erstellt.
2. Eine Stellungnahme des Landratsamtes zu den neueren Erkenntnissen in Bezug auf Schutzmaßnahmen gegen die Einwanderung des Signal- und Kamberkrebsses wird vorgelegt.
3. Für die Aich soll geklärt werden: War die Schaffung von Umgehungsgerinnen oder anderer zielführender Maßnahmen in der Vergangenheit als Ausgleichsmaßnahme für ein Projekt vorgeschrieben oder vereinbart? Wenn ja, was wurde davon umgesetzt? Falls nicht alle Maßnahmen umgesetzt wurden bitten um die Begründung.
4. Sollte Punkt 3 feststellen, dass keine solche Maßnahmen geplant waren, beantragen wir, bei folgenden Bauwerken an der Aich jeweils ein Umgehungsgerinne zu erstellen, welches die Durchwanderbarkeit für Fische sicherstellt:
 - 1) Wehr der Stadtmühle bei der Firma Ritter
 - 2) Wehr auf Höhe der Waldenbucher Kläranlage

5. Da der Beschluss haushaltsrelevant wäre, bitten wir, den nötigen Betrag für die Planung der Maßnahmen und evtl. Grunderwerb im den Haushaltsplan 2015 einzustellen und für die Umsetzung der Maßnahmen die entsprechenden Mittel im Haushaltsplan 2016 einzuplanen.

Begründung:

Einige Gewässer sind nach heutigem Stand nicht fischdurchgängig und das stellt einen Verstoß gegen die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) der EU dar. Zur Sinnhaftigkeit der Durchlässigkeit verweisen wir auf die WRRL.

Bei den beiden Bauwerken an der Aich handelt sich um die letzten beiden nicht fischdurchgängigen Querbauwerke in der Aich. Es geht nicht um ein Schleifen der Anlagen, sondern darum, die Anlagen durch jeweils ein Umgehungsgerinne ökologisch durchlässig zu machen. Beide Anlagen könnten dann weiter betrieben werden und ihren derzeitigen Zweck weiterhin erfüllen.

Die vorhandene „Fischtreppe“ beim Wehr der Stadtmühle ist für Fische unüberwindbar.

Der Umbau wäre ein riesiger Fortschritt in Sachen Naturschutz weil damit 30km Gewässer nach Hunderten von Jahren endlich wieder als ein zusammenhängender Lebensraum verfügbar wären.

Nach dem WRRL Bewirtschaftungsplan BG Neckar ist auch die Vernetzung des Reichbachs vorgesehen.

Zur Vernetzung des Unterlaufs des Reichenbachs ist anzumerken, dass diese aus Sicht des NGO-Naturschutzes wegen der drohenden Einwanderung des Signal- und Kamberkrebsses mit einhergehender Verdrängung der einheimischen Arten nicht (mehr) wünschenswert ist und die Barriere im Reichenbach auf dem Gelände der Firma Waidelich, zum Schutz des Siebenmühlentals (Reichenbach) erhalten bleiben sollte.

Das Belassen der Barriere im Reichenbach spart die Kosten für deren Entfernung und trägt dazu bei, die Maßnahmen an den anderen genannten Stellen mitzufinanzieren. Möglicherweise ist dafür auch eine Änderung des WRRL Bewirtschaftungsplans erforderlich.

Für die Fraktion



Roland Mundle

Fraktionsvorsitzender

KREISTAGSFRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Roland Mundle Höhenstraße 20 71069 Sindelfingen

Herrn Landrat
Roland Bernhard
Landratsamt Böblingen

Anlage 9/8 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014

KREISTAGSFRAKTION



Roland Mundle
Fraktionsvorsitzender

Höhenstr. 20
71069 Sindelfingen
☎ 07031-674874
☎ 0172-8111185
rolandmundle@aol.com

Bearbeiter/-in: Roland Mundle

Böblingen, 17.11.2014

Antrag 8:

Kreisumlage 2015

Wir beantragen die Absenkung der Kreisumlage um 0,5 % auf 39,4%

Begründung:

Aus unserer Sicht ist die Absenkung gerechtfertigt, da es bereits heute erkennbar ist, dass wir Mehreinnahmen im Bereich Grunderwerbsteuer von 2-3 Mio. € erwarten können. Zudem zeichnen sich Entlastungen bei den Ausgaben im Bereich ÖPNV von 1,4 Mio. € ab.

In Anbetracht unserer anderen Anträge, die gegenüber dem Vorschlag der Verwaltung Mehrausgaben mit sich bringen können, verzichten wir auf eine noch weitergehende Absenkung der Umlage.

Für die Fraktion



Roland Mundle

Fraktionsvorsitzender



Mitglieder der Fraktion:

Heiderose Berroth, Renningen
Wilhelm Bühler, Herrenberg
Andreas Knapp, Sindelfingen
Prof. Dr. Dieter Maurmaier, Leonberg

Anlage 10 zu KT-Drucks. Nr. 111/2014

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf für 2015

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen Kreisräte,
sehr geehrte Gäste,

zuallererst unser Dank an alle, die den Haushaltsentwurf erstellt und uns zu den Beratungen aussagefähige Informationen zugeliefert haben. Wir wissen die immer bessere Aussagekraft der uns zur Verfügung gestellten Unterlagen und die präzisen Antworten auf unsere Rückfragen sehr zu schätzen weil sie uns unsere Arbeit erleichtern.

Wie immer werden wir als Fünfte in der Runde uns beschränken auf ausgewählte Themenbereiche - mein Dank gilt den Vorrednern, die viele Zahlen und Fakten schon ausführlich dargestellt haben. Wie schon im letzten Jahr stehen die Stichworte ‚Subsidiarität‘ und ‚Effizienz‘ auch über unseren Anmerkungen zum nächsten Jahr.

Ein dicker Zuwachspunkt im Haushalt 2015 bezieht sich auf die leider notwendig werdende Ausweitung in der **Flüchtlingsunterbringung**. Wir unterstützen die Verwaltung in ihrem Bemühen, uns als Flüchtlinge zugewiesene Menschen angemessen unterzubringen. Jedes Provisorium ist dabei besser als eine als letzte Ausweichmöglichkeit im Raum stehende Turnhallenlösung, die unbedingt vermieden werden sollte. Für neu zu schaffende Unterbringungsmöglichkeiten bevorzugen wir Miete oder Pacht deutlich vor eigenen Baumaßnahmen, schließlich muss die Hoffnung bleiben, dass sich hier die Situation auch einmal bessern kann. Allen Kommunen, die den Kreis hier mit Angeboten und/oder entsprechenden Hinweisen unterstützen gilt unser besonderer Dank - hoffentlich kann auch die Zusage bleiben, dass diese Gemeinden dafür bei der Anschlussunterbringung weniger belastet werden.

Fraktionsvorsitzende

Heiderose Berroth
71272 Renningen, Blumenstraße 24
Tel. 07159 / 92 07 79, Fax 07159 / 92 78 14
mail@heide-berroth.de

Stellvertretender Vorsitzender

Andreas Knapp
71067 Sindelfingen, Guttenbrunnstr. 76
Tel. 07031 / 38 18 65
knapp71067@aol.com

Kassenführer

Prof. Dr. Dieter Maurmaier
71229 Leonberg, Telemannstr. 7
Tel. 07152 / 67 97
maurmaier@t-online.de

Unsere **Krankenhäuser** sind nach wie vor finanziell und inhaltlich ein wesentlicher Brocken in der Kreistagsarbeit. Ein Stück weitergekommen sind wir seit dem letzten Jahr durch die gelungene Vereinbarung mit der Stadt Sindelfingen. Auch hier Dank an alle Beteiligten für das konstruktive Verfahren.

Und der alte Kreistag hat noch das Medizinkonzept beschlossen. Wir alle warten jetzt gespannt auf die Beschlüsse des Landeskrankenhausausschusses in der nächsten Woche und hoffen, dass diese uns eine gute Basis für die Weiterarbeit an der Entwicklung der Kliniksituation im Kreis geben. Wichtig für uns ist der Hinweis, dass wir mit dem Konzept ja auch die Modernisierung der Häuser in Herrenberg und Leonberg beschlossen haben. Ein Neubau auf dem Flugfeld und die Sanierung der bleibenden Häuser müssen parallel betrieben werden. Dieses ist auch bereits in Arbeit, ich habe daher größtes Unverständnis für die derzeit (bzw. hier wirklich zur Unzeit) erfolgten erneuten medialen Querschläger aus Leonberg, die auch inhaltlich die faschen Schlüsse ziehen.

Finanziell darf der Kreis bei der Klinikfinanzierung nicht von der Hand in den Mund leben sondern muss rechtzeitig mit der Eigenkapitalbildung für die Investitionen beginnen. Deshalb erneuern wir hiermit unseren Antrag, dass z.B. die vermutlichen Mehreinnahmen bei der Grunderwerbsteuer im Jahr 2014 nicht zur Finanzierung des Haushalts 2015 verwendet werden dürfen sondern als Rücklage für die kommenden Krankenhausinvestitionen reserviert werden.

Für den Neubau könnten wir uns gut vorstellen, dass sich Grundstück und Gebäude im Besitz des Landkreises befinden. Vor der endgültigen Entscheidung ist jedoch noch einige abzuklären. Die Durchführung muss dann natürlich in ganz engem Zusammenwirken mit Klinikverbund stattfinden, damit dessen medizinische und organisatorische Kenntnisse und Bedürfnisse entsprechend berücksichtigt werden. Sobald wir vom Land entsprechende Nachricht haben kann es mit dem Grunderwerb weitergehen. Auch darum muss die Finanzierungsfrage zügig in Angriff genommen werden. Und ebenfalls eine gut aufgestellte Bürgerbeteiligung.

Wichtige Hinweise hierzu haben wir bei der Besichtigung des Klinikums Villingen-Schwenningen in der letzten Woche erhalten. Aber auch eine gewisse Zuversicht: Mehrausgaben sind bei solchen Großprojekten nicht ‚zwangsläufig‘ - eine gezielte Steuerung ist hierfür allerdings von Anfang an wichtig.

Bei der Planung sind auch Komfortbereiche unbedingt zu bedenken. Sie bieten einerseits die Möglichkeit für weitere Einnahmen. d.h. einen zusätzlichen Deckungsbeitrag für den Gesamtbetrieb. Solche Investitionen sind aber auch für die Patientengewinnung hoch interessant.

Auf gutem Weg befindet sich der Klinikverbund im Bereich Zertifizierung und Zentrenbildung. Unser Glückwunsch, Respekt und Dank geht an die Teams, die sich dem intensiven Aufwand zum Zertifizierungsprozess gestellt haben. Das bringt Sicherheit für Patienten dass sie fachgerecht und mit entsprechender Erfahrung nach neuesten Erkenntnissen behandelt werden. Wenn nach ‚Brustkrebs‘ und ‚Darm‘ sowie dem neuesten Bereich ‚Pankreas‘ demnächst noch ‚Prostata‘ dazukommt wird sogar das Zertifikat als ‚Krebszentrum‘ möglich. Kooperation der Häuser wird hier eine immer wichtigere Aufgabe, die jüngsten Entwicklungen in der Zusammenarbeit von Leonberg mit Böblingen zeigen, welche guten Chancen dadurch möglich werden.

Den kürzlich bekannt gewordenen Überlegungen des Landkreises Calw zum Aufbau eines ‚Gesundheitscampus‘ stehen wir grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber. Eine innovative Abrundung des Angebots mit dem Zukunftsbereich Reha könnte eine Bereicherung für den KVSW sein. Allerdings muss das Ganze einen ordentlichen Verfahrensweg gehen. Es kann nicht sein, dass einer der Gesellschafter hier einfach einen Sonderweg ansteuert ohne zu sehen, welchen Vertrauensverlust für die Klinikgesellschaft er dadurch nicht nur beim anderen Gesellschafter sondern auch in der Bevölkerung und bei der Gewinnung bzw. dem Halten von MitarbeiterInnen riskiert.

Der FDP liegen die **Berufsschulen** schon seit langem besonders am Herzen. Leider verstärkt sich immer mehr unser Eindruck, dass die Landesregierung in Bildungsbereich eher auf Akademisierung setzt. Im Kreis Böblingen ist die Wertschätzung für berufliche Bildung glücklicherweise noch gut verankert. Wir wissen, dass nicht nur die Beschäftigten in Anzug und weissem Kittel für eine gut funktionierende Wirtschaft und Gesellschaft wichtig sind sondern genauso diejenigen, die in Jeans und Latzhose arbeiten. Auch die Stadt Stuttgart will offensichtlich im Bereich Berufsschule ihr Engagement zurückfahren, aus unserer Sicht ein fataler Fehler.

Übrigens: 50 % der Ingenieurstudenten an den Fachhochschulen, die die große Zahl unserer Ingenieure ausbilden, kommen aus dem beruflichen Schulwesen! Schon deshalb sind diese ein wesentlicher Bestandteil unseres Bildungswesens.

Wir stehen für ein erstklassiges und differenziertes Berufsschulwesen, jeder Euro, den wir dort investieren wirft eine beachtliche Rendite ab, weil auch die dort Ausgebildeten im wahrsten Sinne des Wortes Lebensqualität für uns alle schaffen.

Das gleiche gilt für unsere **Sonderschulen**: Der Anbau bei der Kollwitz-Schule ist gut gelungen; auch unsere Sonderschulen sind Vorzeigeeinrichtungen - das differenzierte Eingehen auf spezielle Fähigkeiten und Begabungen ist wichtig für die Entwicklung gerade dieser Kinder. Wir vertrauen darauf, dass diese Angebote auch in Zukunft von den Eltern geschätzt und genutzt werden. Die Inklusion in die

allgemeinbildenden Schulen kann sicher noch verbessert werden, aber sie ist nicht die Lösung für alle Schüler. Und vielleicht gelingt gelegentlich auch das Gegenteil, nämlich die Zusammenarbeit der verschiedenen Schularten in Räumen der Sonderschulen!

Zum Projekt Schulverweigerung / Schulabsentismus bitten wir die Verwaltung um einen Bericht zum Antrag der Freien Träger inwieweit sich dieser einordnen lässt in die derzeitige Umgestaltung im Bereich Jugendsozialarbeit. Erst dann können wir über das weitere Vorgehen entscheiden.

Verkehrsfragen beschäftigen buchstäblich fast alle Bewohner unseres Kreises. Hier unsere wesentlichen Anmerkungen

Zum Busverkehr: Vergleichbare Bedingungen für kleinere und größere Gemeinden müssen nach wie vor die Zielsetzung sein. Und der mittelständischen Struktur im Busgewerbe muss eine konkrete Chance bleiben, sowohl im wirtschaftlichen wie im allgemeinen Interesse. Diese Betriebe bieten nicht nur Beweglichkeit, Flexibilität und Verlässlichkeit in ihren Angeboten, sondern bringen konkrete Kenntnisse der hiesigen Bedürfnisse und Notwendigkeiten ins Geschehen ein. Ihr Bemühen um den Erhalt des guten Rufs ihres Betriebs bietet dafür eine gute Gewähr. Billiganbieter von außerhalb kommen und gehen hingegen und wir müssen dann mit den Ergebnissen ihrer Leistungen (was ja gute wäre) aber eben auch Nicht-Leistungen wieder fertig werden.

Zur Bahn: Der Böblinger Bahnhof ist Spitze geworden, sowohl bei der angebotenen Infrastruktur wie auch in der Verbindung Bus-Bahn. Die Attraktivität des ÖPNV besteht eben nicht nur aus den einzelnen Angeboten sondern auch aus ihrer Vernetzung. Unser Kompliment an Stadt Böblingen und den Mitfinanzier Sindelfingen. Region, Landkreis und Kommunen müssen in solchen Projekten gut zusammenwirken.

Bei der Schönbuchbahn geht unser erneuter Appell an das Landesministerium, endlich eine verbindliche Zusage zu geben! Die Zeit läuft uns schlicht davon, die Kosten steigen und steigen, da werden wir ja heute Nachmittag noch mehr dazu hören und beschließen müssen.

Das Thema Hesse-Bahn wird im nördlichen Landkreis immer mehr zum Aufreger. Die mangelnde bzw. teilweise auch überheblich erscheinende Kommunikationsweise des Landkreises Calw ist wirklich nicht hilfreich um bei dem eigentlich bis Weil der Stadt ja von den Allermeisten befürworteten Projekt voranzukommen.

Erst wenn wir die Standardisierte Bewertung genau kennen, können wir auch überlegen, wie wir weiter damit umgehen. Zum Beispiel bei der Anrechnung der Umsteigezeiten, wo in diesem Fall eben ein zweimaliges Umsteigen in wesentlich geringerer Zeit möglich wäre als das Einmalige in Renningen. Wenn ich da etwas

Genauer weiß als in der standardisierten Berechnung drin ist muss ich doch mit dem Genaueren rechnen!

Letztlich bleibt die Frage, wie kann nachgewiesen werden, dass die Relation Calw-Renningen besser bedient und mit niedrigeren Kosten sowie größerer Fahrplansicherheit zu erreichen ist, wenn sie nur bis Weil der Stadt gebaut wird? Dabei ist z.B. der Verlust im Kosten-Wirkungsgrad bei S-6 ebenfalls mit zu berücksichtigen.

‘All I need is a miracle‘ tönte mir mein Radiowecker heute Morgen als Weckruf entgegen, das scheint hier tatsächlich der Fall zu sein.

Bürgerbeteiligung muss als wichtiges Element auch hier kommen, beim Informationsverhalten sehen wir im Kreis Calw noch ein ‚starkes Verbesserungspotential‘. Die Frage ist auch, wie es gehandhabt wird, dass für 2015 keine Kreismittel in unserem Haushalt stehen, aber ja noch die 150 T€ von 2014 da sind? Ist Haushaltssperre weiter gültig?

Zu den Straßen: Unser Kreis ist mit seinem fundiertem Straßenentwicklungsprogramm auf einem guten Weg, bei Land und Bund sehen wir hier noch deutlichen Nachholbedarf. Beispiele sind die L 1136 zwischen Leonberg und Höfingen oder auch der dringend vermisste Kreislauf am Glemseck (L 1187 / L 1188); ähnliches ist sicher an anderen Orten im Kreis anzumerken. Auf Bundeseite ist die B 464 an Anfang und Ende zu nennen, beim A81-Deckel geht auch nichts voran. Ebenso beim Ausbau der B 14 bei Nufringen und dem B 295-Engpass bei Renningen am Abzweig Leonberger Straße. Beim Lückenschluss B 464 und B 295 darf es nicht wo weit kommen, dass durch das Provisorium auf ein förmliches Rechtsverfahren verzichtet und damit der Anspruch auf Lärmschutz in Renningen und Leonberg ausgehebelt wird.

Im **Abfallwirtschaftsbetrieb** wird derzeit einiges neu geordnet. Wir würden uns sehr wünschen, dass die orange Wertstofftonne noch einmal intensiver beworben und erläutert wird. Sicher könnten damit auch viele Unterzeichner der Petition für den Gelben Sack gewonnen werden. Und dann erwarten wir, dass das Problem Wertstoffhof Leonberg endlich angegangen wird! So gut angesehen unsere Wertstoffhöfe in manchen Teilen des Landkreises sind, an anderer Stelle besteht in verschiedenster Hinsicht Verbesserungsbedarf.

Vielleicht bringt bei den oben genannten Themen auch das hoffentlich bald novellierte Kreislaufwirtschaftsgesetz Lösungen näher. Der Bund muss dabei endlich zu Potte kommen.

Unbefriedigend ist für uns nach wie vor die Situation beim Erdaushub. Zwar wurden dankenswerterweise Lösungen beim Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern geschaffen. Aber es wird in den nächsten Jahren weiterhin nicht wenig Bau von ebenfalls dringend benötigten Mehrfamilienhäusern geben. Und da ist schon aus

Umweltgesichtspunkten nicht einzusehen, dass dieser Aushub über weite Strecken wegtransportiert werden muss.

Es hat sich gelohnt, für die einzelnen Bereiche im Landratsamt die **Organisationsfragen** anzugehen. Die Gutachter z.B. von IMAKA haben differenziert geurteilt, z.B. Lob für das Straßenverkehrsamt ausgesprochen, aber auch festgestellt, dass sich beim Gesundheitsamt noch einiges tun muss. Die Feststellungen im Bereich Jugendamt waren inspirierend, das Jugendamt hat den steinigen Weg auf sich genommen, vor allem die Ablauforganisation und die Aufgabenkritik unter die Lupe zu nehmen und kritisch zu überprüfen. Nichts ist so gut, dass es sich nicht noch verbessern ließe

Ergänzend hierzu sehen wir die Schulsozialarbeit bei den Gemeinden in guter Hand, hingegen findet die Unterstützung des Landkreises für die Betreuung auswärtige Schüler nach wie vor unsere Unterstützung (das ist kommunaler Lastenausgleich und keine von uns nicht so gern gesehene zusätzliche Kreisaufgabe).

Der **Ausbau des Breitbandnetzes** ist dringend auch bei uns nötig, der Landkreis darf hierbei allerdings höchstens eine Koordinierungsaufgabe übernehmen. Der dafür nötige Aufwand ist über spätere Nutzergebühren zu refinanzieren. Hierfür muss ein Aktionsprojekt / Zweckverband mit entsprechender Satzung geschaffen werden.

Bei den Überlegungen zu einer **Erweiterung für das Landratsamt** sind wir noch nicht überzeugt, dass ein weiterer Bau notwendig ist (nützlich alleine reicht uns hier als Begründung nicht!).

Und damit zum Schlusspunkt **Finanzen / Kreisumlage**

Uns ist wichtiger, dass wir uns solide auf die größte finanzielle Aufgabe vorbereiten, die der Landkreis in den nächsten Jahren mit der Klinikneuordnung zu stemmen hat als um Kreisumlagepunkte zu streiten.

Wenn Bemühungen um eine Senkung des Prozentsatzes allerdings damit verbunden wären, dass der Kreis auf nicht notwendige Aufgaben wie Tourismusförderung, Bildungsbüro oder Wirtschaftsförderung verzichtet, würden wir uns dem keinesfalls verschließen. Wir sehen den Anträgen zum Abbau von Aufgaben durch alle, die auf Senkung plädieren mit Interesse entgegen. Gewundert haben wir uns allerdings über die Aussage in der Haushalts-Rede des Landrats dass *'Aufgabenkritik und Prozessoptimierung konsequent fortzusetzen'* seien (Seite 4). Uns fällt neben den Punkten, für die der Landrat nichts kann - wie

Flüchtlingsunterbringung und zusätzliche Freistellung von Personalräten - auch Etliches ein was in den letzten Jahren ohne Not ausgebaut wurde. Erhebliche Sorgen macht uns diesmal z.B. das von ihm aufgegriffene Thema ‚demographischer Wandel‘. Einen Kongress hierzu braucht es mit Sicherheit nicht! Sollten dazu - wo auch immer - Mittel im Haushalt stehen beantragen wir deren Streichung. Auch darf ‚Tourismus‘ kein Schlüsselprodukt im Haushalt werden.

Auf mittlere Sicht ist uns eine über Jahre relativ konstante und stabile Kreisumlage wichtiger als deren stetiges Schwanken durch Feilschen um den letzten Nachkommazifferpunkt. Solche Stabilität ist übrigens auch für die Gemeinden wichtig.

Der Kreis darf nicht im Haushaltsverlauf zu einer zusätzlichen Schuldenaufnahme oder einer geringeren Tilgung gezwungen sein. Wir finden die Politik der Verwaltung, in den Haushalten kleinere Spielräume einzubauen im Rahmen einer vorsichtigen Finanzpolitik nicht von vornherein falsch (solches ist wohl in fast jedem Gemeindehaushalt drin, sicher auch in Holzgerlingen Herr Kollege Dölker!).

Darum plädieren wir dafür, den von der Verwaltung vorgeschlagenen Kreisumlagesatz so zu beschließen und spätere Minderausgaben am Jahresende dann wieder in die Klinikrücklage zu geben.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit, uns allen gute Beschlüsse in der weiteren Beratung und dem Haushalt 2015 dann eine friedliche und erfolgreiche Zukunft.

Für die Fraktion



Heiderose Berroth

Anträge zum Kreis-Haushalt

Verwendung der über den Ansatz hinausgehenden Einnahmen bei der Grunderwerbsteuer 2014 als Rücklage für Klinikinvestitionen.

Mittel für die Unterstützung der Schulsozialarbeit aus dem Kreis-Haushalt 2015 entfernen.

Bericht zum Antrag der Freien Träger zum Projekt Schulverweigerung / Schulabsentismus

Bericht über den Stand der IT-Ausstattung an den Kreisschulen sowohl für Schülern wie Lehrer sowie über die Qualität und Quantität der Anbindung der Schulen an Breitband oder andere Zugänge zum Internet.

Kürzung der extrem erhöhten Mittel im Tourismusbereich um mindestens 10 Prozent.

Keine Haushaltsmittel für die Bearbeitung des Themas „Demographischer Wandel“.

Erneute Werbeaktion für die Orange Tonne (Betrag vom AWB noch zu kalkulieren aber auf jeden Fall locker zu finanzieren aus den oben genannten Einsparungen).

Brigitte Ostmeyer
Fraktionsvorsitzende

17. November 2014

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2015

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,
sehr geehrter Herr Landrat,

Als Neue im Kreistag möchten wir uns als erstes herzlich bedanken für die Hilfestellungen aus der Verwaltung beim Ankommen im Kreistag im allgemeinen – Danke Herr Meissner - und bei der Unterstützung bei der Einarbeitung in den Haushalt während unserer Klausurtagung durch den Finanzbereich.

Vieles läuft gut im Kreis, aber natürlich gibt es aus unserer Sicht auch noch jede Menge zu verbessern. Und damit komme ich auch gleich zu unseren konkreten Anträgen – erst mal zum Schwerpunkt ÖPNV.

Wir beantragen die Einführung eines kreisweiten **Sozialtickets** orientiert am Beispiel Stuttgarts. Dort hat der Gemeinderat fraktionsübergreifend diese Maßnahme beschlossen. Ab dem 1.1.2015 erhalten Sozialticketberechtigte 50% Zuschuss zum regulären VVS-Ticket um ihnen mehr Teilhabe am sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen.

Für die wachsende Zahl an mobilitätseingeschränkten Menschen muss beim VVS außerdem auf die **Beseitigung von Barrieren** bei S-Bahnen, Regionalzügen und auf den Bahnhöfen eingewirkt werden. Der VVS ist nach Auskunft von Behindertenverbänden insbesondere bei Maßnahmen für blinde und sehbehinderte Menschen Schlusslicht in Deutschland.

Barrierefreiheit ist auch ein wichtiges Stichwort im Teilhabe-Beirat. Deshalb beantragen wir, dass die vom Teilhabe-Beirat und Kreissenorenrat vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden.

Die **Attraktivität des ÖPNV** insgesamt muss gesteigert werden, um den völligen Kollaps auf den Straßen zu verhindern, die CO₂-Emissionen des Individualverkehrs zu reduzieren und damit zum Klimaschutz beizutragen. Insbesondere im ländlichen Raum müssen mehr Busse und Bahnen eingesetzt werden und häufiger fahren. Deshalb sind wir für eine **bedingungslose Unterstützung der Hermann-Hesse-Bahn und für den Ausbau der Schönbuchbahn.**

Wir beantragen die **Förderung des Sozialen Wohnungsbaus im Kreis.** Auch in unserem relativ reichen Kreis gibt es viele prekär Beschäftigte mit niedrigen Einkommen, Arbeitslose in ALG 2 und Armut. Und für diese Menschen gibt es viel zu wenig bezahlbaren Mietwohnraum. Auch im Hinblick auf die Flüchtlingsunterkünfte gilt es durch diese Maßnahme eine Konkurrenzsituation zu verhindern, die von rechten Parteien missbraucht werden könnte im Sinne von „Die Flüchtlinge nehmen uns Deutschen die Wohnungen weg.“ Dies muss verhindert werden!

Damit bin ich beim Thema **Flüchtlings-Unterbringung**: Wir begrüßen die im Landkreis angestrebte Willkommenskultur. Bei uns in Holzgerlingen hat die Verwaltung die Gründung eines Asylarbeitskreises initiiert – vorbildlich und sehr erfolgreich. Kein Vergleich zu der nicht immer freundlichen Stimmung Anfang der 90er.

Die Unterbringung in Gewerbegebieten muss aus unserer Sicht die Ausnahme und kann auch immer nur eine Übergangsregelung sein. Bezüglich der Ziele im Entwurf des Integrationsplans ist möglichst schnell eine dezentrale und wohnortnahe Unterbringung unumgänglich. Im vorliegenden Haushalt ist es schwer, sich einen Gesamtüberblick über die finanzielle Bedeutung der Flüchtlingshilfen zu verschaffen, weil der Transferaufwand, Sachaufwand, Personalaufwand und Ausgaben für Unterkünfte an verschiedenen Stellen und teilweise nicht explizit ausgewiesen sind. Deshalb beantragen wir, den Teilhaushalt Flüchtlingshilfe als eine Schlüsselposition aufzunehmen.

Aber auch wenn wir mit der jetzigen Situation eben so gut wie möglich umgehen müssen, möchte ich darauf hinweisen, dass die dramatische Situation bezüglich der Flüchtlingsunterbringung hausgemacht ist: 1993 wurde durch Grundgesetzänderung – Artikel 16a, bzw.

Drittstaatenregelung - die gesamte Flüchtlingsproblematik an die Außengrenzen der EU verlagert und die Unterbringungsmöglichkeiten zurückgebaut, als wenn es keine Flüchtlinge mehr gäbe. Die Folge ist, dass Länder wie Griechenland und inzwischen auch Italien und Bulgarien gnadenlos überfordert sind und täglich Menschen an den Außengrenzen der EU sterben. Gleichzeitig gehen die Rüstungsexporte weiter und die Bekämpfung der Fluchtursachen findet nicht statt.

Zum Krankenhaus-Neubau: Bei diesem Großprojekt sind für uns noch viele Fragen offen. Die bisherigen Beschlüsse bzw. Absichtserklärungen des Kreistags wurden unter bestimmten Voraussetzungen getroffen – gelten die noch voll umfänglich? Das betrifft die Krankenhäuser in Leonberg und Herrenberg, die Bezuschussung durch das Land, die Situation der Beschäftigten usw.

Wir erwarten, dass nach dem Grundsatz der Haushaltswahrheit die Fakten und die geplanten Entscheidungen im **Vorfeld** für die Bevölkerung transparent gemacht werden. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass es ein „**Böblingen 21**“ zu verhindern gilt.

Wir unterstützen den Antrag der SPD-Fraktion zum **Förderprojekt KZ-Gedenkstätte Hailfingen/ Tailfingen:** der Produktion eines Dokumentarfilms „Begegnungen“ mit Angehörigen der jüdischen Häftlinge zur Aufrechterhaltung der Erinnerung. In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf unseren vor einigen Wochen gestellten Antrag hinweisen zum 8. Mai 2015 den „**70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus und Krieg angemessen zu würdigen**“ . Wir schlagen darin vor, eine Veranstaltungsreihe zu entwickeln, die der historischen Bedeutung dieses Ereignisses für die Stadt und den Landkreis Böblingen gerecht wird.

Uns ist bewusst, dass all unsere Anträge **Geld** kosten.

Selbstverständlich möchten wir dazu nicht vorschlagen, den Hebesatz zu erhöhen. Wir sollten uns als Kreisräte aber auf Dauer nicht damit zufrieden geben, Verwalter des Mangels zu sein. Die prekäre finanzielle Situation der Kommunen und die dadurch eingeschränkte Handlungsfähigkeit ist durch die politische Vernachlässigung der Einnahmeseite hauptsächlich auf Bundesebene entstanden. Nicht nur DIE LINKE sondern auch das globalisierungskritische Netzwerk Attac schlägt vor, Reichtum zu den Kommunen umzuverteilen, durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine einmalige Vermögensabgabe sowie die Anhebung des Anteils der Kommunen am Gesamtsteueraufkommen. Außerdem zahlt nach unserer Überzeugung die Landesregierung den Kommunen weiterhin für die Flüchtlings-Unterbringung zu geringe Pauschalen. Hier sind die Kreisrätinnen und Kreisräte der Regierungsparteien gefordert!

Eine weitere Einschränkung der kommunalen Gestaltungshoheit und der kommunalen Selbstverwaltung ist durch die geplanten „**Freihandelsabkommen**“ **TTIP, CETA und TiSA** zu erwarten. Deshalb lehnen wir diese Abkommen ab und arbeiten zusammen mit den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen an einem Antrag mit dem Ziel, dass sich dieser Kreistag – ähnlich wie andere Kommunen, der Deutsche Städtetag und die kommunalen Spitzenverbände – ablehnend zu diesen Handelsabkommen in der jetzigen Form äußert und entsprechend verhält.



Brigitte Ostmeier, Fraktionsvorsitzende

Antrag zur Haushaltsberatung 2015

Attraktivität des ÖPNV fördern

DIELINKE beantragt:

Folgende Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerungen des ÖPNV:

- Höhere Taktzeiten bei der Bedienung des ländlichen Raums mit Bus und Bahn
- Zumutbare Wartezeiten von Anschlussbussen bei verspäteten S-Bahnen - insbesondere nachts
- Durchgängige Bedienung des ländlichen Raums durch Nachtbusse am Wochenende, rund um die Uhr wie die S-Bahnen (Diskos schließen gegen 4 Uhr und später)
- grüne Welle für Linienbusse

Begründung:

Nur durch eine weitere Steigerung des ÖPNV können wir in Zukunft den völligen Kollaps auf den Straßen verhindern. Eine Reduzierung des Individualverkehrs bedeutet weniger CO₂-Emissionen und nutzt dem Klima.

Antrag zur Haushaltsberatung 2015

3. Förderung des Sozialen Wohnungsbaus

DIELINKE beantragt:

Dass der Landkreis gemäß dem Gesetz über die soziale Wohnraumförderung auf die Gemeinden einwirkt ihre diesbezüglichen Verpflichtungen nachzukommen, sozialen Wohnraum zu schaffen, und dass der Landkreis selber auch in diesem Sinne tätig wird .

Begründung:

Für viele Menschen mit niedrigem Einkommen und Renten sind in unserem Hochlohn-Gebiet die Mieten zu hoch. Weil das Angebot an billigem Mietwohnraum nicht ausreichend ist, brauchen wir endlich wieder mehr sozialen Wohnungsbau. Insbesondere durch den vermehrten Zuzug von Flüchtlingen ist diese Maßnahme notwendig, um eine mögliche Konkurrenzsituation zu entschärfen

Antrag zur Haushaltsberatung 2015

Barrierefreiheit im ÖPNV

DIELINKE beantragt:

- Dass der Landkreis beim VVS darauf hinwirkt, die Barrieren im Bereich von S-Bahnen, Regionalbahnen und auf den Bahnhöfen zu beseitigen.
- Dass der Kreistag die vom Teilhabe-Beirat und Kreissenorenrat vorgeschlagenen Maßnahmen zur Barrierefreiheit im ÖPNV umsetzt¹

Begründung:

Nach wie vor bestehen große Defizite bei der Barrierefreiheit im Bereich von S-Bahnen und Regionalbahnen für mobilitätseingeschränkte Menschen in der Region. Dies betrifft sowohl den Bahnsteig selbst als auch das Bahnhofsumfeld. Bei den Maßnahmen für blinde und sehbehinderte Menschen ist der VVS nach Auskunft von Behindertenverbänden Schlusslicht in Deutschland.

¹ Anhörung zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans des Landkreises Böblingen, Stellungnahme Teilhabe Beirat und Kreissenorenrat, Schreiben vom 16. Juni 2014 an das Dezernat Verkehr und Ordnung , siehe Anlage zum Antrag (2014-06-17 Martin-Hackl Stellungnahme Teilhabebeirat Nahverkehrsplan.pdf) und reinkopiert in den Antrag

**Anhörung zur Fortschreibung des
Nahverkehrsplan des Landkreises Böblingen
Stellungnahme Teilhabe-Beirat und Kreissenorenrat**

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Teilhabe-Beirat und der Kreissenorenrat bedanken sich für die Anhörung zum Nahverkehrsplan. Die Arbeitsgruppe Nahverkehr des Teilhabe-Beirates gibt folgende Stellungnahme ab:

1. Niederflurbusse:

Bei der Neuvergabe der Buslinienbündel bis zum Jahr 2019 schlägt der Teilhabe-Beirat (Herr Mörbe) vor, möglichst nur Busunternehmen zu berücksichtigen, die Ihre Leistungen nur mit Niederflurbussen erbringen.

Der Kreissenorenrat ergänzt: In allen Bussen müssen Gurte für Rollstühle, Rollatoren etc. vorhanden sein.

2. Fahrgastinformationssystem:

Der Teilhabebeirat wünscht sich ein Fahrgastinformationssystem nach dem Vorbild des Reutlinger Orientierungssystems für Menschen mit Wahrnehmungseinschränkungen. In diesem System haben alle Linien nicht nur eine Nummer, sondern auch ein zielbezogenes Symbol und eine Farbe, was den Fahrgästen die Orientierung wesentlich erleichtert. Die Informationen kommen allen Menschen mit zusätzlichem Hilfebedarf, also auch Senioren, Kindern und Menschen mit Migrationshintergrund zugute. Ein erster Schritt könnte die modellhafte Einführung in einer großen Kreisstadt sein.

Der Kreissenorenrat ergänzt: Alte Menschen sind häufig sehbehindert. Schriftgröße und Kontraste sind daher besonders wichtig. Eine Farbgestaltung, wie vom Teilhabe-Beirat gefordert, ist hier sehr unterstützend.

3. Fahrpläne:

In den Fahrplänen an den Haltestellen sollen verbindliche Informationen über den Einsatz von Niederflurbussen enthalten sein (Frau Esche). Der Landkreis sollte dies von den Verkehrsunternehmen einfordern. Der Teilhabe-Beirat regt an, dies bereits beim nächsten Fahrplanwechsel zu tun.

Der Kreissenorenrat ergänzt: Alte Menschen sind häufig sehbehindert. Schriftgröße und Kontraste sind daher besonders wichtig. Fahrpläne sind häufig schlecht oder gar nicht lesbar. Der Kreissenorenrat regt deshalb eine größere Schrift in den Fahrplänen an.

4. Haltestellen:

Der Teilhabe-Beirat (Herr Hehr) lobt die Priorisierungskarte des Landkreises (Seite 57 des Entwurfes des Nahverkehrsplanes) zum Ausbau von barrierefreien Haltestellen. Die Karte zeigt den großen Handlungsbedarf in der Fläche. Der Teilhabebeirat (Herr Ulrich) schlägt deshalb dem Landkreis vor, bei den Städten und Gemeinden nachzufragen, bis wann diese den Haltestellenumbau angehen.

Der Kreissenorenrat ergänzt: Bei anstehenden Umbauten und Sanierungsmaßnahmen von Haltestellen soll in Städten und Gemeinden in jedem Fall an die Barrierefreiheit gedacht werden.

Der Kreissenorenrat schließt sich ansonsten der Stellungnahme des Teilhabe-Beirates vollumfänglich an.

Mit freundlichen Grüßen ...

Landratsamt Böblingen, Postfach 1640, 71006 Böblingen

An das Dezernat
Verkehr und Ordnung
Im Hause



Teilhabe-Beirat
Landkreis Böblingen

Geschäftsstelle
Teilhabe-Beirat
Elisabeth Martin
Telefon 07031-663 1715
Telefax 07031-663 91715
e.martin@lrabb.de
Zimmer A 117



Geschäftsstelle
Kreissenorenrat
Manfred Koebler
Telefon 07031-663 1397
Telefax 07031-663 91397
manfred.koebler@googlemail.com
Zimmer A 118

16. Juni 2014

Anhörung zur Fortschreibung des Nahverkehrsplan des Landkreises Böblingen Stellungnahme Teilhabe-Beirat und Kreissenorenrat

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Teilhabe-Beirat und der Kreissenorenrat bedanken sich für die Anhörung zum Nahverkehrsplan. Die Arbeitsgruppe Nahverkehr des Teilhabe-Beirates gibt folgende Stellungnahme ab:

1. Niederflurbusse:

Bei der Neuvergabe der Buslinienbündel bis zum Jahr 2019 schlägt der Teilhabe-Beirat (Herr Mörbe) vor, möglichst nur Busunternehmen zu berücksichtigen, die Ihre Leistungen nur mit Niederflurbussen erbringen.

Der Kreissenorenrat ergänzt: In allen Bussen müssen Gurte für Rollstühle, Rollatoren etc. vorhanden sein.

2. Fahrgastinformationssystem:

Der Teilhabebeirat wünscht sich ein Fahrgastinformationssystem nach dem Vorbild des Reutlinger Orientierungssystems für Menschen mit Wahrnehmungseinschränkungen. In diesem System haben alle Linien nicht nur eine Nummer, sondern auch ein zielbezogenes Symbol und eine Farbe, was den Fahrgästen die Orientierung wesentlich erleichtert. Die Informationen kommen allen Menschen mit zusätzlichem

Kreissparkasse Böblingen
Kto. Nr. 17
BLZ 603 501 30
BIC BBKRDE6BXXX
IBAN DE72 6035 0130 0000 0000 17

Öffnungszeiten allgemein
Mo-Fr 8.30 - 12.00 Uhr
Do 13.30 - 18.00 Uhr

Hausanschrift
Parkstraße 16
71034 Böblingen
www.landkreis-boeblingen.de

Hilfebedarf, also auch Senioren, Kindern und Menschen mit Migrationshintergrund zugute. Ein erster Schritt könnte die modellhafte Einführung in einer großen Kreisstadt sein.

Der Kreissenorenrat ergänzt: Alte Menschen sind häufig sehbehindert. Schriftgröße und Kontraste sind daher besonders wichtig. Eine Farbgestaltung, wie vom Teilhabe-Beirat gefordert, ist hier sehr unterstützend.

3. Fahrpläne:

In den Fahrplänen an den Haltestellen sollen verbindliche Informationen über den Einsatz von Niederflurbussen enthalten sein (Frau Esche). Der Landkreis sollte dies von den Verkehrsunternehmen einfordern. Der Teilhabe-Beirat regt an, dies bereits beim nächsten Fahrplanwechsel zu tun.

Der Kreissenorenrat ergänzt: Alte Menschen sind häufig sehbehindert. Schriftgröße und Kontraste sind daher besonders wichtig. Fahrpläne sind häufig schlecht oder gar nicht lesbar. Der Kreissenorenrat regt deshalb eine größere Schrift in den Fahrplänen an.

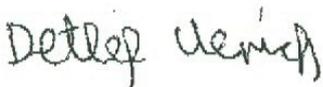
4. Haltestellen:

Der Teilhabe-Beirat (Herr Hehr) lobt die Priorisierungskarte des Landkreises (Seite 57 des Entwurfes des Nahverkehrsplanes) zum Ausbau von barrierefreien Haltestellen. Die Karte zeigt den großen Handlungsbedarf in der Fläche. Der Teilhabebeirat (Herr Ulrich) schlägt deshalb dem Landkreis vor, bei den Städten und Gemeinden nachzufragen, bis wann diese den Haltestellenumbau angehen.

Der Kreissenorenrat ergänzt: Bei anstehenden Umbauten und Sanierungsmaßnahmen von Haltestellen soll in Städten und Gemeinden in jedem Fall an die Barrierefreiheit gedacht werden.

Der Kreissenorenrat schließt sich ansonsten der Stellungnahme des Teilhabe-Beirates vollumfänglich an.

Mit freundlichen Grüßen



Detlef Ulrich
Vorsitzender des
Teilhabe-Beirats



Manfred Koebler
Vorsitzender des
Kreissenorenrats

Antrag zur Haushaltsberatung 2015

Sozialticket im Landkreis Böblingen

DIELINKE beantragt:

Die Einführung eines kreisweiten Sozialtickets.

Begründung:

Am 16. Oktober hat der Stuttgarter Gemeinderat mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, B90/Die Grünen, SPD, SÖS-LINKE-PLUS und FDP das neue Sozialticket beschlossen. Die Sozialticketberechtigten erhalten ab dem 1.1.2015 einen 50%-Zuschuss zum regulären VVS-Ticketpreis.

Teilhabe am sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben darf nicht von der Postleitzahl abhängen. Deshalb fordert die LINKE den Böblinger Kreistag auf, dem guten Beispiel Stuttgarts zu folgen.

Antrag zur Haushaltsberatung 2015

Menschen mit Behinderung

DIELINKE beantragt:

Dass im Haushaltsplan 2015 durchgängig die Bezeichnung „Menschen mit Behinderung“ verwendet wird statt „behinderte Menschen“.

Begründung:

Die Bezeichnung „behinderte Menschen“ stellt eine Diskriminierung dar, weil sie die Menschen auf die Behinderung reduziert.

Antrag zur Haushaltsberatung 2015

Flüchtlingshilfen als Schlüsselposition

DIELINKE beantragt:

Im Land-Kreistag darauf hinzuwirken, die Flüchtlingshilfen als Schlüsselposition mit aufzunehmen.

Begründung:

Ohne Zweifel gehört die Flüchtlingshilfe zu den Leistungsvorgaben, die für den Landkreis von besonderer politischer Bedeutung sind (vgl. S.18 Haushaltsplan 2015).

Durch die Aufnahme als Schlüsselposition könnte der Teilhaushalt Flüchtlingshilfe transparenter und übersichtlicher dargestellt werden.

Im vorliegende Haushalt findet man den Transferaufwand, Sachaufwand, Personalaufwand und Ausgaben für Unterkünfte an verschiedenen Stellen und teilweise nicht explizit ausgewiesen. Dadurch ist es schwer, sich einen Gesamtüberblick über die finanzielle Bedeutung der Flüchtlingshilfen zu verschaffen.